

Januar 2022

# Wertepräferenzen und politische Trends in Mittel- und Osteuropa

David Nonhoff, Julian Plottka & Julian Rappold

## Impressum:

### Autoren:

*David Nonhoff* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Europäische Politik.

*Julian Plottka* war bis August 2021 Senior Researcher am Institut für Europäische Politik. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Jean-Monnet-Chair for European Politics an der Universität Passau sowie wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

*Julian Rappold* ist wissenschaftlicher Referent der Geschäftsführung am Institut für Europäische Politik.

### Herausgeber:

Dr. Funda Tekin & Dr. Katrin Böttger



Institut für Europäische Politik  
Bundesallee 23  
10717 Berlin

[info@iep-berlin.de](mailto:info@iep-berlin.de)  
[www.iep-berlin.de](http://www.iep-berlin.de)



Studie im Auftrag des Auswärtigen Amtes. Der Inhalt spiegelt die Meinung der Autoren wider.



Das Institut für Europäische Politik (IEP) ist ein strategischer Partner der Europäischen Kommission und wird von ihr finanziell unterstützt. Für die Inhalte zeichnet alleine das IEP verantwortlich.

## Zusammenfassung

Die Konflikte über zentrale Werte der Europäischen Union (EU) haben in den vergangenen Jahren stark zugenommen und hemmen die Handlungsfähigkeit der Union. Insbesondere in Mittel- und Osteuropa (MOE) gewinnen illiberale und autoritäre Kräfte wie die Fidesz in Ungarn oder die polnische PiS an Einfluss. Um die Ursachen und Wirkungen illiberaler und autoritärer Politik besser zu verstehen und Handlungsempfehlungen zu formulieren, hat das IEP eine Umfrage mit mehr als 5.000 Bürger:innen aus sechs Ländern (Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) zu deren Werteprioritäten durchgeführt. Eine Befragung von Expert:innen komplementiert die Untersuchung. Die Ergebnisse zeigen:

- die Ablehnung liberaler Werte nach Art. 2 EUV, wie Pluralismus, individuelle Freiheitsrechte und Anti-Diskriminierung bei ca. 15-30 Prozent der Befragten,
- eine Kerngruppe von etwa 20 Prozent selbst wahrgenommener Verlierer:innen der Europäisierung, die die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der europäischen Integration negativ bewerten und liberale europäische Werte ablehnen,
- eine überwältigende Mehrheit der Befragten, die sich als Gewinner:innen oder nicht von der Europäisierung betroffen ansehen und die Auswirkungen der europäischen Integration auf Wirtschaft und Gesellschaft positiv bewerten,
- starke Hinweise darauf, dass viele autoritär-populistische Regierungen der Region mit ihrer Politik und Rhetorik nicht die Wertepräferenzen der Mehrheit widerspiegeln,
- eine auffällige Skepsis in Migrationsfragen unter den Befragten in allen sechs Ländern, die die Responsivität der autoritär-populistischen Regierungen gegenüber ihren Bürger:innen in dieser Frage unterstreicht.

Aus den Umfragen geht hervor, dass die autoritär-populistischen Regierungen in Polen, Ungarn und Slowenien nur teilweise auf die Präferenzen ihrer Bürger:innen eingehen. Ihre Migrationspolitik entspricht zwar den Wertvorstellungen der Mehrheit, ihr Euroskeptizismus und Anti-Liberalismus jedoch nicht. Daher sind anhaltende Wahlsiege dieser Regierungen unwahrscheinlich, wenn sie keine autokratischen Schritte unternehmen, um ihre Herrschaft zu konsolidieren wie dies im Falle Ungarns und Polens bereits geschehen ist. In Tschechien, Rumänien und der Slowakei haben die etablierten Mechanismen der „Checks and Balances“ Autokratisierungstendenzen bisher verhindert. Demokratische und proeuropäische Kräfte bleiben einflussreich und bieten sich als Partner für die deutsche Regierung an.

Im Lichte unserer Forschungsergebnisse empfehlen wir:

- Den Schutz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zum ständigen Thema auf der politischen Agenda der EU und in den bilateralen Beziehungen zu den betroffenen Staaten zu machen.
- Im Falle, dass eine Regierung verfassungsändernde Maßnahmen in den Bereichen der Presse- und Meinungsfreiheit, des Parteien- und Wahlrechts oder der Unabhängigkeit der Justiz unternimmt, den vollen Instrumentenkasten zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit auszuschöpfen. Hierbei kann vor allem wirtschaftliche Konditionalisierung eine große Wirkung entfalten.
- Den Fokus auf die Verlierer:innen der Europäisierung zu richten und die sozialen Implikationen der digitalen und ökologischen Transformation in der Region bei der zukünftigen Politikgestaltung zu berücksichtigen, um ein Anwachsen dieser Gruppe zu verhindern.
- Die Koalitionsbildung mit den MOE-Ländern zu überdenken und die Zusammenarbeit besonders mit proeuropäischen und die EU-Werte akzeptierenden Regierungen zu intensivieren, um die Bildung eines euroskeptischen Blocks zu verhindern.

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung .....	1
2. Theoretische Erklärungsansätze für einen Wertewandel.....	4
a. Cleavage-These und These vom Wertewandel .....	4
b. Anti-Liberalismus-These .....	8
c. These vom strategischen Populismus.....	12
3. Länderprofile: Ursachen und Nachhaltigkeit vom Wertewandel.....	15
a. Ungarn.....	15
b. Polen .....	20
c. Slowenien .....	24
d. Tschechien.....	26
e. Slowakei .....	30
f. Rumänien .....	34
4. Wertepräferenzen in komparativer Perspektive: Erklärungsgehalt für die Region .....	39
5. Politikempfehlungen .....	48
6. Literaturverzeichnis.....	57
7. Annex.....	66

## 1. Einleitung

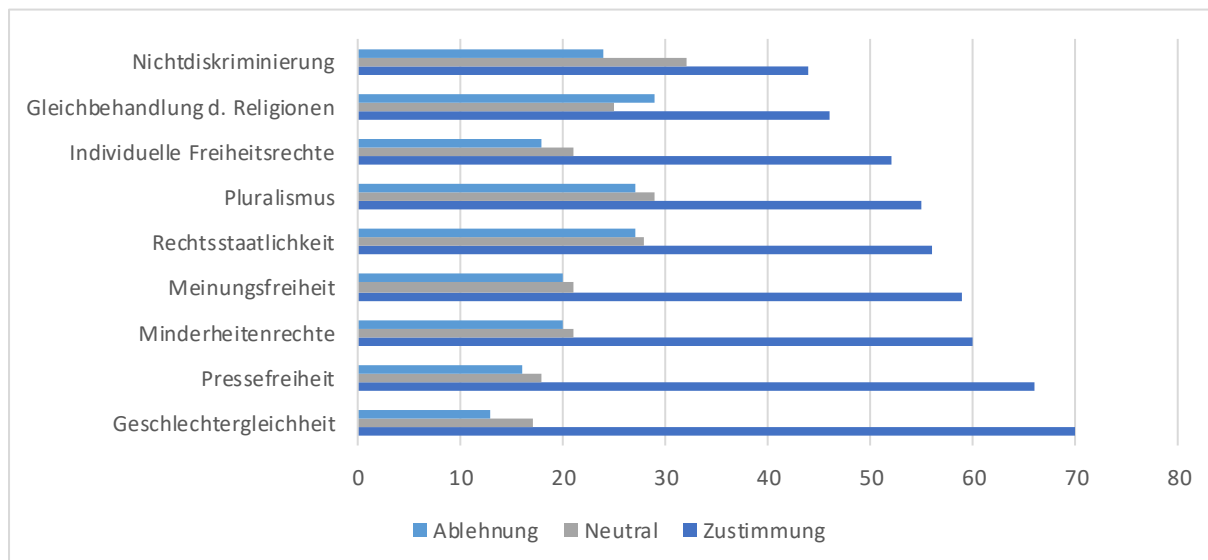
Seit mehr als einem Jahrzehnt haben illiberale und autoritäre Kräfte, wie die Fidesz-Partei in Ungarn, die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) in Polen oder in jüngerer Zeit die Slowenische Demokratische Partei (SDS) wachsenden Einfluss in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOE) und auf die europäische Politik gewonnen. Dies stellt im Rat der Europäischen Union (EU) und im Europäischen Rat eine Herausforderung für die konsensuale Entscheidungsfindung auf EU-Ebene dar, beispielsweise in Bezug auf das Gemeinsame Europäische Asylsystem, den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus und den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR).

In der zweiten Jahreshälfte 2021 lag die EU-Ratspräsidentschaft in den Händen der slowenischen Regierung, die mit Janez Janša von einem Ministerpräsidenten geführt wird, der verbal Journalist:innen angreift und das Europäische Parlament nicht respektiert. Mit Ungarn und Polen werden 2024 und 2025 zwei Länder die Ratspräsidentschaft übernehmen, die aufgrund ihrer Autokratisierung die Legitimität von Ratsentscheidungen prinzipiell infrage stellen. Populismus und divergierende Wertepreferenzen innerhalb der EU sind somit zu einer Bedrohung für eine effektive Politikgestaltung geworden.

Heute ist der Einfluss der autoritären Populist:innen auf die Entscheidungsfindung in der EU aufgrund interner Spaltungen noch begrenzt. Die Visegrád-Gruppe bestehend aus Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei hat es zum Beispiel in der jüngsten Vergangenheit versäumt, ihre politischen Bemühungen zu koordinieren. Ein Grund dafür ist das Fehlen einer gemeinsamen politischen Agenda und gemeinsamer Werte. Die „Gemeinsame Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union“ vom 2. Juli 2021 (FPÖ 2021), initiiert von der polnischen PiS und unterzeichnet von 16 autoritär-populistischen Parteien aus 15 Mitgliedstaaten, ist der jüngste Versuch, die Koordination in der EU zu verbessern und den Einfluss auf die EU-Institutionen zu stärken (Euractiv 2021b). Sollte dies Erfolg haben, würde es die Handlungsfähigkeit und den Zusammenhalt in der EU weiter einschränken. Um das entsprechende Potenzial autoritär-populistischer und illiberaler Kräfte besser zu verstehen, ist es notwendig, die Wertepreferenzen in den relevanten Ländern und hier insbesondere die von den liberalen europäischen Werten nach Art. 2 EUV abweichenden Präferenzen (Wertedivergenz) sowie die damit verbundenen Ursachen zu erforschen: Spiegelt die autoritäre und illiberale Politik der Regierungen tatsächlich divergierende Wertpräferenzen der Bürger:innen wider oder sind die Regierungen primär von (wirtschaftlichen und machtpolitischen) Eigeninteressen getrieben?

Während autoritär-populistische, rechtsgerichtete Parteien in ganz Europa auf dem Vormarsch sind, sind illiberale Trends in den MOE-Ländern und hier insbesondere in Ungarn und Polen besonders evident. Die vorliegende Studie konzentriert sich daher anhand von sechs Fallbeispielen (Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) auf von den europäischen Werten abweichende Wertepreferenzen in MOE-Ländern. Der Begriff „Wertedivergenz“ bezieht sich dabei auf den Grad der Ablehnung der europäischen Werte gemäß Art. 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) durch die Bürger:innen und Regierungen dieser Staaten. Je geringer die Unterstützung für liberale europäische Werte ist, desto größer ist die Wertedivergenz und die Herausforderung für die europäische Wertegemeinschaft. In unserer Studie finden wir durchaus starke Unterstützung für einige mit der klassischen Demokratie zusammenhängende Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenrechte und Menschenwürde. Es bleiben Minderheiten von ca. 15-30 Prozent der Befragten, die liberale europäische Werte explizit ablehnen (Abbildung 1). Fragt man die Menschen jedoch nach den ihnen wichtigsten Werten, so listen sie explizit liberale, bzw. postmaterialistische Werte wie Minderheitenrechte und Nichtdiskriminierung deutlich seltener, als die mit der klassischen Demokratie zusammenhängenden Werte (Abbildung 2).

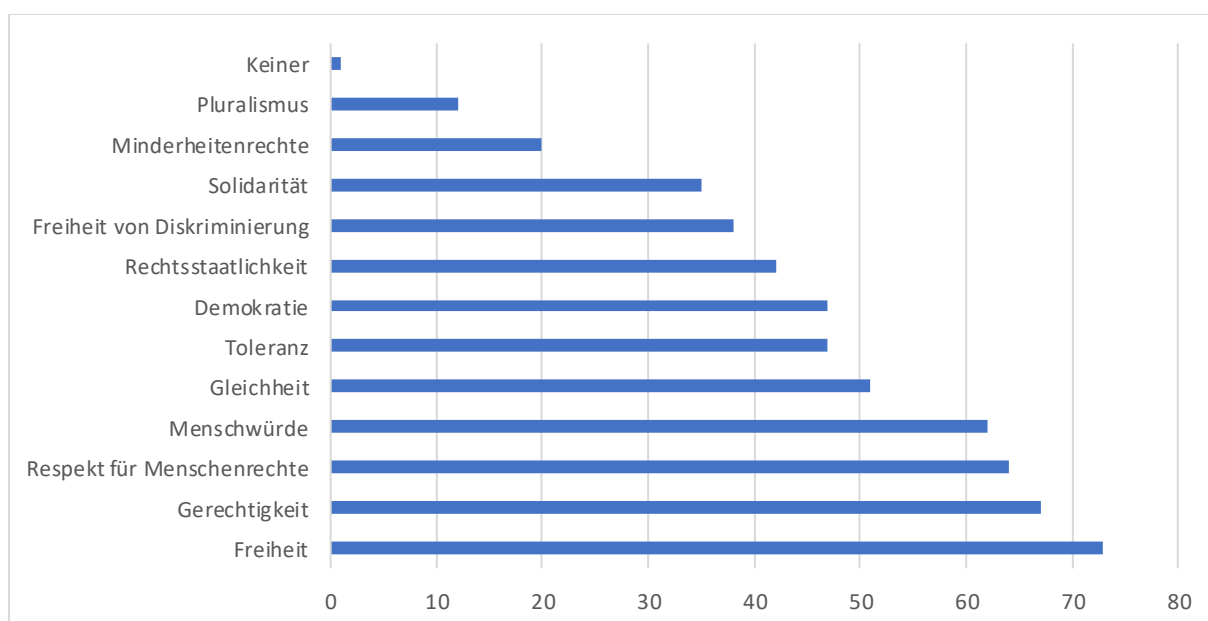
**Abbildung 1: Einstellung zu liberalen Werten (in Prozent)**



Zustimmung oder Ablehnung zu Aussagen, die die jeweiligen Werte widerspiegeln.

Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung. Daten sind gewichtet und fehlende Antworten ausgenommen.

**Abbildung 2: Werteprioritäten der Befragten in MOE-Ländern (in Prozent)**



Frage: Welche der folgenden Werte sind Ihnen am wichtigsten?

Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung. Daten sind gewichtet und fehlende Antworten ausgenommen.

Auf der Suche nach den Ursachen illiberaler und autoritärer Politik untersucht die Studie drei prominente Gruppen von Erklärungsansätzen:

- 1) Die **Cleavage-These** und die **These vom Wertewandel** gehen davon aus, dass es sich bei der Wertedivergenz um eine globale Entwicklung handelt, die in schwächerer Form auch in anderen Ländern außerhalb der Region zu finden ist.
- 2) Die **Anti-Liberalismus-These** hält regionale Faktoren für zentral und sieht in den autoritären Tendenzen eine Gegenreaktion zur gescheiterten Liberalisierung seit den 1990er Jahren.
- 3) Die **These vom strategischen Populismus** stuft eine Wertedivergenz als sekundär ein und erkennt im wirtschaftlichen und machtpolitischen Eigeninteresse strategisch

handelnder Politiker:innen die hauptsächliche Triebkraft hinter den Autorisierungstendenzen.

Die Erklärungskraft dieser Ansätze für die Fallstudien überprüfen wir mit Hilfe einer Umfrage unter mehr als 5.000 Bürger:innen (s. Annex) und einer Befragung von Länderexpert:innen in den relevanten Ländern sowie der Einbeziehung weiterer bereits veröffentlichter Forschungsergebnisse. Während wir viele Anhaltspunkte für die These vom strategischen Populismus finden konnten, waren die Forschungsergebnisse zu den anderen Thesen etwas weniger ergiebig. Die Cleavage- und Anti-Liberalismus-Thesen können Wertedivergenzen bei gewissen Bevölkerungsgruppen erklären, bieten jedoch nur ein unvollständiges Bild. Auch die These vom Wertewandel gibt zwar Anhaltspunkte für die illiberalen Entwicklungen in einigen MOE-Ländern, hat aber dennoch nur lückenhaftes Erklärungspotenzial.

Unsere Untersuchung zeigt dabei *erstens*, dass die MOE-Länder keinen homogenen Block bilden. In Ungarn, Polen und Slowenien gibt es klare Tendenzen zu einem strategischen Populismus, der nur teilweise mit den Werteprioritäten der Bürger:innen übereinstimmt und bereits zu einem mehr oder weniger fortgeschrittenen Rückbau der demokratischen Institutionen geführt hat. Auch in Tschechien, Rumänien und der Slowakei spielen populistische Parteien eine entscheidende Rolle in der Politik, allerdings haben die „checks and balances“ Autokratisierungstendenzen in diesen Ländern besser verhindern können. Es bleibt offen, ob autoritär-populistische und illiberale Kräfte in diesen Staaten dem Weg Ungarns und Polens folgen werden oder ob die demokratischen Kräfte noch die Möglichkeit haben, den Kurs zu ändern.

*Zweitens* weist die Studie auf besorgniserregende Aussichten hin: Unter der jüngeren Generation, die in der postsowjetischen Zeit sozialisiert wurde, finden wir keine größere Zustimmung zu liberalen europäischen Werten, als bei älteren Generationen. Maßnahmen zur Eindämmung einer Wertedivergenz sind erforderlich, da diese nicht einfach auf „natürlichem“ Wege durch einen Wertewandel der Generationen verschwinden wird. Es liegt die Vermutung nahe, dass strategisches, die europäischen Werte negierendes Handeln einiger Regierungen auf fruchtbaren gesellschaftlichen Boden fällt.

*Drittens* zeigt die Studie, dass die Europäisierung der MOE-Länder überwiegend positiv gesehen wird. Nur eine kleine Minderheit der selbst wahrgenommenen Verlierer:innen der Europäisierung bewertet die Auswirkungen der EU auf die nationalen Volkswirtschaften und Gesellschaften negativ. Allerdings stellen der durch die digitale und ökologische Transformation unausweichlich bevorstehende Strukturwandel der industriellastigen Volkswirtschaften der MOE-Länder und die damit einhergehenden sozialen Verwerfungen ein Risiko für diese positive Bewertung dar.

Bevor diese Ergebnisse in Kapitel 3 der Studie aufgeschlüsselt für die einzelnen Länder dargelegt werden, bietet Kapitel 2 eine detailliertere Einführung in die unterschiedlichen Ansätze zur Erklärung der Wertepreferenzen in den MOE-Ländern. Den Länderkapiteln folgt in Kapitel 4 eine vergleichende Betrachtung der Untersuchungsergebnisse zur Identifikation regionaler Trends. In Kapitel 5 werden konkrete Politikempfehlungen für die Bundesregierung und die EU-Institutionen formuliert, wie mit den Wertepreferenzen und politischen Trends innerhalb der EU umgegangen und daraus resultierenden Herausforderungen begegnet werden kann.

## 2. Theoretische Erklärungsansätze für einen Wertewandel

In der Forschungsliteratur findet sich eine Vielzahl von Ansätzen zur Erklärung von sich ändernden Wertepreferenzen – drei davon bilden den Erklärungsrahmen für die vorliegende Studie.

*Erstens* wird die Entwicklung als Ausdruck einer globalen Tendenz hin zum Autoritarismus gesehen, der gesellschaftliche Veränderungen in liberalen Demokratien als Ursachen zugrunde liegen. Zu dieser Gruppe an Erklärungsansätzen gehört die Annahme, dass das Erstarken autoritär-populistischer Kräfte durch eine neue gesellschaftliche Konfliktlinie zwischen Gewinner:innen und Verlierer:innen der Globalisierung erklärt werden kann (Hutter/Kriesi 2019). Diese Ansätze bauen auf früheren Arbeiten zu einem Wandel der Wertepreferenzen zwischen den Generationen im Westen auf, die annehmen, dass jüngere, besser gebildete und in gesellschaftlich diversen Umfeldern lebende Menschen eher postmaterialistische als materialistische Werte vertreten (Inglehart 1971). Der Wertewandel ist demnach nur eine Frage der Zeit und autoritäre Tendenzen sind vor allem eine Abwehrreaktion der sich inzwischen in der Minderheit befindlichen Bürger:innen mit materialistischen Wertepreferenzen (Norris/Inglehart 2019).

*Zweitens* werden die spezifische Situation in der postsowjetischen Region bzw. länderspezifische Faktoren herangezogen, um die für diese Region als besonders angenommene politische Entwicklung zu erklären. Dieser Erklärungsansatz wird u.a. von Ivan Krastev und Stephen Holmes (2019) vertreten: Sie erklären die Krise des Liberalismus in MOE mit der scheinbaren Alternativlosigkeit des liberal-demokratischen Modells nach dem Ende der Sowjetunion. Von diesem Modell hätten sich die Bürger:innen inzwischen abgewandt, was den antiliberalen Ethos der postkommunistischen Gesellschaften erklärt.

Eine *dritte* Gruppe von Erklärungsansätzen fokussiert sehr viel stärker auf die Rolle politischer Akteure. Die These, dass es sich bei den in MOE zu beobachtenden Entwicklungen um Formen eines strategischen Populismus handle, räumt den Wertepreferenzen der Bürger:innen eine nachrangige Relevanz für die Erklärung der Regierungspolitik ein. Die Annahme ist vielmehr, dass die autoritären Tendenzen auf eine primär vom Eigeninteresse der Regierungspolitiker:innen geleitete Politik zurückzuführen und nicht Ausdruck der Präferenzen der Bürger:innen sind.

Alle drei Erklärungsansätze werden in diesem Kapitel kurz skizziert, um Thesen herzuleiten, deren Erklärungskraft für die Entwicklungen in MOE anschließend für die einzelnen Untersuchungsfälle (Kapitel 3) sowie in vergleichender Perspektive für die Region insgesamt (Kapitel 4) überprüft werden.

### a. Cleavage-These und These vom Wertewandel

Die Grundannahme zeitgenössischer Cleavage-Ansätze ist, dass Gewinner:innen und Verlierer:innen von Globalisierung und postindustrieller Modernisierung jeweils unterschiedliche Werte vertreten. Nach einem dieser Ansätze strukturiert ein neuer Konflikt entlang zweier Dimensionen zunehmend den parteipolitischen Wettbewerb auf der nationalen Ebene und führt so zu einer Transformation europäischer Parteiensysteme (Kohls/Tekin 2020a). Eine Dimension dieses Konflikts hat die wirtschaftlichen Folgen der genannten Modernisierungsprozesse zum Gegenstand, während die zweite wertebasierte Konfliktdimension auf Identitäten fokussiert.

Ein weiterer modernisierungstheoretischer Ansatz vermutet, dass eine Wertedivergenz zwischen den Generationen entsteht: Ist ein Mindestmaß an ökonomischer Sicherheit garantiert,



führen Postindustrialisierung, Bildungsrevolution, Urbanisierung und gesellschaftliche Diversifizierung dazu, dass die jüngeren Generationen, die in diesem gesellschaftlichen Umfeld sozialisiert werden, postmaterialistische Werte (z.B. Umweltschutz, individuelle Selbstentfaltung, politische Freiheit) vertreten. In den westlichen Staaten sind diese im Laufe der Jahre so gesellschaftlich mehrheitsfähig geworden (Inglehart 1971; Norris/Inglehart 2019) und nur noch eine sozial-konservative Minderheit vertritt materialistische Werte (z.B. Sicherheit, Patriotismus, Religiosität). Im Sinne einer Abwehrreaktion ist diese Minderheit die Triebkraft hinter den gegenwärtig zu beobachtenden Autokratisierungstendenzen.

Diese beiden cleavage-bezogenen Ansätze haben vier für die praktische Politik relevante Konsequenzen: *Erstens* sind Parteien, die die Verlierer:innen der Globalisierung vertreten, nicht dauerhaft mehrheitsfähig. Im Falle von Parteien, die materialistische Werte vertreten, ist mit der Zeit sogar zu erwarten, dass sie strukturell in die Minderheit geraten. *Zweitens* sind die Fragmentierung von Parteiensystemen und damit einhergehende Erschwernisse in Entscheidungsfindungsprozessen ein temporäres Phänomen. *Drittens* existiert auch in Staaten mit illiberalen Regierungen eine organisationsfähige, proeuropäische gesellschaftliche Basis, die Partner der EU-Politik sein sollte. *Viertens* verweisen beide Ansätze auf Anknüpfungspunkte für eine Politik, deren Ziel die Entschärfung des zunehmend polarisierten Konflikts ist.

### *Cleavages sind dauerhafte Manifestationen politischer Konflikte in Sozialstruktur und Parteiensystem*

Ein Cleavage bezeichnet „einen dauerhaften Konflikt, der in der Sozialstruktur verankert ist und im Parteiensystem seinen Ausdruck gefunden hat“ (Pappi 1977: 195). Ein Cleavage zeichnet sich durch drei Merkmale aus (Bartolini 2005a: 10f.): *Erstens* weisen die Bürger:innen auf beiden Seiten der Konfliktlinie jeweils sozial-strukturelle Ähnlichkeiten auf. *Zweitens* verfügen beide Gruppen über ein Mindestmaß an kollektiver Identität. *Drittens* werden diese Gruppen durch Organisationen, in der Regel Parteien, politisch repräsentiert. Angewandt auf den Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Studie ist zu fragen, ob in den sechs Fallstudien gesellschaftliche Gruppen identifizierbar sind, die jeweils eine gemeinsame Identität als Gewinner:innen bzw. Verlierer:innen der Globalisierung bilden bzw. gebildet haben und von unterschiedlichen politischen Parteien vertreten werden. Befürworten diese Bürger:innen und die sie repräsentierenden Parteien auf der einen Seite der Konfliktlinie europäische Werte, während jene auf der anderen Seite sie ablehnen?

### *Erklären neue innergesellschaftliche Konflikte einen Wertewandel in der EU?*

In den 1960er Jahren wurde vornehmlich noch von einem stabilen Parteiensystem mit einem Zusammenhang von Parteienbindung und Wahlverhalten aufgrund von vier Cleavages ausgegangen. Diese verliefen zwischen Arbeit und Kapital (Bartolini/Mair 1990), dem primären (Agrar- und Rohstoffsektor) und sekundären Wirtschaftssektor (Industrie), Staat und Kirche sowie zwischen Unterstützer:innen starker Zentralstaaten (Zentrum) und der Bevölkerung in subnationalen Regionen mit eigener vom Nationalstaat unabhängiger Identität und Kultur (Peripherie) (Lipset/Rokkan 1967: 14) (Abbildung 3). Seit einigen Jahren kann nun jedoch eine abnehmende Wählerbindung und zunehmende Volatilität des Wahlverhaltens sowie die Etablierung neuer Parteien, insbesondere ökologischer (Mair 2004: 46) und autoritär-populistischer Parteien (Rodrik 2018: 14) beobachtet werden (Stöss et al. 2006). Mit Blick auf die Europawahl 2019 ist das Institut für Europäische Politik zu dem Ergebnis gekommen, dass eine solche Transformation von Parteiensystemen in 21 der damals 28 EU-Mitgliedstaaten stattgefunden hat (Kohls/Tekin 2020a: 18). Aus Sicht der Cleavage-Theorie werden Parteiensysteme wieder stabil, sobald sich neue Wählerbindungen mit anderen Parteien ausgebildet haben.

**Abbildung 3: Zentrale gesellschaftliche Konflikte nach Cleavage-basierten Ansätzen**

Industrielle Revolution		Lipset/Rokkan (1967)	
Arbeit	↔	Kapital	
Primärer Sektor	↔	Sekundärer Sektor	
Nationale Revolutionen		Lipset/Rokkan (1967)	
Staat	↔	Kirche	
Zentrum	↔	Peripherie	
Postindustrialisierung, Bildungsrevolution, Urbanisierung, gesellschaftliche Diversifizierung		Urbani-Inglehart (1971); Inglehart/Welzel (2005); Inglehart/Norris (2019)	
Jüngere	↔	Ältere	(Wertewandel)
Postindustrialisierung, Bildungsrevolution, Urbanisierung, gesellschaftliche Diversifizierung		Urbani-Hooghe/Marks (2002, 2019); Marks/Hooghe/Nelson/Edwards (2006)	
Arbeit	↔	Kapital	(etabliert)
grün/alternativ/libertär (GAL)	↔	traditionell/autoritär/national (TAN)	(Wertewandel)
Globalisierung		Kriesi et al. (2008); Hutter/Kriesi (2019)	
Integration	↔	Demarkation	(wirtschaftliche Dimension)
Integration	↔	Demarkation	(identitätsbezogene Dimension)

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der angegebenen Quellen.

Die *These des Wertewandels* von materiellen zu postmaterialistischen Werten war einer der ersten Ansätze, der die Etablierung ökologischer Parteien als frühesten Indikator der beginnenden Transformation durch einen neuen intergenerationalen gesellschaftlichen Konflikt zu erklären suchte. Ein durch Bildungsrevolution, Urbanisierung und gesellschaftliche Diversifizierung getriebener kultureller Wandel führt demnach zur Entstehung eines neuen kulturellen Cleavages in Parteiensystemen (Norris/Inglehart 2019: 50f.). Allerdings scheint der voranschreitende Wertewandel hin zu einer postmaterialistischen Wertepräferenz der gegenwärtigen „dritten Welle der Autokratisierung“ (Lührmann/Lindberg 2019) zu widersprechen. Ein möglicher Erklärungsansatz ist eine Gegenreaktion sozial-konservativer Kräfte gegen die neue Mehrheitskultur, die durch eine niedrigere Wahlbeteiligung der jüngeren Generation und Menschen mit geringer Bildung verstärkt wird (Norris/Inglehart 2019: 47-49). Hieraus lässt sich folgende These ableiten:

**These 1:** Europäische Werte werden von einer Mehrheit, insbesondere jüngeren Befragten und Menschen mit hohem Bildungsabschluss, unterstützt und von einer Minderheit, insbesondere älteren Befragten und Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss, abgelehnt. Wahlsiege von autoritär-populistischen Parteien sind durch eine geringere Wahlbeteiligung jüngerer und weniger gebildeter Bürger:innen zu erklären.

Ausgehend von der Diskussion, ob parteipolitische Positionen zur europäischen Integration mit dem Links-Rechts-Cleavage korrelieren (Gabel/Hix 2002; Taggart 1998; Marks/Steenbergen 2002; Tsebelis/Garrett 2000), kommen Hooghe und Marks (Marks et al. 2006; Hooghe et

al. 2002) zu dem Ergebnis, dass Parteipositionen zu redistributiven und marktregulierenden EU-Politiken mit dem klassischen Cleavage zwischen Arbeit und Kapital (Lipset/Rokkan 1967) erklärt werden können. Dies gilt jedoch nicht für die Kernfrage europäischer Integration nach dem Erhalt nationaler Souveränität bzw. der Schaffung eines europäischen Mehrebenensystems. Parteipolitische Positionen zur Kompetenzübertragung auf die supranationale Ebene sowie im Bereich der „new politics“ (Müller-Rommel 2018) werden durch ein neues Cleavage zwischen den Polen „green/alternative/libertarian (GAL)“ und „traditional/authoritarian/nationalism (TAN)“ (Hooghe et al. 2002: 976f.) strukturiert.

Durch den intragenerationalen Wandel hin zu postmaterialistischen Werten (Kitschelt et al. 1999: 14f.; Inglehart 1971) sowie die multiplen Krisen der letzten Dekade (Hooghe/Marks 2017) nimmt die politische Relevanz einer solchen neuen identitätsbezogenen transnationalen Konfliktlinie kontinuierlich zu. Entsprechend müsste eine zunehmend prononcierte innergesellschaftliche Wertedivergenz feststellbar sein. Globalisierung (im Falle dieser Studie: Europäisierung) kann dabei zu einer Transformation des politischen Raumes führen, wenn man annimmt, dass sie einen gesteigerten wirtschaftlichen und politischen Wettbewerb sowie mehr gesellschaftliche Vielfalt verursacht (Kriesi et al. 2008). Wichtige Grundannahme hierfür ist, dass diese Entwicklungen die Menschen (auch in einem Land) unterschiedlich betreffen und von ihnen verschieden wahrgenommen werden. Menschen können sich folglich als Verlierer:innen, die sich von der Europäisierung bedroht fühlen, oder als Gewinner:innen, die von den Veränderungen profitieren, sehen. Somit entsteht ein neues Demarkations-Integrations-Cleavage, das den politischen Raum entlang einer kulturellen und einer wirtschaftlichen Dimension transformiert und dessen Dimension orthogonal zu den etablierten Cleavages liegt.

**These 2:** *Europäische und wirtschaftsliberale Werte sowie der EU-Beitritt werden von Gewinner:innen der Europäisierung unterstützt und von Verlierer:innen abgelehnt. Wahlsiege von autoritär-populistischen Parteien sind durch eine Mehrheit von Bürger:innen, die sich als Verlierer:innen der Europäisierung sehen, zu erklären.*

### *Praktische Relevanz der Cleavage-These für die Europapolitik und den Umgang mit illiberalen Regierungen*

Die Annahme einer innergesellschaftlichen bzw. intergenerationalen Wertedivergenz als Indikator eines neuen, den politischen Raum dominierenden Cleavages, das langfristig zu einer Transformation europäischer Parteiensysteme führt, hat vier praktische Konsequenzen für die europäische Politik:

*Erstens* sind Parteien, die die Verlierer:innen der Globalisierung vertreten und illiberale Werte repräsentieren, nicht zwangsläufig dauerhaft mehrheitsfähig. Regierungswechsel hängen von der (wahrgenommenen) innergesellschaftlichen Verteilung von Kosten und Nutzen der genannten Prozesse ab. Die modernisierungstheoretische Perspektive der These vom Wertewandel geht sogar davon aus, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis die europäischen Werte mehrheitsfähig sind. In Staaten, in denen dies bereits der Fall ist, führen allein die geringe Wahlbeteiligung junger Bürger:innen und gegebenenfalls verzerrend wirkende Institutionen des (Mehrheits-)Wahlrechts zu einer parteipolitischen Unterrepräsentation europäischer Werte.

*Zweitens* ist zu erwarten, dass die zu beobachtende Fragmentierung von Parteiensystemen auf nationaler Ebene ein Übergangsphänomen der Transformationsphase ist. Der mit der Ausdifferenzierung der Parteienlandschaft einhergehende steigende Ressourcenaufwand für Entscheidungsprozesse, wie er nach der letzten Europawahl im mit vielen neuen Abgeordneten besetzten Europäischen Parlament zu beobachten war, wäre nur ein temporäres Phänomen.

*Drittens* existiert auch in Staaten mit illiberalen Regierungen eine organisationsfähige gesellschaftliche Basis, die sich illiberalen Tendenzen entgegenstellt und als Partner der europäischen Politik für die Stärkung der gemeinsamen Werte der Union fungieren kann. Der neue „Fonds für Justiz, Rechte und Werte“ mit dem Ziel, die „Rechte und die Werte der EU weiter zu fördern, zu stärken und zu schützen“ (Rat der EU 2021), zielt auf diese Basis ab. Werden diese Bürger:innen durch eine parteipolitische Repräsentation wieder in die Nationalstaaten integriert, dürfte langfristig die Polarisierung politischer Auseinandersetzungen wieder zurückgehen. Entscheidend dafür ist, dass die politischen Systeme einen fairen Parteienwettbewerb ermöglichen und nicht durch prohibitiv hohe Hürden neue Parteien und damit die durch sie repräsentierten Bürger:innen aus der Politik ausschließen.

*Viertens* ist die Politik zur Entschärfung des innergesellschaftlichen bzw. intergenerationalen Konflikts dazu aufgefordert, eine Balance zwischen den Interessen der Gewinner:innen und Verlierer:innen der Globalisierung bzw. aller Generationen zu halten. Dies stellt jedoch angesichts einer zunehmenden gesellschaftlichen und politischen Polarisierung eine wachsende Herausforderung dar. Dies gilt sowohl für die Schaffung ökonomischer Perspektiven, besonders für die Verlierer:innen der genannten Modernisierungsprozesse, als auch für eine konsequente gesellschaftspolitische Garantie für den Schutz unterschiedlicher Identitäten im Sinne des EU-Grundsatzes „in Vielfalt geeint“ (Europäische Union 2012: 357).

## b. Anti-Liberalismus-These

Die Anti-Liberalismus-These hat einen breiteren Fokus als die Cleavage-These. Sie erklärt die Ablehnung der europäischen Werte nach Art. 2 EUV durch Teile der Bevölkerungen in MOE mithilfe von in der gesamten Region zu beobachtenden Entwicklungen und ihrer historischen Erfahrungen während der postsowjetischen Zeit. Die Grundannahme ist, dass die liberale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft und die damit einhergehende Annäherung an Westeuropa nach 1989 zu großen, zumindest gefühlten, Verlusten geführt und Abstiegsängste, Identitätsverlust und Minderwertigkeitskomplexe hervorgerufen hat. Die Werte der EU werden daher als Teil des auch in den MOE-Ländern eingeführten liberalen Sozial- und Wirtschaftsmodells abgelehnt (Shields 2015).

Die These hat drei für die praktische Politik relevante Konsequenzen. Erstens läge die Ursache nicht bei der Bevölkerung, sondern bei den sie regierenden Eliten sowie der EU und ihren Führungspersonlichkeiten. Zweitens könnte ein behutsamerer Prozess der Liberalisierung dessen Akzeptanz erhöhen und drittens wäre es möglich, das Ansehen liberaler Werte durch eine stärkere Sozialpolitik zu verbessern.

### *Von der Idee, dass Mensch und Wirtschaft sich frei entfalten können müssen*

Der Liberalismus hat drei Hauptannahmen. Erstens sollten Individuen in einer Gesellschaft frei und für sich selbst verantwortlich sein und damit keiner höheren Instanz als ihrer eigenen Vernunft unterstehen (kultureller Liberalismus). Hierzu kommt heutzutage die Annahme, dass niemand aufgrund von Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, sexueller Orientierung oder Geschlecht diskriminiert werden darf. Zweitens sollten in einer (liberalen) Demokratie Minderheiten durch ein System der Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit vor der Willkür der Mehrheit geschützt werden (politischer Liberalismus). Drittens sollte auch das Wirtschaftsleben so frei wie möglich von staatlichen Einflüssen gestaltet werden. Für die vorliegende Untersuchung ist hier vor allem die Annahme relevant, dass politische Freiheit nur durch wirtschaftliche Freiheit realisiert werden kann, die sich in den 1990er Jahren weltweit durchgesetzt hat (Neoliberalismus).

### *Die Anti-Liberalismus-These: Alternativlosigkeit, Nachahmungsimperativ, wirtschaftliche Konsequenzen*

In der Forschungsliteratur finden sich drei unterschiedliche für die Anti-Liberalismus-These relevante Argumentationslinien. Die jüngsten und derzeit wohl prominentesten Vertreter der These sind Krastev und Holmes (2019). Sie fokussieren sich auf das Argument, dass eine Wertedivergenz vor allem mit der Alternativlosigkeit und dem Nachahmungsimperativ des Liberalismus erklärt werden muss. Die MOE-Länder haben sich demnach mit einer politischen und moralischen „Schocktherapie“ den im Westen als „normal“ geltenden Werten angepasst, was zu Identitätsverlust und Minderwertigkeitsgefühlen führte. Dieser alternativlose Nachahmungsimperativ hat eine illiberale Reaktion gegen die gefühlte liberale Hegemonie ausgelöst. Chantal Mouffe (2005) argumentiert ähnlich und stellt fest, dass der Liberalismus dazu tendiert, Politik zu moralisieren und die antagonistische Natur des Politischen zu verneinen. Vertreter:innen des Liberalismus tun ihrem Verständnis zuwiderlaufende Meinungen als falsch, irrational und rückständig ab. Schwer rationalisierbare Gefühle, wie Heroismus, Nationalismus oder Religiosität werden von ihnen bestenfalls skeptisch betrachtet und wie alles Mystische oder Metaphysische abgelehnt (Ost 2005). Der Liberalismus wird daher als moralisch überlegenes und rationales Modell präsentiert, das nach der Methode „one size fits all“ auf alle Länder der Welt, ungeachtet der kulturellen lokalen Gegebenheiten, angewandt werden sollte und zu dem es keine Alternative gibt (Krastev/Holmes 2019).

Historiker wie Judt (2005, 2011), Berend (2003) oder Wolff (1996) betonen die historischen Wurzeln des Nachahmungsimperativs, die einige Jahrhunderte zurückgehen und stark von politischen Eliten aus MOE geprägt wurden. Nach ihrer Lesart war Westeuropa schon im späten 18. Jahrhundert Vorbild der politischen Eliten in MOE (Berend 2003), da es sich aufgrund seiner geografisch für den Atlantikhandel günstiger gelegenen Lage früher industrialisieren konnte. Denker der Aufklärung in Westeuropa jedoch grenzten sich mit der Idee der „Zivilisation“ von der „Rückständigkeit“ Osteuropas ab (Wolff 1996). Nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutete „europäisch zu denken“ in MOE, den Blick auf das „echte“ Europa im Westen zu richten und Verbindung mit der vermeintlichen Zivilisation und Macht Westeuropas aufzubauen (Judt 2005, 2011). Vor allem osteuropäische Dissident:innen und Intellektuelle fühlten sich in ihrer Opposition gegen die sowjetische Besatzung kulturell zunehmend dem Westen und seiner liberalen, demokratischen Grundordnung zugehörig (Rupnik 2018). An diese Überlegungen schließen auch Krastev und Holmes ihre Argumentation an: Besonders nach dem sowjetischen Einmarsch in Prag 1968 ist demnach ein Wunsch nach westlicher „Normalität“ entstanden, die Rechtssicherheit, freie Wahlen und freie Meinungsäußerung versprach (Krastev/Holmes 2019). Nach 1989 war es im politischen Mainstream der MOE-Länder Konsens, die einzig mögliche Zukunft für die Region unabhängig von den Kosten im politischen Vorbild des Westens, der EU und der Globalisierung zu sehen (Judt 2005; Rupnik 2018). Ein solcher liberaler Konsens verlor jedoch schnell die Zustimmung der Gesamtbevölkerung und führte zu dem Vorwurf einer kosmopolitischen, wurzellosen Elite, die unreflektiert gen Westen schaute und dabei radikal die politische, wirtschaftliche und kulturelle Landschaft der Region umwälzte (Shields, 2015; Judt, 2011).

Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Autor:innen, die vor allem die Rolle des Neoliberalismus betonen. Sie argumentieren, dass die politische Elite nach 1989 von der Annahme geleitet war, dass die liberale und demokratische Ordnung westlicher Prägung nur durch eine freie Wirtschaft erreicht werden kann (Buzogány/Varga 2018). Erstrebenswerte Ideale wie Menschenrechte, Demokratie oder eine freie Zivilgesellschaft hingen in ihren Augen zuallererst vom Ende von Staatswirtschaft und Regierungssubventionen sowie der Einführung einer kapitalistischen Wirtschaftsweise mit harten Ausgabebeschränkungen ab (Ost, 2005). Die wirtschaftliche Schocktherapie wurde daher als unerfreuliches aber einzig rationales, korrektes

und legitimes Programm angesehen. Alternative Positionen, die dem freien Markt kritisch gegenüberstanden wurden als unverantwortlich und sogar politisch gefährlich betrachtet (Ost 2005). Basierend auf einer solchen Grundannahme kann die Frustration vieler Wähler:innen und deren Zuwendung zu autoritär-populistischen Parteien und deren illiberalen Wertevorstellungen durch die gravierenden Konsequenzen dieser Wirtschaftspolitik (hohe Arbeitslosigkeit, drastisch sinkende Löhne, ein wegbrechender Sozialstaat) erklärt werden. Eine resultierende Wertedivergenz ist demnach keine überraschende Entwicklung, sondern wurde sogar als allgemein vorhersehbarer Nebeneffekt angesehen (Dawson/Hanley 2016).

***These 3:*** Europäische Werte werden von den Bevölkerungen in MOE abgelehnt, weil sie mit der Implementierung des kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Liberalismus in ihren Ländern nach 1989 negative Folgen assoziieren. Wahlsiege autoritär-populistischer Parteien sind durch deren erfolgreiche Gegennarrative zum Liberalismus und deren Unterstützung der Bevölkerung zu erklären.

### *Eine Wertedivergenz als Reaktion auf den kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Liberalismus*

Wenn von der EU-Werten abweichende Wertepreferenzen eine Gegenreaktion auf den Liberalismus sind, dann müssten sie sich darin ausdrücken, dass die Bürger:innen der Region grundlegende Prinzipien des kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Liberalismus ablehnen. Beim kulturellen Liberalismus wären das zum Beispiel gesellschaftlich liberale Werte, wie die Gleichheit der Geschlechter, Religionsfreiheit oder das Befürworten von Anti-Diskriminierungsgesetzen. Mit Blick auf den politischen Liberalismus müsste sich eine Wertedivergenz in einer Ablehnung der liberalen Demokratie und ihrer zentralen Werte, wie Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus oder Pressefreiheit, ausdrücken. Wenn die Bürger:innen wirtschaftlich liberale Vorstellungen, wie die Notwendigkeit von Einkommensungleichheit als Leistungsanreiz oder einen in die Wirtschaft eingreifenden Staat ablehnen, dann ließe sich eine Wertedivergenz zudem als eine Reaktion auf den Wirtschaftsliberalismus verstehen.

Mit Blick auf den politischen und kulturellen Liberalismus fehlten dem Transformationsprozess demnach die emotionalen Stützen, um den Menschen in ihren sich schnell und fundamental ändernden Leben eine Orientierung zu geben (Ost 2005). Neue Wertevorstellungen wie Minderheitenrechte, Antirassismus und Akzeptanz der Rechte von Homosexuellen sowie neue Gesetzesvorhaben wurden nicht als gut oder wünschenswert, sondern als notwendig und rational präsentiert und jegliche Opposition als gefährlich und populistisch gebrandmarkt. Dies führte zu einem Verlust von Traditionen, psychologischen Traumata und Minderwertigkeitsgefühlen (Krastev/Homes 2019).

In wirtschaftlicher Hinsicht hat der Liberalismus nach dieser These seine Glaubwürdigkeit auf zwei Arten verloren: Zum einen durch die stark ansteigende Arbeitslosigkeit und den Rückgang der Reallöhne in den ersten Jahren nach 1989 und zum anderen durch die Folgen der Finanzkrise ab 2008. Die ursprüngliche Zustimmung vieler Menschen zur wirtschaftlichen Liberalisierung ist so schnell in Unzufriedenheit umgeschlagen, als sich die dramatischen sozialen Kosten abzeichneten: Zwar konnte ab Mitte der 1990er Jahre in den meisten Staaten der Region wieder Wirtschaftswachstum verzeichnet werden, doch gab es in einigen Ländern innerhalb von kurzer Zeit Lohneinbrüche von bis zu 40 Prozent und eine rasant steigende Arbeitslosigkeit (Judt 2011; Ost 2005). Die starken sozialen Sicherungsnetze der kommunistischen Ära wurden ausgehöhlt und vielen Menschen ging es wirtschaftlich deutlich schlechter als noch einige Jahre zuvor. Gleichzeitig wanderten große Teile der jungen, gut ausgebildeten Bevölkerung gen Westeuropa ab, was enorme wirtschaftliche und demografische Probleme in der Region verursacht habe.

Die Finanzkrise von 2008 hat eine weitere dramatische Erschütterung des Vertrauens in das westliche Modell einer liberalisierten Wirtschaft bedeutet. Über Nacht brachen ausländische Direktinvestitionen weg. Die häufig an westliche Konglomerate verkauften Banken gerieten in drängende Probleme und entzogen der Wirtschaft weiteres Kapital (Orenstein/Bugarič 2020). Viele Menschen konnten durch den Wertverfall ihrer nationalen Währung die in ausländischen Währungen aufgenommenen Kredite nicht mehr bedienen und gerieten in große finanzielle Schwierigkeiten. Plötzlich wurde es offensichtlich, dass nicht diejenigen es „schafften“, die hart arbeiteten und sich den neuen Umständen flexibel anpassten, sondern die, die bereits im Kommunismus wichtige politische Posten bekleidet und nun privilegierten Zugang zu wirtschaftlichem Erfolg hatten (Krastev/Holmes 2019). Das neoliberale Wirtschaftsmodell geriet endgültig in Verruf, denn obwohl die Krise ihre Ursprünge im Westen hatte, waren es die MOE-Länder, die am stärksten unter ihren Folgen leiden mussten (Orenstein/Bugarič 2020).

Gemäß dieser Betrachtungsweise haben illiberale Regierungen in MOE heute den Nachahmungsimperativ umgedreht: MOE sollte sich nach diesem Narrative nicht mehr am Westen orientieren, sondern Westeuropa müsse sich, wenn es überleben will, ein Beispiel an MOE nehmen. Wie Viktor Orbán es formulierte: „Vor siebenundzwanzig Jahren glaubten wir hier in Zentraleuropa, dass Europa unsere Zukunft sei; heute fühlen wir, dass wir die Zukunft Europas sind“ (Orbán 2017).

### *Praktische Relevanz der Anti-Liberalismus-These für die Europapolitik und den Umgang mit illiberalen Regierungen*

Wenn die Anti-Liberalismus-These zutrifft, dann hätte sie drei Implikationen. *Erstens* läge die Verantwortung für eine Wertedivergenz in den MOE-Ländern nicht bei den jeweiligen Bevölkerungen, sondern bei den sie regierenden und meinungsbildenden liberalen Eliten sowie der liberalen EU. Diese hätten mit ihrem alternativlosen Ansatz der schnellen Implementierung des Liberalismus in MOE nach 1989 eine Wertedivergenz als Gegenreaktion seitens der Bevölkerung nicht nur in Kauf genommen, sondern geradezu provoziert. Um die vermeintliche Ablehnung der EU und ihrer Werte in MOE abzuschwächen, könnten die EU und ihre Führungspersonlichkeiten in ihrer öffentlichen Kommunikation eine stärkere Akzeptanz von Wirtschafts- und Sozialordnungen ausdrücken, die dem liberalen Modell einer freien Wirtschaft und postnationalen Gesellschaft widersprechen. Anders ausgedrückt: Wenn ein Staat große Unternehmen verstaatlicht, die Macht ausländischer Banken beschränkt, die Sozialleistungen für die einheimische Bevölkerung erhöht und eine äußerst restriktive Migrationspolitik verfolgt, dann sollten diese Entwicklungen nicht mit Ablehnung gestraft werden, um einer Wertedivergenz entgegenzuwirken. Hierbei müssten jedoch zentrale Grundannahmen des Liberalismus fallengelassen werden, wie dass jeder Konflikt stets eine Lösung hat und dass mystische und metaphysische Phänomene wie Nationalstolz, Gottgläubigkeit und Gemeinschaftsgefühle irrational und damit ablehnungswürdig sind. Auf diese Weise könnte illiberalen Regierungen die Munition genommen werden, mit der sie ein starkes Freund-Feind-Schema zwischen ihren Staaten und der EU aufgebaut haben. Auch dem Nachahmungsimperativ und seinen Folgen, wie Schamgefühle oder Minderwertigkeitskomplexe, könnte so der Boden entzogen werden. Allerdings müsste eine scharfe Grenze dort gezogen werden, wo die Normen einer liberalen Demokratie, wie Rechtsstaatlichkeit oder Pressefreiheit, ausgehöhlt werden.

*Zweitens* könnte den problematischen Auswirkungen einer Wertedivergenz, also der Wahl autoritär-populistischer Parteien mit zweifelhaftem Demokratieverständnis, entgegengekommen werden, wenn der gesellschaftliche Wandel hin zu liberalen, postmaterialistischen Werten verlangsamt wird. So könnten den Menschen ihre kulturellen Ängste vor Identitätsverlust genommen werden (vgl. Kapitel zur Cleavage-Theorie).

*Drittens* könnte eine wirtschaftliche Besserung der Lebensumstände der MOE-Bevölkerungen, die nicht von illiberalen, sondern von liberalen Parteien durchgesetzt wird, die Menschen wieder mit den liberalen Werten der EU versöhnen. Hierfür notwendig wäre eine Abkehr von neoliberaler Wirtschaftspolitik und eine wieder stärkere Rolle des Staates in wirtschaftlichen Belangen, wie sie einige Regierungen der Region bereits praktizieren (vgl. zum Beispiel Länderkapitel zu Polen und Ungarn).

### c. These vom strategischen Populismus

Im Gegensatz zu den anderen in dieser Studie diskutierten Thesen geht die These vom strategischen Populismus nicht davon aus, dass die von den Bürger:innen vertretenen Werte ursächlich für die in der Region zu beobachtenden Autokratisierungstendenzen sind. Die illiberalen Werte propagierenden Regierungen und Parteien sind demnach mit ihrer Politik nicht responsiv, sondern verfolgen primär die Ziele des Machterhalts und des „rent-seeking“. Angesichts einer Unzufriedenheit mit der Politik der etablierten Parteien (vgl. Kapitel zur Anti-Liberalismus-These), die vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen ideologischen Fundierung spezifische Werte vertreten, verfolgen die illiberalen Regierungen und Parteien eine im Stil populistische Politik. Sie konstruieren rhetorisch das Bild eines vorgeblich homogenen Volkes, dessen Interessen gegen „die Eliten“, externe Kräfte und bestimmte gesellschaftliche Gruppen verteidigt werden müsse. Mit dem Anspruch, nur sie könnten die Interessen des wahren Volkes vertreten, und dem Schüren von Angst versuchen die Populist:innen die Stimmen all jener zu gewinnen, die sich nicht mehr durch die etablierten Parteien repräsentiert fühlen. Die politische Programmatik, mit der der imaginierte Volkswille und die Bilder der „Feinde des Volkes“ aufgeladen werden, ist dabei hinsichtlich der Ziele der Populist:innen und Werteinstellungen der Bürger:innen von nachrangiger Bedeutung.

Diese Thesen zur Erklärung des Wertewandels hat drei für die praktische Politik relevante Konsequenzen: *Erstens* ist zu erwarten, dass das strategische Verhalten der Populist:innen mit der Zeit auch eine prägende Wirkung auf die Wertepreferenzen der Bürger:innen hat und eine Wertedivergenz daher eher zu- als abnimmt. *Zweitens* ist zu erwarten, dass eine populistische Politik nicht dauerhaft stabil ist und mittelfristig auf andere Instrumente des Machterhalts zurückgreifen muss. *Drittens* zeichnet sich die Wählerschaft der Populist:innen nicht durch ähnliche Interessen aus, sodass eine alternative Politik gegenüber einer Vielzahl von Interessen responsiv sein muss. Im Zentrum einer Gegenstrategie sollten deshalb vielmehr die Eigeninteressen der Populist:innen stehen.

### *Antielitismus als definitorisches Kriterium von Populismus*

Der Begriff des Populismus wird sowohl in der öffentlichen Debatte als auch in der Forschung weithin verwendet, was maßgeblich zu seiner Unschärfe beigetragen hat. In der politischen Debatte handelt es sich meist um einen wertenden Vorwurf an politische Gegner:innen, der impliziert, dass ihre Politik unseriös sei, das Volk verführe und nur darauf abziele, Aufmerksamkeit zu erregen (Spier 2010). Allerdings wird der Begriff auch in der Wissenschaft selten trennscharf verwendet und Parteien, die die Extreme der Konfliktdimensionen (s. Kapitel zur Cleavage-These) vertreten, werden in der Regel als rechts- oder linkspopulistisch bezeichnet, ohne dass im Einzelnen geprüft wird, ob es sich um populistische oder extremistische Parteien handelt. Um diese Unschärfe zu vermeiden und untersuchen zu können, inwieweit Regierungen und Parteien in den hier untersuchten Ländern strategischen Populismus betreiben, der keiner Wertefundierung bedarf und bei dem programmatische Positionen nachrangig sind, wird in dieser Studie eine enge Definition von Populismus verwendet (Abbildung 4).



Nach Müller (2016a, 2016b) und Priester (2016) wird Populismus in dieser Studie als eine antielitäre, antipluralistische, damit antidemokratische und exkludierende Politik verstanden, deren Vertreter:innen für sich in Anspruch nehmen, als einzige den wahren Willen eines exklusiven Volkes zu kennen und vertreten zu können. Dieser moralisch begründete Volkswille existiert unabhängig von gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozessen, da alle, die den wahren Volkswillen anzweifeln, per Definition nicht zum imaginären Volk, sondern zu dessen „Feinden“ gehören.

**Abbildung 4: Merkmale der Definition von Populismus**

Merkmal	Erläuterung
antielitär	Konstruktion eines Antagonismus zwischen einem „reinen Volk“ und einer „korrupten Elite“.
antipluralistisch	Imagination eines homogenen Volkswillens, der keine pluralistischen Interessen zulässt.
antidemokratisch	Populistische Politik bedarf keiner Interessenaggregation und Meinungsbildung, da es im Volk keine Interessengegensätze gibt.
Exkludierend	Neben der „Elite“ werden weitere Antagonismen konstruiert, so werden oft externe Akteure und spezifische gesellschaftliche Gruppen dämonisiert, die vom „reinen Volk“ ausgeschlossen sind.
Unmittelbar	Populist:innen vertreten das Volk unmittelbar, populistische Politik ist identisch mit dem Volkswillen.

Quelle: Eigene Darstellung.

### *Populismus als Machtstrategie*

Allen Definitionen von Populismus ist gemein, dass sie Antielitismus als zentrales Charakteristikum von Populismus sehen. Allerdings gibt es unterschiedliche Konzeptualisierungen in Bezug auf die Bedeutung von programmatischen Positionen und Werten. Im Gegensatz eines Populismus als „dünnere Ideologie“ (Mudde 2017) betrachtet die These vom Populismus als „politisch-strategischem Ansatz“ (Weyland 2017) diesen als Herrschaftsinstrument. In dieser für die vorliegende Studie relevanten Perspektive dient Populismus dazu, eine diverse Gefolgschaft an eine:n „Führer:in“ zu binden. Die Inhaltsleere des Populismus macht die Herrscher:innen dabei ideologisch flexibel (Barr 2009).

Populismus wird in dieser Untersuchung also als politische Strategie des Machterhalts verstanden, die nicht zwangsläufig mit einer spezifischen Ideologie aufgeladen wird. Auf diese Weise wird eine Gegenthese zu den beiden anderen Erklärungen vom Wertewandel in den MOE-Ländern formuliert. Die Annahme ist, dass die in der Politik zu beobachtende Wertedivergenz nicht den Wertepreferenzen der Bürger:innen entspricht. Die Vertretung einer illiberalen, die Werte der EU ablehnenden Politik, ist kein Zeichen der Responsivität gegenüber den Wähler:innen, sondern Ausdruck einer Machtstrategie, die ausschließlich dem Machterhalt und/oder dem „rent-seeking“ dient.

**These 4:** Die populistische Politik einiger Regierungen und Parteien in den untersuchten Ländern, die illiberale und autoritäre Tendenzen aufweist, ist eine Strategie der Machtsicherung einer führenden Persönlichkeit oder Partei, die nicht mit den Werten der Bürger:innen korrespondiert.

### *Praktische Relevanz der These vom strategischen Populismus für die Europapolitik und den Umgang mit illiberalen Regierungen*

Die These vom strategischen Populismus rückt die Bedeutung des Handelns der politischen Akteure ins Zentrum ihres Erklärungsansatzes. Die gesellschaftlichen, kulturellen oder historischen Rahmenbedingungen haben eine geringere Wirkung auf die Wertepräferenzen der Bevölkerung, während das strategische Handeln der Machthaber:innen einen größeren Einfluss hat. Populist:innen repräsentieren nicht die Interessen und Werte eines bestimmten Teils der Gesellschaft, aber sie können mit der Zeit die Werte der Gesellschaft prägen. Die empirischen Ergebnisse der Studie zeigen dies für die Einstellungen der Bürger:innen zur Flüchtlingspolitik in MOE. War dieses Thema bis 2015 von geringer Bedeutung für die Bürger:innen in den sechs untersuchten Ländern, hat es seitdem deutlich an Relevanz gewonnen. Den untersuchten populistischen Regierungen ist es gelungen, die Einstellungen zur Flüchtlingspolitik in der Gesellschaft entscheidend zu prägen.

Vor diesem Hintergrund hat eine durch strategischen Populismus entstandene Wertedivergenz drei konkrete Folgen für die praktische Politik: *Erstens* ist zu erwarten, dass die Divergenz mit der Zeit eher zu- als abnimmt.

*Zweitens* sind Populist:innen oftmals gezwungen, bestimmte Herrschaftsmechanismen zu etablieren, um an der Macht zu bleiben. Dies liegt in der Unbeständigkeit der Legitimationsquellen von populistischen Parteien begründet. Der Antielitismus hat keine dauerhafte legitimatorische Wirkung und darüber hinaus gilt Populismus auch als ein Krisenphänomen, das im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Transformation, Krisen oder Umbruchzeiten lediglich temporär auftritt. Bei zu lange herrschenden Populist:innen schwindet die Attraktivität des „neu Seins“ und der vermeintlichen „Andersartigkeit“ im Vergleich zu etablierten Politiker:innen und Parteien. Es ist daher unwahrscheinlich, dass die Prägung der Werte der Bürger:innen durch Populist:innen so schnell und umfassend gelingt, dass eine Wertedivergenz zur Stabilisierung der Macht ausreicht. Entsprechend groß ist die Gefahr, dass Populist:innen beginnen, die Demokratie abzubauen, um ihre Macht institutionell abzusichern.

*Drittens* ist es im Rahmen der beiden zuvor genannten Folgen schwerer, eine Politik zu entwickeln, die den Populist:innen die Wählerbasis entzieht. Diese Basis verfügt, anders als etwa bei den gesellschaftlichen Gruppen zwischen denen die Cleavages verlaufen, nicht zwangsläufig über gemeinsame Interessen, die durch eine europäische Politik adressiert werden könnten. Die Unterstützer:innen von Populist:innen eint oftmals nur der Wille zur Rebellion gegen das Etablierte. Entsprechend muss eine Politik vielmehr die spezifischen hinter dem Machterhalt stehenden Interessen der Populist:innen zum Ansatzpunkt nehmen. Eine Politik gegen strategische Populist:innen muss mit Klarheit, Stringenz und Durchsetzungsvermögen vorgetragen werden, wobei insbesondere deren wirtschaftliche Interessen und die Bekämpfung von Korruption Ansatzpunkte bieten

### 3. Länderprofile: Ursachen und Nachhaltigkeit vom Wertewandel

Die bisherigen konzeptionellen Überlegungen zeigen bereits, dass nationale historische, kulturelle und politische Erfahrungen und institutionelle Gegebenheiten eine große Rolle bei der Erklärung vom Wertewandel spielen. Deshalb sollten die MOE-Länder, nicht als eine einheitliche Region betrachtet werden, wie es in öffentlichen aber auch Fachdebatten immer noch viel zu häufig geschieht. Für die Ausgestaltung einer künftigen Politik zur Begrenzung einer Wertedivergenz zu den Werten der EU ist eine differenzierte Betrachtung und entsprechend maßgeschneiderte Politik notwendig. Dennoch zeigen folgenden sechs Länderkapiteln auch länderübergreifende Trends auf.

Die Anordnung der folgenden Kapitel entspricht dem wichtigsten dieser Trends: Im Lichte sich abzeichnender Autokratisierungstrends erfolgt die Darstellung der Ergebnisse für Ungarn, Polen und Slowenien zuerst. Ungarn ist dabei der einzige EU-Mitgliedsstaat, dessen Regierungssystem im jährlichen V-Dem Democracy Report seit 2020 nicht mehr als Demokratie, sondern als „elektorale Autokratie“ bezeichnet wird (Alizada et al. 2021). Für die anderen drei Untersuchungsfälle ist diese Entwicklung nicht so klar ausgeprägt. Es wird zwar deutlich, dass auch Tschechien, die Slowakei und Rumänien nicht immun gegen autokratische und populistische Entwicklungen sind. Einzelne Parteien und Regierungen tendieren zu einem ähnlichen Kurs wie in Ungarn, Polen und Slowenien. Die „checks und balances“ in den politischen Systemen dieser Länder haben bisher jedoch eine nachhaltige Autokratisierung verhindert.

Für die folgenden Länderuntersuchungen wird auf die Ergebnisse einer Umfrage unter rund 5.000 Bürger:innen der sechs untersuchten Länder, die im April und Mai 2021 durchgeführt wurde, sowie eine für diese Studie durchgeführte Umfrage unter Expert:innen der Region zurückgegriffen. Zusätzlich fließen Erkenntnisse aus der bereits bestehenden Forschungsliteratur mit ein.

#### a. Ungarn

In Ungarn ist die Autokratisierung im Vergleich zur hier betrachteten Ländergruppe sowie zur gesamten EU am weitesten fortgeschritten: Seit die regierende nationalkonservative Fidesz-Partei von Ministerpräsident Viktor Orbán mit einem Erdrutschsieg bei den Parlamentswahlen 2010 an die Macht kam, hat sie den Staat so massiv umgebaut, dass er nicht mehr den Kriterien einer funktionierenden Demokratie entspricht (Alizada et al. 2021). Mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament konnte Orbán in den vergangenen zehn Jahren tiefgreifende Gesetzesänderungen beschließen, die die Exekutive gestärkt, das System der Gewaltenteilung massiv ausgehöhlt sowie Grundrechte und Pressefreiheit eingeschränkt haben.

#### *Vom Musterschüler zum Sorgenkind*

Nach dem Volksaufstand von 1956 war Ungarn das liberalste der staatssozialistischen Regime, das sich zunehmend dem Westen gegenüber öffnete. So konnte Ungarn in den 1990er Jahren – zusammen mit Polen – einer der Trendsetter in MOE in Bezug auf Demokratisierung und Europäisierung werden (Bertelsmann Stiftung 2020a). Der Systemwechsel erfolgte als Elitenpakt relativ geräuschlos am runden Tisch zwischen dem pragmatisch-technokratischen Teil der alten Staatspartei und der demokratischen Opposition. Dies führte dazu, dass es im Gegensatz zu anderen postsowjetischen Staaten zunächst nicht zu einem Elitenwechsel kam (Dieringer 2009).

Die sozialdemokratische Ungarische Sozialistische Partei (MSZP), die aus der kommunistischen Einheitspartei entstanden war, und ihr liberaler Koalitionspartner legten ab 1994 mit

radikalen Austeritätsmaßnahmen die wirtschaftlichen und institutionellen Grundlagen, die die Verhandlungen zum EU-Beitritt ermöglichten. Unter der Regierung Orbán I (1998-2002) gewann der Prozess der Europäisierung an Dynamik, was zu einer Phase des westintegrationsbedingten Burgfriedens zwischen den politischen Parteien führte und mit dem Beitritt Ungarns zur NATO 1999 und zur EU 2004 endete (Dieringer 2009). Anschließend fiel der Zwang der politischen Eliten zur Selbstdisziplin und zur Überbrückung ideologischer Differenzen weg und der politische Diskurs zwischen dem konservativen und sozialdemokratischen Lager radikalisierte sich zunehmend (Bos/Lorenz 2021). Ein nachholender Kulturkampf fand statt, der das politische System destabilisierte (Dieringer, 2009).

Zugleich breitete sich in der Gesellschaft die Enttäuschung über die erhofften positiven Ergebnisse des Systemwandels und über sofortige, positive Folgen des EU-Beitritts immer weiter aus. Die MSZP, die das Land zwischen 2002 und 2010 regierte, hatte die Wirtschaft an den Abgrund manövriert. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 traf Ungarn zudem härter als andere MOE-Länder (Bertelsmann Stiftung 2020a). Ein drohender Staatsbankrott konnte nur durch rasche und umfassende Hilfspakete des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der EU abgewendet werden. Insbesondere die sozial Schwachen, darunter viele Geringverdienende und Arbeitslose mit niedrigem Bildungsstand, die ohnehin als „Verlierer:innen“ der Transformation hervorgingen, waren von der Krise betroffen.

Als Folge eines weitreichenden Regierungsskandals der Regierung Gyurcsány im Jahr 2006, der zu Massenprotesten führte, wurde die Frustration und Desillusionierung in der Bevölkerung mit der Politik größer und bereitete den Weg für den Wahlsieg von Orbáns Fidesz-Partei bei den Parlamentswahlen 2010 (van de Rakt 2017). Mit seiner populistischen und gegen das politische Establishment gerichteten Agenda gewann er mit seiner Fidesz-Partei eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit.

### *Eine Dekade demokratischer Regression*

Seit nunmehr elf Jahren ist Orbáns Fidesz-Partei an der Macht und gewann bei jeder Wahl eine Zweidrittelmehrheit im Parlament – zuletzt 2018. Dies ermöglichte es Orbán tiefgreifende Gesetzesänderungen zu beschließen, um demokratische Institutionen zu schwächen, Grundrechte sowie die Gewaltenteilung einzuschränken und seine Macht langfristig zu sichern.

Bereits kurz nach der Wahl 2010 leitete Orbán in einem hohen Tempo zahlreiche Gesetzesänderungen ein, um seine Macht weit über die Legislaturperiode hinaus zu sichern. Das neue „Grundgesetz“ von 2011 höhnte insbesondere den Schutz der Grundrechte aus, beschnitt die Befugnisse des Verfassungsgerichts und verlieh wichtigen politischen Entscheidungen Verfassungsrang, wodurch die politischen Gestaltungsmöglichkeiten zukünftiger Regierungen eingeschränkt wurden, solange sie über keine Zweidrittelmehrheit im Parlament verfügen (van de Rakt 2017). Darüber hinaus wurde der fehlende Schutz vor Diskriminierung, z. B. von Homosexuellen, und eine Überbetonung der Nation im Verhältnis zum Individuum kritisiert.

Mit der Änderung des Wahlgesetzes 2011 schnitt die Fidesz-Regierung Wahlkreise zu ihren Gunsten neu zu und stärkte Elemente des Mehrheitswahlrechts (Bundeszentrale für politische Bildung 2020a). Darüber hinaus brachte Orbán schrittweise die Medienlandschaft unter seine Kontrolle. 2011 verabschiedete er ein Mediengesetz, das die Medienlandschaft regulierte und unter staatliche Aufsicht stellte. Zudem befinden sich die regionalen Medien inzwischen fast vollständig im Besitz von Orbán-freundlichen Unternehmern. Auf diese Weise kann er den öffentlichen Diskurs im Land nach Belieben steuern (Szelenyi 2019), während zeitgleich astronomische Summen aus dem Staatshaushalt in Fidesz-Propaganda fließen. Auch die akademische Freiheit wurde eingeschränkt. Die Änderungen des Hochschulgesetzes 2017 zwangen die renommierte Central European University mit Sitz in Budapest dazu, ihren Standort nach

Wien zu verlegen. Darüber hinaus geht die Regierung seit 2014 auch gegen regierungskritische Nichtregierungsorganisationen vor und diffamiert diese als „ausländische Agenten“.

Inzwischen wird Ungarn gemäß dem V-Dem Index für liberale Demokratie als „elektorale Autokratie“ eingestuft (Alizada et al. 2021). Die Nichtregierungsorganisation Freedom House bewertet Ungarn in ihrem „Global Freedom Score“ Bericht für 2021 nur als „teilweise frei“ und Reporter ohne Grenzen deklariert Orbán in ihrem turnusmäßigen Ranking 2021 erstmals als „Feind der Pressefreiheit“. In allen drei Rankings ist Ungarn damit europäisches Schlusslicht. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ist bereits seit 2018 ein Verfahren gemäß Art. 7 EUV wegen möglicher Verstöße gegen die Grundwerte der Union nach Aufforderung des Europäischen Parlaments anhängig.

### *Klientelismus und Korruption zum Machterhalt*

Die Schaffung eines weitverzweigten Netzes von Klientelismus und Vetternwirtschaft ist für Orbán ein weiteres Instrument zur Sicherung der politischen Macht: Fidesz und Orbán haben seit 2010 ein Netzwerk von politischen Verbündeten, Freund:innen und Teilhaber:innen aufgebaut, die sich zur reichsten Gruppe ungarischer Geschäftsleute entwickelt haben und im Gegenzug für ihre Loyalität von der Nähe zur Fidesz-Regierung wirtschaftlich profitieren. Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) spricht etwa von systemischen Unregelmäßigkeiten und beklagt, dass im Falle Ungarns bei fast vier Prozent der Ausgaben von EU-Geldern in den Jahren 2015-2019 Unregelmäßigkeiten auftraten (Baczynska 2021). Im „Corruption Perception Index“ von 2020 bildet Ungarn gemeinsam mit Bulgarien und Rumänien das europäische Schlusslicht und ist gleichzeitig in den vergangenen Jahren im Index am drastischsten abgerutscht.

Wirtschaftspolitisch ist sich Orbán hingegen bewusst, dass die Einhaltung makroökonomischer Indikatoren, ein stabiler Haushalt und stetiges Wirtschaftswachstum für seine Unterstützung in der Bevölkerung essentiell sind. Er hat zahlreiche große Privatunternehmen im Energie- und Bankensektor, die häufig fest in westeuropäischer Hand waren, in Staatshand überführt sowie neue Steuern auf Banken, Versicherungsgesellschaften und internationale Supermarktketten erhoben (Orenstein/Bugarič 2020). Ein wichtiger Eckpfeiler für die Wirtschaft des Landes sind EU-Fördergelder, die ca. vier Prozent des ungarischen BIPs ausmachen, und die es der Regierung Orbán ermöglicht haben, mit einer umfassenden Sozialpolitik die Grundlage für die eigenen Wahlerfolge zu schaffen. Deswegen ist der Rechtsstaatlichkeitsmechanismus des im Dezember 2020 verabschiedeten MFR der EU trotz aller Kritik ebenso als wichtiges Instrument anzusehen, um die Regierung Orbán zu disziplinieren, wie die noch ausstehende Bewilligung des nationalen Wiederaufbauplans durch die Kommission.

### *Orbán's strategischer Populismus*

Die in dieser Studie diskutierte These des strategischen Populismus hat für den Fall Ungarn einen hohen Erklärungsgehalt. Orbán hat es in den vergangenen Jahren meisterhaft verstanden, rhetorisch das Bild eines vorgeblich homogenen Volkes, dessen Interessen gegen „die Eliten“, externe Kräfte und bestimmte gesellschaftliche Gruppen verteidigt werden müssen, zu konstruieren. Nur er könne dabei die ungarische Volksgemeinschaft vor den Feinden im Inneren und Äußeren verteidigen und ihr wieder zu Glanz verhelfen. Themen wie die Stärkung der ungarischen Nation, die Unterstützung ungarischer Minderheiten in den Nachbarländern sowie die Politisierung der ungarischen Geschichte und der Bewahrung christlicher Werte und Traditionen prägen das Narrativ Orbán's und finden Anklang in der ungarischen Gesellschaft (Halík/Hloušek 2021). Dabei knüpft er an geschichtliche Ereignisse und Narrative an, die tief in

der Gesellschaft verankert sind, wie die Ungarische Revolution 1848, der Vertrag von Trianon 1920 oder der Volksaufstand 1956.

Bereits in der Opposition bauten Orbán und seine Partei ihre Botschaften darauf auf, die Regierungsparteien und die ungarische Linke als Feinde des Volkes zu dämonisieren. Nachdem sie 2010 wieder an die Macht gekommen waren, definierten sie eine weitere Gruppe von Feinden: die internationalen Finanzinstitutionen (insbesondere den IWF), die EU und die westlichen politischen Eliten, die – laut Orbán – die nationale Souveränität des Landes bedrohen. Bald darauf kamen unliebsame Nichtregierungsorganisationen hinzu, die Fidesz als ausländische Agenten diffamierte, die vom Ausland bezahlt werden, um Orbáns Regierung zu stören. Als Fidesz Ende 2014 in Umfragen an Zustimmung verlor, instrumentalisierte Orbán die sich abzeichnende Flüchtlingskrise 2015 für politische Zwecke und zielte auf Geflüchtete und Asylbewerber:innen, die laut der Propagandamaschine der Regierung „Wirtschaftsmigrant:innen“ sind, die die Kultur und sogar das Überleben Europas bedrohen. Die Ablehnung jeglicher Aufnahme von Geflüchteten sowie das Schüren von Ängsten einer Überfremdung des Landes waren die Kernbotschaft Orbáns, mit der er dann auch die Parlamentswahlen 2018 gewann.

Darüber hinaus vertraut die Regierung Orbán schon lange nicht mehr auf ihre Popularität in der Bevölkerung, sondern hat wie oben beschrieben mit der Wahlrechtsreform, den Mediengesetzen sowie dem Aufbau eines klientelistischen Netzwerks verschiedene Maßnahmen für den Machterhalt ergriffen.

### *Trotz Unterstützung für Orbán: Die EU-Mitgliedschaft wird positiv gesehen*

Trotz des Anspruches von Fidesz, die Interessen des ungarischen Volkes zu vertreten und zu verteidigen, lässt sich aus unserer Bürger:innenumfrage nicht schließen, dass die ungarische Bevölkerung der EU ebenso feindlich gesinnt ist wie ihre Regierung. Vielmehr wird wie auch in den anderen in der Studie untersuchten Ländern deutlich, dass der Europäisierungsprozess mehrheitlich positiv gesehen wird. Insbesondere die positiven wirtschaftlichen Effekte der EU für Ungarn heben die Befragten trotz der Erfahrungen der wirtschaftlichen „Schocktherapie“ des Transformationsprozesses hervor. So bewerten 63 Prozent der Befragten den Einfluss der EU-Mitgliedschaft auf die ungarische Volkswirtschaft als positiv. Dieser Wert liegt sogar noch höher als der Durchschnitt der anderen Vergleichsländer (58 Prozent). Auch die Ergebnisse des Eurobarometers unterstreichen, dass die ungarische Bevölkerung die EU größtenteils positiv sieht (48 Prozent) und hier über dem EU-Durchschnitt liegt (46 Prozent) (Europäische Kommission 2021a). Bemerkenswert ist, dass Ungarn noch 2012 – auch verursacht durch die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise – zu einem der euroskeptischsten Länder in der EU gehörte (24 Prozent), sich die Wahrnehmung der EU jedoch trotz konstantem Negativ-Campaigning der Regierung Orbán positiv entwickeln konnte.

Anzunehmen ist, dass der Zustimmung für die EU eine stärker utilitaristische Logik zugrunde liegt, die zum einen auf der positiven wirtschaftlichen Entwicklung und der politischen Stabilität Ungarns seit der Finanzkrise 2008 fußt und sich auf die supranationale Ebene überträgt (Göncz/Lengyel 2021). Zum anderen wird die EU-Mitgliedschaft weniger nach ihrem symbolischen Wert, sondern eher nach einem pragmatischen Kosten-Nutzen Kalkül bewertet.

### *Die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise*

Trotz der generellen Befürwortung einer weiteren Europäisierung als Lösung nationaler politischer Probleme bietet die Anti-Liberalismus-These durchaus einige interessante Anknüpfungspunkte für die Wertedivergenz der ungarischen Regierung. Die Amtsübernahme der Regierung Orbán ist eng verknüpft mit den massiven sozialen und wirtschaftlichen Kosten in Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008. Orbán hat in den letzten Jahren

immer wieder die Unzulänglichkeiten des neoliberalen Wirtschaftsmodells kritisiert und die Öffnung für wachsende Märkte, insbesondere China, propagiert. Gleichzeitig hat er seine Kernwählerschaft mit einer umfassenden Sozialpolitik an sich binden können. Zwar ist das Pro-Kopf-Einkommen weiterhin eines der niedrigsten in der ganzen EU; doch unter Orbán weist die ungarische Volkswirtschaft Wachstumsraten über dem europäischen Durchschnitt auf und die Arbeitslosigkeit ist auf ein Rekordtief gesunken. Diese zumindest kleinen Fortschritte scheint seine Kernwählerschaft zu honorieren. Unsere Bürger:innenumfrage zeigt, dass diejenigen Befragten, die den Einfluss der EU auf die ungarische Gesellschaft, Wirtschaft und ihre persönliche Situation negativ bewerten, auch stärker dazu tendieren europäische Werte abzulehnen. Für diese Gruppe stellt der Widerstand gegen die EU-Werte folglich in der Tat eine Gegenreaktion zur liberalen Transformation nach 1989 dar.

Mit Blick auf die gesellschaftliche Liberalisierung spiegelt sich die illiberale Politik der Regierung Orbán nur bedingt in den Einstellungen der Bevölkerung wider. Auch im Vergleich mit der hier betrachteten Ländergruppe zeigt die ungarische Bevölkerung keine deutlich illiberaleren Tendenzen. Die Auswirkung der Europäisierung auf die Gesellschaft wird weithin positiv betrachtet (49 Prozent Zustimmung). 74 Prozent der Befragten geben an, dass Ungarn von der EU lernen sollte. Auch die Wertepreferenzen unterscheiden sich nicht grundlegend von den anderen Ländern in MOE. Insgesamt zeigt dies, dass die ungarische Gesellschaft in der Theorie zwar Bürger:innenrechte schätzt, aber in der Praxis widersprüchliche Ansichten darüber hat, was dies konkret bedeutet (Hunyadi/Molnár/Wessenauer 2019). Dass es in der Tat Wertekonflikte in der ungarischen Gesellschaft gibt, zeigt unsere Expert:innenumfrage, in der 80 Prozent aller Befragten das GAL-TAN-Cleavage als zentrale gesellschaftliche Konfliktlinie herausstellen. Allerdings ist es im Falle Ungarns schwierig zu differenzieren, inwieweit die Einstellungen der Gesellschaft durch die Propaganda der Fidesz-Regierung geprägt sind.

### *Ausblick*

Es ist anzunehmen, dass die Fidesz-Regierung in Zukunft noch viel häufiger in die Rolle des Unruhestifters auf europäischer Ebene schlüpfen wird. Mit dem Verlassen der Europäischen Volkspartei im März 2021 hat Orbán den Schutz der konservativen europäischen Parteienfamilie verloren und wird nun noch viel häufiger die Gelegenheit nutzen, politische Prozesse auf europäischer Ebene zu blockieren, um innenpolitisch Stärke zu beweisen – insbesondere im Vorfeld der Parlamentswahlen im April 2022. Im Bereich Migration und Asyl wird Orbán auf Konfrontationskurs bleiben, da seine bisherige Position in der ungarischen Gesellschaft auf breite Zustimmung trifft. Auch in der Außen- und Sicherheitspolitik sind Konflikte vorprogrammiert: Die jüngsten Vetos zur Erklärung zu Chinas Sicherheitsgesetz für Hongkong und zum Nahostkonflikt zeigen, dass Orbán immer mehr bereit ist, Solidarität und Loyalität auf europäischer Ebene für gute wirtschaftliche Beziehungen zu Russland und China aufs Spiel zu setzen. Während ein Austritt aus der EU schon alleine wegen der starken Abhängigkeit von EU-Fördergeldern, aber auch der proeuropäischen Einstellung der ungarischen Bevölkerung keine Alternative darstellt, wird Orbán immer stärker betonen, dass sich die EU auf einem falschen Kurs befinde und es Zeit sei, den Nationalstaaten wieder mehr Souveränität zurückzugeben. In diesem Kontext ist auch die „Erklärung zur Zukunft Europas“, ein gemeinsames Papier von 16 autoritär-populistischen, euroskeptischen Parteien zu verstehen, in dem sich die Unterzeichner gegen weitere Integrationsschritte und für eine Stärkung der Nationalstaaten aussprechen (FPÖ 2021).

## b. Polen

Die seit 2015 mit absoluter (jedoch ohne verfassungsändernde) Mehrheit regierende PiS hat mit zahlreichen Gesetzen den Pluralismus, die Justiz und die Medienlandschaft in Polen beschränkt oder unter Regierungskontrolle gebracht. Sie folgt damit dem ungarischen Vorbild eines autoritären, starken Staates mit konservativen Wertevorstellungen, der mit einer umverteilenden Sozialpolitik bestimmte Bevölkerungsgruppen, wie Familien oder Rentner:innen, unterstützt (Orenstein/Bugarič 2020; Majcherek 2020). Gegen Polen laufen zahlreiche Vertragsverletzungsverfahren und seit 2017 auch das erste Rechtsstaatlichkeitsverfahren in der Geschichte der europäischen Integration. Diese Verfahren haben die PiS jedoch nicht von ihren Vorhaben abhalten können, geschweige denn ihre Zustimmungswerte beeinflusst. Heute rangiert Polen beim V-Dem Index für liberale Demokratie hinter der Mongolei, Georgien oder Lesotho und ist zwischen 2010-2020 weltweit am deutlichsten in diesem Index abgerutscht (Alizada et al. 2021). Die PiS bleibt in Umfragen mit 34-38 Prozent jedoch weiter die stärkste Partei (PolitPro 2021a).

### *Vom Kommunismus zur konsolidierten Demokratie*

Im Gegensatz zu den jüngsten Entwicklungen galt Polen lange als konsolidierte Demokratie, die mit Hilfe der großen Solidarnosc-Gewerkschaft erfolgreich den Übergang vom Kommunismus zur liberalen Demokratie geschafft hatte (Matthes/Ziemer 2010). 1989 verhandelte Solidarnosc am Runden Tisch mit der kommunistischen Partei, um die ersten halbwegs freien Wahlen in Gang zu setzen. Als erstes Land des real existierenden Sozialismus führte die neue Regierung am 1.1.1990 die freie Marktwirtschaft ein. Im Zuge dieser „Schocktherapie“ wurden über Nacht die meisten staatlichen Regulierungen für die Wirtschaft aufgehoben, das staatliche Außenhandelsmonopol beseitigt und die Wirtschaftsfreiheit eingeführt. Die zunächst negativen Folgen, wie eine dreistellige Inflationsrate, rasant steigende Arbeitslosigkeit und drastisch fallende Löhne, konnten mittel- und langfristig durch hohes Wirtschaftswachstum wieder ausgeglichen werden. Polen trat 1999 der NATO bei und ist seit 2004 Mitglied der EU.

### *Die Schattenseiten der Liberalisierung*

Doch die heutige Abkehr der polnischen Regierung von den liberalen Werten der EU macht deutlich, dass diese Erfolgsgeschichte auch Schattenseiten hatte und differenzierter betrachtet werden muss. So hat die rapide wirtschaftliche Liberalisierung zu einer Insider-Privatisierung geführt, in der sich Angehörige der Nomenklatura Staatsbesitz zu Vorzugskonditionen aneignen konnten (Zierner 2013). Viele, besonders junge und gut ausgebildete, Pol:innen haben das Land gen Westen verlassen, die Bevölkerung schrumpft und die Wahlbeteiligung bleibt weiter gering. Es gibt ein historisch bedingtes großes Misstrauen gegenüber Parteien, politischen Eliten und dem Staat (Rupnik 2018; Zierner 2013) und besonders die den Systemwechsel durchführenden Organisationen und Institutionen (Solidarnosc und das Parlament) haben rasch an Vertrauen eingebüßt, da sie mit den negativen Folgen der Transformation assoziiert wurden. Erst seit 2009 sagt eine Mehrheit der Befragten, dass die Reformen mehr Vor- als Nachteile gebracht hätten (Zierner 2013). Besonders Solidarnosc spielt hierbei eine tragische Rolle, da ihre Führungsfiguren in den 1990er Jahren den wachsenden Unmut über die negativen Folgen der wirtschaftlichen Liberalisierung auf andere Bereiche wie den vermeintlichen Einfluss von Kommunist:innen, den moralischen Verfall oder den Atheismus lenkten und damit den Boden für die heutigen identitätspolitischen Debatten bereiteten (Ost, 2005).



### *Stark konservativ und wirtschaftspolitisch links-nationalistisch: Der Kurs der PiS*

Die PiS schaffte es, ihre traditionelle Wählerbasis, die aus Menschen mit rechtskonservativen und katholisch-nationalistischen Werten sowie antieuropäischen, konservativen Intellektuellen besteht, um neue Wählerschichten aus Kleinstädten und ärmeren Regionen zu erweitern, die hauptsächlich von ökonomischen Aspekten angesprochen werden (Orenstein/Bugarič 2020). Die PiS setzt auf einen starken Staat, der Wirtschaft, Leben und Arbeit sicherer gestalten, das Land vor internationalem Einfluss schützen und den Markt nationalen Interessen unterwerfen will (Bluhm/Varga 2020). Dazu hat sie Abgaben auf den Banken- und Versicherungssektor eingeführt, die Staatskontrolle des Bankwesens und Energiesektors erhöht, die Erhöhung des Renteneintrittsalters der Vorgängerregierung zurückgenommen, den Mindestlohn angehoben und vor allem das Programm Familie 500+ eingeführt, von dem besonders Menschen im ärmeren Südosten des Landes profitieren. Das dem deutschen Kindergeld ähnliche Programm hat zu einer Einkommenserhöhung von 20-40 Prozent für viele Familien geführt und die Kinderarmut innerhalb von nur zwei Jahren mehr als halbiert (Orenstein/Bugarič 2020).

Aus unserer Expert:innenumfrage geht hervor, dass die PiS die einzige Regierung in MOE ist, die eine kohärente Ideologie verfolgt und diese auch in Politik umsetzt (vgl. auch Havlík/Hlousek 2021). Neben den wirtschaftlichen Aspekten sind hier vor allem traditionelle und nationalkonservative Werte wie eine starke Rolle der Kirche, eine restriktive Sexualpolitik und ein traditionelles Familienbild wichtig. Laut dem Chapel Hill Expert Survey und unseren Expert:innen ist die PiS skeptisch gegenüber EU-Integration, Multikulturalismus und Einwanderung, ordnet sich wirtschaftspolitisch deutlich links ein und hegt soziale und kulturelle Wertevorstellungen, die sehr traditionell sind. Die PiS beschreibt Polen als das wahre Europa, das christlich und traditionsbewusst ist und grenzt sich damit explizit vom vermeintlich im Untergang befindlichen Westen ab. Sie sieht die EU eher als Geldgeber, denn als Wertegemeinschaft, zumal sich die EU in letzter Zeit von ihren eigentlichen Werten (Christentum, Nationalstolz, Tradition) entfremdet habe. Die Einstellung zur wirtschaftlichen Integration und den vier Binnenmarktfreiheiten (freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr) seitens der Regierungspartei bleibt positiv und macht für sie den Kern des Integrationsprojektes aus (Buras 2018). Weitere Schritte der politischen Integration hingegen werden kritisch betrachtet. Deutschland wird als strategischer Partner und Hegemonialmacht wahrgenommen, zu der ein ausgesprochen ambivalentes Verhältnis besteht. So ist Deutschland in den Augen der polnischen Regierung einerseits ein wichtiges Gegengewicht zu einem auf stärkere Integration drängenden Frankreich und ein enorm wichtiger wirtschaftlicher Partner, zum anderen jedoch auch Agent liberaler Werte, mit denen Polen unterdrückt werden soll. Deutschland solle sich nach dem Willen der PiS-Regierung stärker für volle Fördertöpfe und Kohäsion einsetzen und sich nicht in interne Angelegenheiten einmischen.

### *Eine stark gesplante Bevölkerung*

Interessanterweise wird die PiS nicht *wegen*, sondern *trotz* ihrer traditionellen oder sogar illiberalen Vorstellungen und Gesetze gewählt. Dies wird besonders am Beispiel des neuen Abtreibungsgesetzes deutlich. Dessen Implikationen werden nur von 11 Prozent der Bevölkerung unterstützt, während die große Mehrheit der Menschen Abtreibungen erlauben möchte (Bundeszentrale für politische Bildung 2020b). Auch bei den Themen Klimaschutz, Unabhängigkeit der Justiz, Gültigkeit der Verfassung oder Rolle der Kirche im öffentlichen Leben stehen weniger Pol:innen hinter der Regierung, als Wahl- und Umfrageergebnisse suggerieren würden (Sutowski 2018). Unsere Expert:innenumfrage zeigt, dass hier vor allem die starke Sozialpolitik der Regierungspartei für viele Wähler:innen als entscheidender wahrgenommen wird.

Das Land ist stark gespalten besonders zwischen dem ärmeren, ländlich geprägten Südosten, der mehrheitlich die PiS unterstützt und dem wohlhabenderen, städtisch geprägten Westen, in dem es mehr Unterstützung für die Opposition gibt. In unserer Expert:innenumfrage wurde

betont, dass die Hälfte der Pol:innen noch nie im Ausland gewesen sei und die durchschnittliche Stadt Polens nur 16.000 Einwohner:innen habe. Es besteht eine hohe Korrelation zwischen Alter, Bildung und Wohnort und der Unterstützung für die PiS: Je älter, weniger gebildet und ländlicher der Wohnort, desto wahrscheinlicher die Wahl der PiS (Majcherek 2020).

Die Pol:innen sind bestimmten liberalen Werten positiv gegenüber eingestellt. Eine Mehrheit befürwortet in unserer Umfrage die Aufnahme von mehr Geflüchteten (55 Prozent), die Gleichheit der Geschlechter (63 Prozent), die Pressefreiheit (63 Prozent), die Religionsfreiheit (52 Prozent), den Individualismus (58 Prozent) und die Rechte von Minderheiten (52 Prozent). Jeweils 13-18 Prozent der Befragten lehnten diese Werte zudem nicht ab, sondern antworteten „weder/noch“ oder „neutral“. Die Mehrheit der polnischen Gesellschaft sieht die Auswirkungen des EU-Beitritts auf die polnische Wirtschaft und Gesellschaft sowie ihre persönliche Situation zudem leicht positiver, als der Durchschnitt der anderen Staaten.

Die Einstellung zu liberalen Werten und der EU scheint daher kein guter Indikator für die Unterstützung der PiS zu sein. Vielmehr spielt die Inszenierung von Politik als großes Drama mit bestimmten Rollen eine gewichtige Rolle: Die PiS sieht sich und ihre Anhänger:innen „als ‚Opfer‘ der Dritten Polnischen Republik, als stolze Mitglieder einer nach innen solidarischen nationalen Gemeinschaft sowie als Menschen, die nach Macht und Kontrolle streben“ (Sutowski 2018). Sie macht damit ein breites und identifikationsstiftendes Wahlangebot, dem andere Parteien noch keine erfolgreiche Narrative entgegensetzen konnten.

### *Inszenierung des politischen Dramas aus Eigennutz*

Mit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2019 und 2020 wurde das Mandat der PiS noch einmal gestärkt. Die Partei hat mit zahlreichen Gesetzen zum Justizwesen, dem Kultursektor oder der Medienlandschaft versucht, ihre Einflussnahme in diesen Bereichen zu vergrößern. Besonders in Justiz und Medien funktioniert dies vorrangig durch die Besetzung von wichtigen Posten mit regierungsnahen Vertrauten oder die Schaffung neuer Institutionen, die in die Kompetenzbereiche bestehender unabhängiger Institutionen eingreifen. Mittlerweile stehen der öffentliche Rundfunk und große Teile des Gerichtswesens unter der Kontrolle der Regierung (Bachmann 2018; Łada 2021).

Viele dieser Maßnahmen und die damit verbundene illiberale und antieuropäische Rhetorik lassen darauf schließen, dass die PiS trotz kohärenter politischer Ideologie eine stark auf Eigeninteressen basierte Politik betreibt, mit der sich die These vom strategischen Populismus belegen lässt. Die Maßnahmen und die Inszenierung eines politischen Dramas dienen dem Machterhalt der Regierungspartei, die Polen nach dem Vorbild Ungarns in Richtung elektoraler Autoritarismus führen möchte, in dem es eine Opposition gibt, die an Wahlen teilnimmt, diese aber nicht gewinnen kann (Majcherek 2020). Zugleich decken sich die illiberalen Positionen der PiS mit den Einstellungen einer nicht zu vernachlässigenden Minderheit in der Bevölkerung. Diese sind teils deutlich ausgeprägter, als in den anderen untersuchten Staaten: 36 Prozent der Pol:innen lehnen den politischen Pluralismus in unserer Bürger:innenumfrage ab (wohingegen dies nur 24 Prozent der Befragten der anderen Länder taten); 31 Prozent befürworten es, wenn das Parlament sich über gerichtliche Entscheidungen hinwegsetzt (25 Prozent im Rest der Region); 30 Prozent wollen Minderheitenrechte einschränken (17 Prozent); 26 Prozent möchten die Regierung gegen ungerechtfertigte Kritik schützen (19 Prozent) und 23 Prozent die Presse dazu verpflichten, positiv über die Regierung zu berichten (15 Prozent). Dies deckt sich auch mit älteren Untersuchungen, die den Pol:innen starke autoritäre und antidemokratische Einstellungen nachweisen (Ziemer 2013). Die Frage nach Ursache und Wirkung der Unterstützung der PiS bleibt jedoch weiter unklar. Einige der von uns befragten Expert:innen weisen auf den Einfluss der umfassenden Propaganda der PiS auf die Wertepreferenzen in der Gesellschaft hin.

Andere Autor:innen verweisen auf die historische Bedeutung einer späten Nationalstaatsbildung und langen Fremdherrschaft, um die Ablehnung gegenüber dem Westen und seinen Werten sowie die starke Rolle der Kirche in Polen zu erklären (Judt 2005; Ziemer 2013). Sie deuten außerdem auf die negativen Erfahrungen wirtschaftlicher Unsicherheit während der Transformationszeit hin, die mit Internationalismus, Globalisierung und Neoliberalismus assoziiert werden und die die Anziehungskraft eines beschützenden Nationalismus erhöht haben (Shields 2015; Bluhm und Varga 2020). Diese Erklärungsansätze würden sich mit der Anti-Liberalismus-These decken. Unsere Bürger:innenumfrage liefert hier jedoch nur dürftige Beweise: Eine deutliche Mehrheit der Befragten bescheinigt dem EU-Beitritt Polens einen positiven Effekt auf Gesellschaft und Wirtschaft und fast die Hälfte sieht einen positiven Einfluss auf die persönliche Situation. Einzig unter den rund 20 Prozent der Befragten, die mit dem Beitritt ihres Landes zur EU negative Folgen assoziieren, finden sich deutlich illiberalere Einstellungen als unter den Gewinner:innen der Europäisierung. Die Umfrage zeigt zudem, dass die Pol:innen den Weg der Europäisierung nicht abbrechen, sondern weitergehen wollen. Das von der Regierung vertretene Narrativ eines alternativen MOE-Gesellschaftsmodells, das die EU insgesamt übernehmen sollte, findet bei der Bevölkerung keine große Resonanz: 72 Prozent der Befragten geben an, dass Polen weiter von der EU lernen soll; nur 28 Prozent sagen, dass Westeuropa von Polen lernen müsse.

### *Ausblick*

Als Folge des Wertewandels und des Euroskeptizismus der PiS sehen die von uns befragten Expert:innen zukünftige Konflikte mit der EU vor allem in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Klimawandel. Besonders letzterer wurde als großes potenzielles Problemfeld genannt, da Umweltschutz in der polnischen Bevölkerung kein besonders wichtiges Thema sei und die Umstellung auf erneuerbare Energien kostspielig werde. Polen würde nur ungerne Kohle als Hauptenergiequelle aufgeben und sein ökonomisches Potenzial zunächst komplett ausschöpfen wollen, bevor es sich dem Umweltschutz zuwendet. Bergleute seien zudem eine bedeutende Interessengruppe, die meist die PiS unterstützen würde.

Auch der Konflikt der polnischen Regierung mit der EU in Sachen Rechtsstaatlichkeit hat sich 2021 noch einmal deutlich verschärft. Der nicht mehr unabhängige polnische Verfassungsgerichtshof erklärte im Oktober 2021, dass Teile des EU-Rechts nicht mit der polnischen Verfassung vereinbar wären. Der EuGH verhängte weitere Strafgebühren gegen Polen, da die Arbeit der umstrittenen Disziplinarkammer trotz Ankündigung noch immer nicht eingestellt wurde. Polen und Ungarn wiederum klagen derzeit vor dem EuGH gegen die neue Rechtsstaatskonditionalität, die im Zusammenhang mit dem neuen Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 und dem Wiederaufbauplan NextGenerationEU etabliert wurde. Da die Kommission diesen neuen Mechanismus bislang mit Verweis auf die Klage Polens und Ungarns nicht anwendet, hat das Europäische Parlament sie wegen Untätigkeit verklagt. Der polnische Abbau des Rechtsstaates schlägt also weite Wellen bis in das institutionelle Gefüge der EU. Derzeit ist völlig offen, wie sich der Konflikt entwickeln wird und ob er zu einem möglichen „Polexit“ führen könnte.

Dementsprechend kann ein langanhaltender Konflikt zwischen Polen und der EU prognostiziert werden, der vor allem auf zwei Faktoren zurückgeht (siehe auch Buras 2018): Erstens ist im neuen Kapitel der Transformation Polens die Europäisierung nicht mehr unumstritten, sondern Gegenstand großer Debatten. Zweitens ist das wachsende Konfliktpotenzial auf die derzeitige Richtung der EU-Integration zurückzuführen. Die polnische Politik ist skeptisch gegenüber einer Vertiefung der Währungsunion, Änderungen des Binnenmarktes, Fortschritten der Verteidigungskooperation, die zulasten der NATO gehen könnten, und einer Weiterentwicklung der Asylpolitik. Die EU wird daher zunehmend als Quelle von Risiken wahrgenommen, anstatt als Schafferin von Möglichkeiten.

### c. Slowenien

Der Rückbau der demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen hat in Slowenien noch nicht ein mit Polen oder Ungarn vergleichbares Ausmaß erreicht. Allerdings sind die Äußerungen und Handlungen des populistischen Ministerpräsidenten Janez Janša durchaus besorgniserregend. Im Vorfeld der slowenischen Ratspräsidentschaft fiel Janša etwa durch eine vor-schnelle Gratulation Donald Trumps zu seiner vermeintlichen Wiederwahl (Janša 2020), die Blockade der Europäischen Staatsanwaltschaft (Maksimov 2021) sowie verbale (Bayer 2021; Ozsvath 2021; Reuters 2021) und tatsächliche Angriffe (Euractiv 2021 a) auf die Pressefreiheit auf. Die Ratspräsidentschaft selber verlief dann abgesehen von mehreren Twitter-Attacken auf EU-Abgeordnete zwar weitestgehend unauffällig. Etwaige Befürchtungen eines Stillstands oder gar einer Blockade bewahrheiteten sich nicht. Rechtsstaatlichkeit und insbesondere Medien- und Pressefreiheit stehen aber weiterhin unter Druck. Dies zeigt auch eine Resolution des Europäischen Parlaments, die im Dezember 2021 erstmalig die Situation in Slowenien kritisierte (Europäisches Parlament 2021).

#### *Vom Musterschüler zum potenziellen Sorgenkind*

Da die Sozialistische Republik Slowenien bis 1991 ein Gliedstaat der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) war, verlief die Transformation anders als bei den anderen fünf untersuchten Fallbeispielen. Im Dezember 1990 wurde in einem Referendum mit 88,5 Prozent die Loslösung von der SFRJ beschlossen, die insbesondere durch die „Bewegung für die Unabhängigkeit von Jugoslawien“ durch das Motto „Rückkehr“ nach Europa gefordert worden war (Lukšič 2010; Lindstrom/Piroska 2002: 425). Nach Beendigung des durch die Proklamation ausgelösten 10-Tage-Krieges wurde die Verfassung der Republik Slowenien im Dezember 1991 verabschiedet (Lukšič 2010) und das Land wurde nach den 1998 begonnenen Beitrittsverhandlungen mit der EU schnell zum wirtschaftlich stärksten Musterschüler unter den Kandidatenstaaten. Mit entsprechend großer Unterstützung erfolgten 2004 der Beitritt zur EU (Pikalo 2006) und 2007 zur Eurozone. Auch die Entwicklung der demokratischen Qualität des politischen Systems Sloweniens zeigt bis 1993 eine rasante Transformation hin zu einer liberalen Demokratie. Dieser Positivtrend hielt mit leichten Schwankungen bis 2016 an (Alizada et al. 2021). Heute noch zählt das Land zu der Gruppe der Top 20-30 Prozent der liberalen Demokratien weltweit. Allerdings hält seit 2016 eine negative Entwicklung an und es ist zu erwarten, dass die jüngsten Angriffe der Regierung Janša auf die freie Presse diesen Trend eher beschleunigen, denn umkehren werden. Andererseits finden die radikalen Positionen der SDS nur bei einer Minderheit der Slowen:innen Unterstützung.

#### *Vorbild Ungarn und Polen*

Die seit Januar 2020 amtierende Koalitionsregierung in Slowenien ist nur begrenzt vergleichbar mit den polnischen und ungarischen Vorbildern ihres Ministerpräsidenten. Janšas politische Karriere vom früheren Dissidenten, in der er die slowenischen Sozialdemokraten, die heutige regierende Slowenische Demokratische Partei (SDS), immer weiter auf die rechtsnationalistische Seite des slowenischen Parteiensystem führte (Lukšič 2010), ähnelt auf den ersten Blick sehr den Karrieren von Jarosław Kaczyński und Viktor Orbán. Allerdings ist es Janša nie gelungen, eine vergleichbar breite Unterstützung für den politischen Kurs der SDS zu gewinnen. Nur von 2004 bis 2008 konnte Janša nach einem Wahlsieg der SDS mit 29 Prozent der Stimmen bilden, 2012 bis 2013 wurde er erst nach dem Scheitern der Koalitionsbildung linker Parteien zum Ministerpräsidenten gewählt. Auch 2020 konnte die SDS erst nach dem Scheitern der Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Marjan Šarec eine Koalitionsregierung mit liberalen und konservativen Partnern bilden, die jedoch inzwischen ihre eigene Parlamentsmehrheit verloren hat.

Wie aus unserer Expert:innenumfrage hervorgeht, ist der teils radikale Kurs Janšas mit rechts-konservativem Anklang eher auf seine eigenen Anhänger ausgerichtet (ca. ein Viertel der Slowen:innen), als dass er das Ziel hat, eine Mehrheit zu überzeugen. Sein Hauptziel ist nicht die Verbreiterung illiberaler Werte, sondern der Machterhalt, was ein starker Anhaltspunkt für die These vom strategischen Populismus ist. Janša verfolgt keine durchweg kohärente Ideologie, sondern legitimiert seine Politiken hauptsächlich durch „Notwendigkeit“. In der Folge polarisiert sich die politische Auseinandersetzung in Slowenien immer mehr (Lovec 2021). So wird regelmäßig gegen die SDS-geführte Regierung demonstriert, die bereits mehrere Misstrauensanträge überstehen musste (Gantenberg 2021). Welche langfristigen Folgen die Polarisierung für das politische System Sloweniens haben wird, lässt sich derzeit nicht sicher abschätzen. Jedoch haben die Stabilität des slowenischen Parteiensystems seit Beginn der Krise in der Eurozone 2008 deutlich ab- und die Volatilität des Abstimmungsverhaltens zugenommen (Malčič/Krašovec 2019). Da die SDS zum Erhalt ihrer Regierungsmacht auf Koalitionspartner angewiesen ist, die Polarisierung der politischen Auseinandersetzung eine Reihe von Koalitionsoptionen jedoch inzwischen ausschließt, könnte die Instabilität das Risiko erhöhen, dass die SDS-geführte Regierung unter Janša versucht, ihre Macht mit einem Rückbau der slowenischen Demokratie abzusichern. Die Auseinandersetzung des Ministerpräsidenten mit der freien Presse deutet in diese Richtung.

### *Erodierende Europabegeisterung könnte Potenzial für Europaskeptizismus schaffen*

Während die slowenische Unabhängigkeitsbewegung den Weg nach Europa unterstützte, scheint es hinsichtlich der Bewertung des erfolgten EU-Beitritts einen Wandel zu geben. In der durchgeführten Bürger:innenumfrage stimmte zwar auch eine Mehrheit von 54 Prozent der befragten Slowen:innen der Aussage zu, dass Slowenien wirtschaftlich von der EU-Mitgliedschaft profitiere, aber der Anteil ist damit deutlich geringer als in Polen, Rumänien und Ungarn. Dasselbe Bild zeigt sich bei der Frage nach dem Einfluss auf die slowenische Gesellschaft; auch hier sehen weniger Slowen:innen einen positiven Einfluss. Diese Bewertungen korrespondieren mit einem relativ hohen Anteil von 45 Prozent der befragten Slowen:innen, die weder einen positiven noch einen negativen Einfluss der EU auf die wirtschaftliche Lage der eigenen Familie erkennen.

Wie in den anderen untersuchten Ländern zeigt sich eine kleine Gruppe von Europaskeptiker:innen von rund 20 Prozent der Befragten, die sowohl den Einfluss der EU auf die wirtschaftliche Lage der eigenen Familie als auch auf Wirtschaft und Gesellschaft negativ bewerten. Parteipolitisch ist der Europaskeptizismus in Slowenien bisher an den linken und rechten Rändern des Parteiensystems angesiedelt, wobei die SDS diesen nicht zugerechnet wird. Sie bekennt sich trotz ihres nationalistischen Populismus zur EU-Mitgliedschaft (Bučar/Udovič 2020). Die Frage ist jedoch, ob dies angesichts zunehmender Konflikte zwischen den EU-Organen und der SDS-geführten Regierung dauerhaft der Fall bleiben wird. Sollte die positive Bewertung der EU-Mitgliedschaft in Slowenien weiter abnehmen, wäre die Regierung nicht weiter zu einem klaren Bekenntnis zur EU-Mitgliedschaft gezwungen. Dies würde das Potenzial für künftige Konflikte zwischen der slowenischen Regierung und der EU steigern.

Falls es zwischen der Regierung und der EU zu Konflikten über den Abbau der Demokratie in Slowenien kommen sollte, steht die slowenische Bevölkerung jedoch nicht hinter ihrer Regierung. 63 Prozent der Befragten Slowen:innen stimmen (stark oder teilweise) der Aussage zu, dass die EU mehr tun sollte, um die Demokratie im Land zu unterstützen. Konflikte mit der slowenischen Regierung über die Stärkung europäischer Werte und der liberalen Demokratie bieten also das Potenzial, Unterstützung seitens der Slowen:innen zu erhalten.

### *Unterstützung für eine weitere Liberalisierung ohne neoliberale Wirtschaftspolitik*

Die große Zustimmung für die Forderung, dass die EU einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie in Slowenien leisten sollte, widerspricht zunächst der Anti-Liberalismus-These. Dafür spricht auch, dass die Bevölkerung mit der seit 2016 anhaltenden Gefährdung der liberalen Demokratie im Land nicht einverstanden ist. Allerdings scheint sich diese Forderung ähnlich wie in anderen untersuchten Ländern nicht auf die Wirtschaft zu beziehen, deren weiterer Liberalisierung die Slowen:innen skeptisch gegenüberstehen. 57 Prozent der Befragten stimmen zu, dass die Regierung eine starke wirtschaftspolitische Rolle spielen sollte, um Wachstum zu generieren, 69 Prozent der Befragten halten die Einkommensverteilung im Land für ungerecht und 57 Prozent widersprechen der Aussage, dass Einkommensunterschiede notwendig sind, um Leistungsanreize zu setzen. Zentrale Glaubenssätze des wirtschaftlichen Liberalismus finden also nur bei wenigen Slowen:innen Unterstützung. Allerdings erscheinen die Einstellungen der Slowen:innen im Sechs-Länder-Vergleich geringfügig liberaler als in den anderen untersuchten Staaten.

### *Ausblick*

Diese Ergebnisse zeigen deutlich Ansatzpunkte für eine europäische Wirtschaftspolitik auf, die auf ein Wirtschaftswachstum, das bei den Bürger:innen ankommt, ausgerichtet sein muss. Eine solche Politik kann als positiver Anreiz zur Stärkung der Unterstützung der europäischen Integration in Slowenien dienen, wenngleich deren wirtschaftliche Dimension einen vergleichsweise geringen Hebel darstellt, um die aktuelle Regierung zu Reformen zu motivieren.

### **d. Tschechien**

Lange Zeit galt Tschechien als Vorreiter der demokratischen Konsolidierung der ehemaligen Sowjetstaaten. Zwischen 2017 und 2021 regierte jedoch die durch den technokratischen Populist Andrej Babiš, der zweitreichste Mann des Landes, geführte ANO-Partei („Aktion unzufriedener Bürger“) das Land. Nach seinem Wahlsieg wurde er häufig als Mischung aus Donald Trump und Viktor Orbán sowie als potenziell autoritärer Anführer dargestellt (Siebenhaar 2017; Hanley/Vachudova 2018). Unsere Untersuchung ließ aber keine Entwicklung ähnlich derer in Polen oder Ungarn vermuten, was durch den Machtwechsel nach den Abgeordnetenhauswahlen 2021 bestätigt wurde.

### *Nach 1989: Vorreiterin der demokratischen Konsolidierung*

Der Übergang vom Kommunismus zur liberalen Demokratie mit einer freien Marktwirtschaft verlief äußerst schnell und erfolgreich. Die historischen Bedingungen hierfür waren günstig: Die Tschechoslowakei war die am längsten überlebende Demokratie der Region der Zwischenkriegszeit, das Land war 1948 das am stärksten industrialisierte in MOE und mit Václav Havel an der Spitze der Transformation bekam das neue System große moralische Legitimität (Kraus 2003). Dank dieser Bedingungen konnte Tschechien bei der Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft ein Vorbild für andere postkommunistische Staaten sein und 1995 als erstes Land der Region der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) beitreten. Die Wähler:innen ordneten sich schnell anhand ihrer sozio-ökonomischen Interessen den neuen politischen Parteien auf einer Links-Rechts-Skala zu und das tschechische Parteiensystem bekam größere Ähnlichkeiten mit den Systemen Westeuropas, als mit denen seiner Nachbarn in MOE (Havlík 2019). Die Regierungswechsel verliefen friedlich, die Privatisierung wurde sozial abgefedert und die Politik des Landes wurde in der Forschung häufig als „Rückkehr nach Europa“ und zu dessen Werten, seinem Fortschritt und seiner Einbindung in westliche Organisationen bezeichnet (Lorenz 2018). Demensprechend führte auch

die Übernahme des EU-Rechtsbestands im Jahr 2003 zu keinen größeren Debatten. Tschechien hat die niedrigste Arbeitslosenquote der EU (Statista 2021), ist im V-Dem Index für liberale Demokratie fast gleichauf mit den USA, Japan und Kanada (Alizada et al. 2021) und hat eine geringe Staatsverschuldung, ein gutes soziales Sicherungsnetz sowie ein zugängliches Bildungssystem (Buščíková/Guasti 2018). Auch wenn die Lebensverhältnisse in den Großstädten und den ehemals auf Kohle- und Stahlindustrie spezialisierten Regionen immer weiter auseinanderdriften, so ist die Einkommensverteilung in Tschechien sehr ausgeglichen (Lorenz 2018; Hanley/Vachudova 2018). Das Land galt daher lange als nahezu immun gegenüber dem Populismus.

### *2017: Sieg des Populismus*

Dennoch ging die populistische ANO-Partei mit großem Abstand als Siegerin aus den Parlamentswahlen 2017 hervor und führte im Anschluss mit der Tschechischen sozialdemokratischen Partei (ČSSD) eine von der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSČM) tolerierte Minderheitsregierung an. Hierfür gibt es verschiedene Gründe. So ist die Wahlbeteiligung häufig sehr gering, da eine geringe Parteienbindung besteht und die politischen Parteien auf lokaler Ebene äußerst schwach verankert sind. Nur wenige Regierungen schafften es seit 1989, die volle Legislaturperiode durchzuregieren und viele Präsidenten interpretierten ihren Machtbereich größer als in der Verfassung vorgesehen (Lorenz 2018). Durch Privatisierungen hatte sich viel Besitz in wenigen Händen gesammelt, der später zum Erwerb von Medien und zur Ansammlung politischer Macht genutzt werden konnte und die Korruption befeuerte. In Tschechien selbst wurde die politische Entwicklung des Landes daher bereits früh kritischer gesehen als im Ausland. Vor allem der sogenannte „Oppositionsvertrag“, mit dem die beiden damals größten Parteien von 1998 bis 2002 ein Duldungsabkommen schlossen, durch das es keine erkennbare Unterscheidung mehr zwischen Regierung und Opposition gab, schädigte die Demokratie und das Ansehen der Parteien enorm (Lorenz 2018). Dieser Vertrauensverlust wurde durch ökonomische Schwierigkeiten im Nachgang der globalen Finanzkrise von 2008 und große Korruptionsskandale im Zusammenhang mit EU-Geldern noch verstärkt. Die EU hatte 2012 Strukturhilfen für zwei tschechische Regionen für mehrere Monate eingefroren, nachdem bekannt geworden war, zu welchem Ausmaß ihre Vergabe von Korruption begleitet war (Guasti 2018). In einer Umfrage von 2013, als die im Vorjahr gegründete ANO-Partei das erste Mal ins Parlament einzog, sagten 87 Prozent der Befragten, dass die politischen Parteien korrupt seien und drei Viertel, dass es keinen erkennbaren Unterschied zwischen ihnen gäbe (Havlík 2019). Während die Zustimmung zur Demokratie in Tschechien auf einem hohen Niveau stabil ist (Guasti 2018), fanden weniger als die Hälfte der Befragten, dass es zu deren Funktionieren politischer Parteien bedürfe.

Bei den Abgeordnetenhauswahlen 2013 und 2017 brach das zunächst als stabil betrachtete tschechische Parteiensystem daher nahezu vollständig zusammen. Die liberal-konservative Demokratische Bürgerpartei (ODS) und die sozialdemokratische ČSSD, die 2006 noch rund 35 bzw. 32 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereint hatten, sackten 2017 auf elf und sieben Prozent ab. ANO bekam 2013 aus dem Stand knapp 19 Prozent und konnte dieses Ergebnis 2017 auf fast 30 Prozent verbessern.

### *Paradebeispiel des strategischen Populismus*

Babiš porträtierte rechte Parteien immer wieder als korrupt und kriminell und linke Parteien als korrupt und inkompetent (Buščíková/Guasti 2018). Die politischen Parteien hätten die eigentlich talentierte tschechische Nation zu Grunde regiert und in ihre eigenen Taschen gewirtschaf-

tet. Das tschechische Volk, welches aufgrund seiner „goldenen Hände“ hart arbeiten und anpacken könne, sei von der politischen Elite verraten worden, deren einziges Ziel der Machterhalt sei (Havlík 2019). ANOs Lösung war, was häufig als technokratischer Populismus bezeichnet wird (Buštková/Guasti 2018): Babiš versprach den Staat mit seiner Expertise wie eine Firma zu leiten und über dem unproduktiven und schmutzigen politischen Tagesgeschäft zu stehen. Er verstand sich als unideologisch und seine flexible politische Rhetorik gehorchte akribisch den Anforderungen des politischen Marketings, beinhaltete jedoch keine explizit illiberalen Elemente. Er hatte zwei der größten sowie mehrere kostenlose Zeitungen des Landes und einen beliebten Radiosender gekauft, was ihn zur einflussreichsten Person der tschechischen Medienlandschaft machte (Hanley/Vachudova 2018).

Babišs technokratischer Populismus hatte zwar, anders als in Ungarn oder Polen, die Mechanismen der liberalen Demokratie noch nicht direkt angetastet, besaß aber dennoch eine starke antipluralistische Grundausrichtung. Er nahm einen einheitlichen „Volkswillen“ an, den es gegen eine korrupte Elite zu verteidigen galt. Babiš ging es nicht darum, dem Volk seine Souveränität wiederzugeben, wie es viele autoritär-populistische Parteien argumentieren, sondern es von der Bürde politischer und zivilgesellschaftlicher Beteiligung zu befreien (Buštková/Guasti 2018). Politik sollte nichts mehr als die technokratische Ausführung der unvermittelten Interessen der Wähler:innen sein. Dazu wollte Babiš in seinen Augen überflüssige Institutionen wie den Senat abschaffen, das Parlament verkleinern und die Anzahl der Parlamentarier:innen verringern, um effizienter und schneller regieren zu können (Lorenz/Anders 2021). Hätte er diese Maßnahmen durchgesetzt, hätte dies zu einem hoch zentralisierten politischen System mit stark ausgeprägtem Mehrheitswahlrecht und schwacher Gewaltenteilung geführt (Havlík 2019), wovon ANO besonders profitieren hätte: In der Abgeordnetenhauswahl 2017 erreichte ANO in allen Wahlkreisen die absolute Stimmenmehrheit.

Babiš fehlten jedoch die politischen Mehrheiten für seine Vorhaben zur Umgestaltung und Effizienzsteigerung von Regierung und Staat. Er führte eine Minderheitsregierung an und hat weder die Unabhängigkeit der Justiz, noch die der öffentlichen Medien angefochten (Havlík/Hlousek 2021). Gewisse liberal-demokratische Normen, wie Manipulation der öffentlichen Verwaltung, finanzielle Transparenz oder Rechenschaftspflicht und Umgangsformen gegenüber der öffentlichen Presse hat er allerdings untergraben (Hanley/Vachudova 2018). Babiš war jedoch nicht unbedingt Überzeugungstäter, sondern eher Pragmatiker und strategischer Populist, der sich am Wählerinteresse ausrichtete, um größtmögliche Zustimmung zu erlangen. Seinem Populismus fehlte eine konservativ-nationalistische Komponente, die ihn in einer Linie mit Orbán und Kaczyński und deren Versuch illiberale Demokratien aufzubauen, stellen würde (Hanley/Vachudova 2018). 2017 schloss Babiš zudem eine Koalition mit der rechtsextremen Partei Freiheit und direkte Demokratie (SPD) aus und führte lieber eine Minderheitsregierung mit den Sozialdemokraten an. Er war darauf bedacht, mit Orbán und Kaczyński nicht in einen Topf geworfen zu werden. Der ausgeprägten migrations skeptischen Haltung der tschechischen Bevölkerung folgend, schlug Babiš bei diesem Thema jedoch ähnlich kritische Töne an.

Auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht folgte Babiš der Wählerstimmung. Im Zuge der Euro- und Finanzkrise wurde Tschechien auch als „Land der Wolfgang Schäubles“ bezeichnet. 2013 hatte sich ANO daher vor allem als wirtschaftsliberale Partei präsentiert. Als die Wählerschaft jedoch nach links schwenkte, betonte die ANO-Partei 2017 soziale Aspekte stärker in ihrem Wahlprogramm (Havlík/Hlousek 2021). All dies deckt sich mit dem erklärten Ziel der Regierungspartei, keine ideologische Grundausrichtung zu verfolgen und führte dazu, dass die Wählerpräferenzen der ANO-Wähler:innen unklar blieben: Sie lassen sich nicht durch ideologische Überzeugungen, politische Einstellungen oder sozialen Status vorhersagen (Havlík 2019).



Babiš war damit ein Paradebeispiel der These vom strategischen Populismus, da er sein Handeln auf größtmögliche Wählerzustimmung ausrichtete und explizit keine kohärente Ideologie verfolgte, sondern politisch stets flexibel blieb.

### *Geringe Aussagekraft der Anti-Liberalismus-These*

Wie unsere Bürger:innenumfrage zeigt, scheint eine illiberale Politik keinen großen Zuspruch in der tschechischen Bevölkerung zu erhalten. So sind die Tschech:innen nach unserer Umfrage zwar äußerst migrations skeptisch (nur 30 Prozent unterstützen eine weitere Aufnahme von Geflüchteten). Sie haben jedoch im Durchschnitt eine liberalere Einstellung zu EU-Werten wie Rechtsstaatlichkeit, Schutz von Minderheiten, individuelle Freiheit und Religions- und Pressefreiheit, als die anderen in der Studie untersuchten Gesellschaften. Besonders die Frage der Notwendigkeit eines starken Regierungschefs mit genauer Kenntnis des Volkswillens stieß bei den Tschech:innen auf geringe Zustimmung (18 Prozent), die in den anderen Staaten mit 56 Prozent deutlich höher war. Gleichzeitig sahen die Befragten eine geringere Notwendigkeit, dass die EU die Freiheit und Demokratie in Tschechien unterstützen sollte, was darauf schließen lässt, dass diese Fundamente als weniger bedroht wahrgenommen werden. Generell sind die befragten Tschech:innen zu 16 Prozent weniger der Meinung, dass ihr Land von der EU lernen sollte, als die Bevölkerungen der anderen untersuchten Staaten, was darauf hindeutet, dass sie sich weniger stark dem Imitationsimperativ untergeordnet fühlen als ihre Nachbarstaaten (Kraštev/Holmes 2019). Während die Tschech:innen zwar Migration entschieden ablehnen, hegen sie doch eine mindestens ebenso große Abneigung gegen die radikale Rechte und werden vielmehr von Anti-Establishment-Politik angesprochen (Guasti 2018).

Dennoch muss erwähnt werden, dass die Befragten aus Tschechien den Einfluss der EU auf Wirtschaft, Gesellschaft und ihre persönliche Situation als weniger positiv sehen, als die Befragten der anderen Untersuchungsländer, wobei besonders der Einfluss auf die Gesellschaft heraussticht. 30 Prozent der Tschech:innen sagen, dass der EU-Beitritt negative Auswirkungen hatte, während in den anderen Staaten im Durchschnitt nur 19 Prozent die gleiche Auffassung haben. Der Anteil an Verlierer:innen der Europäisierung ist daher in Tschechien etwas höher als in den anderen Ländern. Die Befunde zu dieser Gruppe weisen jedoch Unterschiede zu derselben Gruppe in den anderen Staaten auf: Zwar sind auch in Tschechien die Verlierer:innen der Europäisierung deutlich euroskeptischer, jedoch erstaunlicherweise nicht signifikant illiberaler eingestellt als die Gewinner:innen der Europäisierung. Sie lehnen eine neoliberale Wirtschaftspolitik entschieden ab als die Gewinner:innen, sind deutlich migrations skeptischer und stärker für eine privilegierte Rolle des Christentums. Dennoch haben sie keine ausgeprägt illiberale Einstellung in Fragen der Meinungs- und Pressefreiheit, individuellen Rechten oder Rechtsstaatlichkeit. Sie scheinen die EU direkt mit einer neoliberalen Wirtschaftspolitik in Verbindung zu bringen, die die Ungleichheit stärkt und einer offeneren Asylpolitik, die sie ablehnen. Daher verneinen sie die Frage, ob Tschechien von der EU lernen sollte zu 58 Prozent und werfen der EU mangelnden Respekt vor ihrem Land vor (69 Prozent). Da sich bei den anderen untersuchten EU-Werten jedoch kein ähnlich deutlicher Unterschied zwischen Gewinner:innen und Verlierer:innen der Europäisierung abzeichnet, hat die Anti-Liberalismus-These im Falle Tschechiens begrenzte Aussagekraft.

### *Ausblick*

In den Abgeordnetenhauswahlen von Anfang Oktober 2021 erlitt ANO eine Niederlage und gelangte mit 27,1 Prozent der Stimmen nur auf Platz zwei hinter dem Mitte-Rechts-Bündnis Zusammen – Bürgerdemokratie (SPOLU). Das Bündnis der Piratenpartei mit der Bewegung

der Bürgermeister und Unabhängigen (Piráti+STAN), das sich als liberales Mitte-Links-Bündnis bezeichnen lässt (PolitPro 2021b), konnte 15,6 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Diese beiden erst seit knapp einem Jahr bestehenden Bündnisse zusammen mit dem anhaltenden Absturz der sozialdemokratischen ČSSD (4,7 Prozent) deuten darauf hin, dass keine Rückkehr zu den politischen Verhältnissen vor den Erdrutschwahlen 2013 und 2017 in Sicht ist, sondern sich mit ANO eine grundlegende Transformation der politischen Landschaft vollzogen hat. Auch wenn Babiš aktuell kein Ministerpräsident mehr ist, wird er dennoch auch in Zukunft eine wichtige Rolle in der tschechischen Politik spielen dürfen, da ANO die stärkste Oppositionskraft im Abgeordnetenhaus ist und ANOs Umfragewerte seit 2013 nicht mehr unter 20 Prozent gefallen sind.

Babišs Pragmatismus und strategischer Populismus lassen es schwer ausschließen, dass er sich nicht stärker in Richtung Illiberalismus ausrichten würde, sollte er wieder an die Macht gelangen und sollte es eine entsprechende Nachfrage von Seite der Wähler:innen danach geben. Unsere Forschungsergebnisse geben jedoch geringen Anlass zur Sorge: Die Bürger:innenumfrage zeigt, dass die tschechische Bevölkerung keine dezidiert illiberalen Werte vertritt und bei einigen Werten sogar eine liberalere Einstellung hegt als die Bevölkerungen der anderen untersuchten Länder. Auch die Verlierer:innen der Europäisierung, die in vielen anderen untersuchten Staaten deutlich illiberaler eingestellt sind als die Gewinner:innen, lassen keine große Nachfrage nach illiberaler Politik erkennen. Die Wahl von Petr Fiala zum neuen Ministerpräsidenten bestätigt diese Ergebnisse. Er gilt als ruhiger Pragmatiker, der Kompromisse und rationale Lösungen sucht. Fiala ist praktizierender Katholik, Hochschulprofessor und repräsentiert eher die akademisch-wissenschaftliche Welt, als eine volksnahe Politik. Sein Politikstil und seine Haltung zur liberalen Werten werden sich also deutlich von der seines Vorgängers unterscheiden.

#### e. Slowakei

Die Slowakei gilt vielen Beobachtern als Beispiel für eine funktionierende Demokratie in MOE. Die Wahl der proeuropäischen Präsidentin Zuzana Čaputová im Juni 2019 sowie die Ablösung der sozialdemokratischen Regierung Robert Ficos im März 2020 wurden als Ausdruck für die Widerstandsfähigkeit des politischen Systems gegen korrupte politische Eliten und die Fähigkeit zur politischen Erneuerung angesehen. Allerdings ist festzuhalten, dass diese Ereignisse vielmehr die tiefe Ablehnung der alten politischen Eliten sowie politischer Vetternwirtschaft und Korruption in der Bevölkerung widerspiegeln, statt ein Indikator für das liberale Werteverständnis in der Gesellschaft zu sein. Trotz nationalem Populismus, christlich geprägtem Konservatismus und dem Bedürfnis nach einer starken charismatischen politischen Führungspersönlichkeit ist in der Slowakei die tiefgreifende Korruption und nicht die Ablehnung von Pluralismus und Gewaltenteilung die Kernherausforderung.

#### *Der steinige Pfad der Transformation nach 1989*

Die Slowakei galt lange Zeit als Nachzüglerin der Transformation vom Kommunismus zur liberalen Demokratie. Einerseits verzeichnete die von Schwerindustrie geprägte slowakische Volkswirtschaft durch den Übergang zur Marktwirtschaft hohe Produktionseinbrüche und Massenarbeitslosigkeit (Landeszentrale für politische Bildung 2021), andererseits stellte die Auflösung der Tschechoslowakei das Land vor die Herausforderung der Staatsbildung, verbunden mit der Entwicklung einer nationalen Identität und der gleichzeitigen demokratischen Konsolidierung.

Die erste frei gewählte Regierung des Landes unter Ministerpräsident Mečiar, die in zwei Wahlen bis 1998 im Amt bestätigt wurde, verlangsamte den Reformprozess. Mečiar's autokratischer und korrupter Politikstil, zusammen mit nationalistischen Appellen spaltete die Gesellschaft und die politischen Eliten in Befürworter und Gegner der liberalen Demokratie. Mečiar stellte patriotische Themen in den Vordergrund und gerierte sich als starker Anführer, um das Land gegen Feinde zu verteidigen (Malová 2017). Dadurch wich die Slowakei immer mehr vom Demokratisierungspfad der anderen drei mitteleuropäischen Länder ab und wurde in der ersten Runde der euro-atlantischen Integration abgehängt (Szomolányi 2004). Die Slowakei wurde nicht nur von der ersten Verhandlungsrunde mit der EU im Dezember 1997 ausgeschlossen; das Land musste auch bis 2004 auf die Aufnahme in die NATO warten, während Ungarn, Polen und Tschechien bereits 1999 beitraten (Bertelsmann Stiftung 2020b).

Bei den Parlamentswahlen 1998 mobilisierten die zuvor stark zersplitterte politische Opposition und zivilgesellschaftliche Initiativen demokratisch orientierte Bürger:innen und schufen ein breites Anti-Mečiar-Bündnis, um die Fortsetzung des halbautoritären Regimes zu verhindern. Die Nachfolgeregierung unter Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda leitete eine neue, prowestliche Außenpolitik ein, die die Weichen für die Mitgliedschaft in der NATO und der EU stellte. Unter ihm kam es zu einer Konsolidierung der Demokratie, einer Stabilisierung des politischen Systems und zu wesentlichen institutionellen und wirtschaftlichen Reformen, die von der Mehrheit der Gesellschaft mitgetragen wurden (Szomolányi 2004).

Auch die erste Fico-Regierung, die 2006 an die Macht kam, setzte zunächst auf Kontinuität und erreichte mit einer stabilen Fiskal- und Währungspolitik die Einführung des Euro 2009. Damit ist die Slowakei neben Slowenien das einzige MOE-Land, das den Euro als Währung führt. Die linkspopulistische Partei Richtung – Sozialdemokratie (Smer-SD) von Robert Fico dominierte die letzte Dekade der slowakischen Politik und war mit einer Ausnahme (2010-2012) in der Regierungsverantwortung. Fico galt von Anfang an als weitgehend ideologiefrei und pragmatische Figur, der sich selbst als Löser der Alltagsprobleme der Menschen darstellte und sich als Opposition zum bestehenden politischen Establishment inszenierte (Havlík/Hlousék 2021). Das sozialdemokratische Etikett kollidierte mit illiberalen ideologischen Maßnahmen, die vor allem nach 2006 in einer Koalition mit zwei nationalistischen Parteien zum Tragen kam. Beispielsweise wurden die Pressefreiheit sowie der Gebrauch der Sprachen nationaler Minderheiten eingeschränkt. Dies führte zur mehrjährigen Aussetzung der Mitgliedschaft der Partei in der Parteienfamilie der europäischen Sozialisten. Auch in der Migrationskrise 2015 vertrat die Regierung Fico einen restriktiven Kurs und schlug sich auf die Seite Ungarns und Polens. Allerdings unternahm Fico nie Maßnahmen zur Kontrollübernahme der Justiz – auch, weil er die meiste Zeit an einen oder mehrere Koalitionspartner gebunden war, die den politischen Kurs mitbestimmten. Nach den Wahlen 2016 änderte die Smer-SD auch unter dem Eindruck des Brexits ihre vormals euroskeptische Position mit dem Ziel, die Slowakei als Teil „Kerneuropas“ zu etablieren.

### *Die politischen Auswirkungen der Kuciak-Ermordung*

Die Ermordung des Enthüllungsjournalisten Ján Kuciak und seiner Verlobten Martina Kušnírová im Februar 2018 löste große Empörung in der Öffentlichkeit aus, führte zu den größten Protesten im Land seit der „Samtenen Revolution“ und stellte die den Zustand der Demokratie im Land infrage. Kuciak hatte Verbindungen der italienischen Mafia bis in höchste slowakische Regierungskreise recherchiert. Die Enthüllungen führten zu groß angelegten Anti-Korruptions-Protesten und öffentlichen Forderungen nach einem Bruch mit den etablierten Politiker:innen, insbesondere der damals amtierenden linkspopulistischen Smer-SD. Die Parlamentswahlen 2020 sind deshalb auch als Referendum über die Partei und ihren Parteiführer Robert Fico zu verstehen, die fast 15 Jahre die politische Landschaft dominiert hatten und für

viele Bürger:innen synonym für Klientelismus und Korruption standen, wie die Enthüllungen des ermordeten Journalisten gezeigt hatten.

### *Eine neue konservativ-liberale Regierung am Ruder*

Insbesondere die Protestpartei Gewöhnliche Leute und unabhängige Personen (OL'aNO) profitierte von den Massenprotesten im Zuge der Kuciak-Ermordung: Die Partei war mit einer Anti-Kriminalitäts- und Anti-Korruptions-Kampagne angetreten und gewann mit 25 Prozent und deutlichem Abstand die Wahlen. Neben der Korruptionsbekämpfung lässt sich die Partei jedoch nur schwer ideologisch fassen. Ungefähr die Hälfte der Abgeordneten werden dem christlich-konservativen Flügel zugeschrieben. Die Partei wird vom ehemaligen Medienunternehmer und Self-Made Millionär Igor Matovič angeführt, der in den vergangenen Jahren immer wieder die Korruption im Land mit unkonventionellen Methoden angeprangert hatte, und weist viele Parallelen zum technokratischen Populismus der tschechischen Partei ANO auf (Buštíková and Baboš 2020). Die Partei widersetzt sich der traditionellen ideologischen Unterscheidung von Rechts und Links, sondern verfolgt eine flexible und opportunistische Politik, die sehr stark die Stimmungen in der Bevölkerung, etwa über die Kommunikation via Social Media, aufnimmt. Deshalb spielen auch digitale Demokratieelemente eine große Rolle. Während OL'aNO wirtschaftspolitisch einerseits für fiskalische Konsolidierung stehen möchte, ist sie nicht bereit, die umfassenden Umverteilungsmaßnahmen der Vorgängerregierung anzutasten.

Zugleich vertritt sie gemeinsam mit der sozialkonservativen und europaskeptischen Koalitionspartei Wir sind Familie (Sme Rodina) eine ultra-konservative Agenda mit Blick auf Gleichstellungs- und Familienpolitik. Beispielsweise scheiterte ein von OL'aNO eingebrachter Gesetzesentwurf, der den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen weiter einschränken sollte und der in der Gesellschaft hitzig diskutiert wurde, nur knapp (Reuters 2020). Zudem sperrt sich die neue slowakische Regierung weiter, die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zu unterzeichnen (Kováts 2020). Auch die Anerkennung eingetragener Lebenspartnerschaften scheint weiterhin ausgeschlossen zu sein.

Neben OL'aNO und Sme Rodina sind auch die wirtschaftsliberale Partei Freiheit und Solidarität (SaS) sowie die konservative Partei Für das Volk (Za ľudí) des ehemaligen Präsidenten Andrej Kiska Teil der liberal-konservativen Nachfolgeregierung. Die Regierung ist jedoch instabil: Bereits nach wenigen Monaten musste Ministerpräsident Matovič im Koalitionsstreit über die Eindämmung der Covid-19-Pandemie die Amtsgeschäfte an seinen Parteifreund Eduard Heger abgeben.

### *Eine proeuropäische Gesellschaft mit Einschränkungen*

Die Slowakei hat in nur wenigen Jahrzehnten fundamentale Fortschritte in der demokratischen und wirtschaftlichen Transformation gemacht: Freedom House stuft das Land als „frei“ ein. Im Bertelsmann Transformation Index 2021 wird das Land als „sich konsolidierende Demokratie“ (Platz 10 von 137) eingruppiert und die wirtschaftliche Transformation wird als „sehr fortgeschritten“ (Platz 7 von 137) eingestuft (Bertelsmann Stiftung 2020b). Dennoch hat diese Entwicklung nicht dazu geführt, dass die Gesellschaft positiver gegenüber liberalen Werten – auch im Vergleich zu den anderen Ländern in der Region – eingestellt ist (Reptova Novakova 2019). Die Slowakei ist keine Ausnahme im MOE-Raum, wenn es um gesellschaftliche Phänomene wie Demokratiemüdigkeit, die Akzeptanz populistischer, illiberaler Rhetorik im politischen Diskurs, eine sinkende Partizipationsrate sowie den allgegenwärtigen Mangel an Vertrauen in politische Institutionen geht.

Die Bürger:innenumfrage unterstreicht zwar die generell proeuropäische Haltung der slowakischen Bevölkerung und die positive Bewertung des Einflusses der europäischen Integration auf das Land: 47 Prozent der befragten Slowak:innen stimmen der Aussage zu, dass die EU-Mitgliedschaft ihres Landes einen positiven Einfluss auf die slowakische Gesellschaft hat. Mit einer Zustimmung von 51 Prozent der Befragten ist auch die Bewertung des Einflusses der Mitgliedschaft auf die slowakische Volkswirtschaft vergleichsweise hoch. Jedoch zeigt sich, dass dieser Einfluss von deutlich weniger Befragten positiv bewertet wird (51 Prozent) als von Befragten in den Vergleichsländern (61 Prozent).

Anzunehmen ist, dass Appelle zur Solidarität und zur Teilung der Verantwortung in der europäischen Wirtschafts- und Schuldenkrise und in der Migrationskrise, aber auch geopolitische und sicherheitspolitische Herausforderungen wie die Ukraine-Krise einen Dämpfer für den traditionellen EU-Optimismus sowohl in der Bevölkerung als auch auf politischer Ebene darstellen. Diese Bedenken haben als Katalysator für eine lautstarke Verteidigung der nationalen Interessen in den Beziehungen der Slowakei zur EU gewirkt (Králiková, 2017).

Zudem deutet vieles darauf hin, dass in der slowakischen Gesellschaft, ähnlich wie in anderen Gesellschaften der Region, der Zustimmung für die EU eine stärker utilitaristische Logik zugrunde liegt. Diese ist zum einen abhängig von einem pragmatischen Kosten-Nutzen-Kalkül und dem monetären Mehrwert der EU-Mitgliedschaft für die Slowakei; zum anderen ist sie maßgeblich von den politischen Vorstellungen der einheimischen Politiker:innen sowie von der Effektivität der nationalen Regierungsführung geprägt und spiegelt sich im sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand der Bevölkerung wider.

### *Die Folgen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Liberalisierung*

Entgegen der Anti-Liberalismus-These wird eine weitere Europäisierung von der Bevölkerung als Lösung nationaler politischer Probleme weiterhin begrüßt. Die Forderung nach einer Abkehr der ökonomischen Liberalisierung taugt laut Umfrageergebnissen jedoch durchaus als Erklärung für eine Wertedivergenz in der Slowakei. Zwar verzeichnete die Slowakei vor der Covid-19-Pandemie stabile Wachstumsraten und eine niedrige Arbeitslosigkeit; das Pro-Kopf Einkommen ist jedoch weiterhin eines der niedrigsten in der ganzen EU. Laut unserer Umfrage beklagen 73 Prozent der Befragten eine ungerechte Einkommensverteilung im Land; 76 Prozent der Befragten wünschen sich eine aktive Rolle der Regierung in der Wirtschaftspolitik. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass die Anpassungsprozesse der wirtschaftlichen Transformation die soziale Dimension und die regionalen Disparitäten im Zuge des Transformationsprozesses vernachlässigten (Malová 2017). Nur eine kleine gesellschaftliche Gruppe profitierte tatsächlich von der Transformation während die Erwartungen vieler Slowak:innen, insbesondere in ländlichen Regionen außerhalb der Hauptstadt mit Blick auf ihren Lebensstandard nicht erfüllt werden konnten. Andererseits führte die europäische Wirtschafts- und Schuldenkrise zu einer kurzen aber sehr starken Rezession, die die kleine offene Volkswirtschaft stark traf und deren Auswirkungen für weite Teile der Gesellschaft noch lange zu spüren waren.

Unsere Studie zeigt auch, dass es trotz der generell positiven Bewertung der EU-Mitgliedschaft in der Slowakei einen Kern von selbst wahrgenommenen Europäisierungsverlierer:innen zu geben scheint, der die Integration negativ bewertet. Diese Befragten tendieren auch dazu, europäische Werte abzulehnen. Für diese Gruppe stellt der Widerstand gegen die EU-Werte folglich in der Tat eine Gegenreaktion zur liberalen Transformation nach 1989 dar.

Mit Blick auf die gesellschaftliche Liberalisierung ist festzuhalten, dass die politische Kultur der Slowakei in erster Linie traditionell und kirchlich geprägt ist, mit den üblichen Bekenntnissen zu Glaube, Familie und Vaterland. Neben den Anti-Korruptionsprotesten konnte insbesondere

die von OL'ANO vorgeschlagene Verschärfung des Abtreibungsgesetzes die Zivilgesellschaft mobilisieren. Dies zeigt, wie polarisierend gesellschaftliche Themen wie Familie, Ehe, Rechte für LGBTQ+ und Abtreibung in der Gesellschaft immer noch ausgehandelt werden müssen. In unserer Expert:innenumfrage wird deshalb auch von allen Befragten das GAL-TAN Cleavage andererseits als zentrale gesellschaftliche Konfliktlinie benannt. In unserer Bürger:innenumfrage blieben die Zustimmungswerte der slowakischen Befragten für liberale Werte wie Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Pluralismus sogar im regionalen Vergleich hinter den durchschnittlichen Zustimmungswerten der restlichen Untersuchungsländer zurück. Fast 80 Prozent der Befragten wünschen sich darüber hinaus einen starken Regierungschef, der genau weiß, was die Bevölkerung möchte. Eine weitere Umfrage für GLOBSEC unterstreicht diese Ergebnisse: Nach drei Jahrzehnten der „Verwestlichung durch Nachahmung“ (Krastev/Holmes 2020) glauben 50 Prozent der Befragten, dass westliche Gesellschaften und ihre Lebensweise lokale Identitäten und Werte bedrohen (Hajdu und Klingová 2020).

### Ausblick

Zwar war Populismus mit starken nationalistischen Elementen Teil des politischen Diskurses der vergangenen Regierungen; demokratische Regression und illiberale Maßnahmen können jedoch für die Slowakei nicht festgestellt werden. Jedoch besteht die Gefahr, dass illiberale Diskurse und antieuropäische Positionen noch stärker Teil des politischen Mainstreams werden und damit eine Wertedivergenz verstärken könnten, sollte es eine gesellschaftliche Nachfrage hierfür geben. Schon heute sind die vier stärksten im Parlament vertretenen Parteien als populistisch, drei von ihnen als autoritär-populistisch, einzustufen. In Abwesenheit einer progressiven Alternative wird das von den Bürger:innen als größte Herausforderung angesehene Thema der Korruption und des Klientelismus weiterhin von autoritär-populistischen Gruppen aufgegriffen werden, die das Versprechen einer rechenschaftspflichtigen Regierung in ein ethnozentrisches Modell der Landesverteidigung einbetten (Rossi 2020).

Folgende systemische, speziell für die Slowakei gültige Faktoren stehen einer demokratischen Regression wie im Falle Ungarns und Polens jedoch im Weg: das proportionale Wahlsystem mit der hohen Wahrscheinlichkeit eines Koalitionszwangs und das damit verbundene geringe Risiko einer absoluten, oder vielmehr verfassungsändernden Mehrheit; die volatile Parteienlandschaft; die im Vergleich mit anderen Staaten aus der Region deutlich tiefere europäische Integration, insbesondere aus institutioneller Perspektive; die kleine, offene und stark vom Export und hier insbesondere vom Binnenmarkt abhängige Volkswirtschaft (Szomolányi/Gál 2016).

### f. Rumänien

Rumänien stellt insofern einen Sonderfall dar, als dass die Transformation nach den Umbrüchen von 1989/90 in diesem Land am wenigsten weit fortgeschritten ist bzw. weiterhin anhält. Angesichts der politischen Instabilität (25 Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten seit 1989) und der weitverbreiteten Korruption im Land wird dessen EU-Mitgliedschaft von einem Großteil der Bevölkerung weiterhin als Chance betrachtet, bei der Lösung der nationalen politischen Probleme zu helfen. Die Wahl des inzwischen in seiner zweiten Amtszeit als Staatspräsident amtierenden Klaus Johannis, der 2014 u.a. mit dem Versprechen die Korruption zu bekämpfen angetreten war, galt als Aufbruchssignal für „ein neues Rumänien“ (Johannis 2014).

### *Eine andauernde Phase der verlangsamten Transformation*

Das am deutlichsten sichtbare Anzeichen für die verzögerte Transformation hin zu einer liberalen Demokratie und der verlangsamten Europäisierung des Landes ist der um fast drei Jahre verspätete EU-Beitritt, der zusammen mit Bulgarien erst 2007 und nicht bereits 2004 erfolgte, weil noch nicht alle Beitrittskriterien erfüllt waren. Aber selbst über den Beitrittsbeschluss hinaus hielt die Kritik an, dass der rumänische Beitritt nur „durch die Hintertür“ (Riegert 2006) erfolgt sei. So wird das als Übergangsmaßnahme geplante Kooperations- und Kontrollverfahren (CVM) zur Überwachung der Reformen im Bereich der Justiz und der Korruptionsbekämpfung für Rumänien bis heute fortgeführt (Europäische Kommission 2021b) und auch der Schengen-Acquis wurde bisher nicht vollständig umgesetzt, sodass das Land weiter auf einen Beitritt zum Schengen-Raum wartet. Fehlende Fortschritte in der weiteren Übernahme des Acquis und des damit verbundenen Zugangs zum Schengen-Raum könnten in Zukunft das Erstarken des Europaskeptizismus im Land befördern. Dies könnte in einem Teufelskreis aus wachsendem Europaskeptizismus und sinkender „compliance“ mit EU-Recht münden, da in Rumänien die starke Unterstützung der EU-Mitgliedschaft bisher eine von der Bevölkerung ausgehende Triebkraft hinter der Umsetzung europäischen Rechts war (Buzogány 2020).

### *Euroskeptizismus der Sozialdemokratischen Partei*

Die Kompetenzen des rumänischen Staatspräsidenten gehen über eine reine Repräsentation des Staates nach innen und außen hinaus, er nimmt zusätzlich eine Mittlerfunktion zwischen den weiteren Staatsorganen und den Bürger:innen ein und kann so einen gewissen Einfluss auf die Regierungspolitik ausüben (Gabanyi 2010: 636f.). Dennoch sind seine Befugnisse zu begrenzt, um eine eigene Politik gegen eine Regierung mit anderer parteipolitischer Ausrichtung durchsetzen zu können. Iohannis war seit seiner Wahl bis November 2019 mit wechselnden Regierungen konfrontiert, die mit einer Ausnahme jeweils von der Sozialdemokratischen Partei (PSD) geführt wurden. Deren Instabilität löste im Vorfeld eine Diskussion darüber aus, ob die rumänische Regierung in der Lage ist, die Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2019 zu übernehmen (Juncker 2018), und ihre Reform des Justizsystems und die Lockerung des Strafrechts im Bereich von Korruptionsdelikten veranlassten die Europäische Kommission und das Europäische Parlament dazu, mit einem Verfahren gemäß Art. 7 EUV zu drohen (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2019). Als Reaktion auf Massenproteste gegen die Regierung und die Kritik der EU-Organen – also aus rein strategischen Gründen – begannen die sozialdemokratisch geführten Regierungen Stimmung gegen die EU zu machen (Toma/Damian 2021).

Die langjährige Regierungszeit der PSD wurde im November 2019 von einer Minderheitsregierung unter Führung der Nationalliberalen Partei (PNL) abgelöst, die der Europäischen Volkspartei (EVP) angehört und deren Mitglied vor seiner Amtszeit auch Staatspräsident Iohannis war. Die bei der letzten Parlamentswahl im Dezember 2020 von der PNL zusammen mit der ebenfalls der EVP angehörenden Partei Demokratische Allianz der Ungarn in Rumänien (UDMR) und dem der ALDE angehörenden Bündnis Rettet Rumänien Union (USR) gebildete proeuropäische Regierungskoalition brach im Oktober 2021 jedoch auseinander. Das Parlament entzog dem Ministerpräsidenten Florin Cîțu nach nur neun Monaten das Vertrauen (Rosca 2021). Erst nach drei Monaten ohne mehrheitsfähige Regierung konnte Nicolae Ciucă als Ministerpräsident einer großen Koalition bestehend aus der konservativen PNL, der sozialdemokratischen PSD sowie der UDMR vereidigt werden. Die Durchsetzung der versprochenen Reformen insbesondere im Bereich der Korruptionsbekämpfung, die auch die europäische Kommission in ihrem jüngsten Fortschrittsbericht im Kooperations- und Kontrollverfahren für Rumänien angemahnt hat (2021b), bleibt weiterhin ein relevantes Thema.

### *Schwankende Qualität der Demokratie*

Die V-Dem-Indizes zur Messung der Qualität der Demokratie zeigen für Rumänien von 1989 bis 2016 einen positiven Trend, sowie für die beiden folgenden Jahre 2017 und 2018 eine massive Verschlechterung. Dieser negative Trend betrifft in nur geringerem Maße das Wahlsystem, die Bürgerrechte sowie die Gleichstellung der Bürger:innen bei der Nutzung dieser Rechte und Freiheiten, sondern primär die deliberative Qualität der rumänischen Demokratie (Alizada et al. 2021). Die Verschlechterung der Qualität der politischen Debatten in den Jahren 2017 bis 2018 passt zu dem zuvor zitierten Befund, dass die PSD geführte Regierung begann sich ab 2016 eines europaskeptischen Populismus zu bedienen (Toma/Damian 2021). Für die beiden folgenden Jahre 2019 und 2020 unter den PNL geführten Regierungen zeigte sich sogleich eine Erholung der Messwerte (Alizada et al. 2021).

Es wird deutlich, dass sich in Rumänien, anders als etwa in Polen und Ungarn, bisher zwar kein institutioneller Rückbau bereits erreichter Demokratisierungsschritte findet, das Land dennoch nicht „immun“ gegen autokratische Versuchungen ist. Derzeit ist noch nicht absehbar, inwieweit das europaskeptische Intermezzo der Jahre 2016 bis 2018 die Saat für eine antieuropäische Stimmung im Land gestreut hat. Die Initiative zweier rechter Parteien, die nicht im Parlament vertreten sind, das ungarische Anti-LGBTIQ+-Gesetz auch in Rumänien einzuführen, könnte hier nach dem Ende der Sommerpause zum Lackmустest werden, denn die an der Regierung beteiligte UDMR, die die ungarische Minderheit in Rumänien vertritt, unterstützt das von Viktor Orbán in Ungarn angestrebte Referendum über das ungarische Anti-LGBTIQ+-Gesetz (Verseck 2021).

### *Die eigentliche Herausforderung: Die Vollendung der Transformation*

Insbesondere das bereits zuvor angesprochene Thema der mangelhaften Korruptionsbekämpfung macht jedoch deutlich, dass die eigentliche Herausforderung weiterhin in der Vollendung der 1989 begonnenen Transformation besteht. Dies zeigen auch jüngste Befunde zu den Ursachen der mangelhaften Korruptionsbekämpfung in Rumänien, die nicht in zu wenig Ressourcen der entsprechenden Institutionen, sondern in der mangelhaften Qualität der rumänischen Justiz zu sehen sind (Mendelski 2020). Auch wirtschaftlich gehört Rumänien immer noch zu den Nachzüglern in der EU, die Wirtschaftsleistung näherte sich mit Ausnahme der Zeit der Finanz- und Wirtschaftskrise zwischen 2009 und 2014 in sehr kleinen Schritten dem EU-Durchschnitt an. Dennoch lag das rumänische Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Jahr 2020 bei nur 37,9 Prozent des EU-Durchschnitts (Eurostat 2021a). Als Folge der verlangsamten Transformation haben seit 2008 2,5 Millionen Einwohner:innen Rumänien verlassen (Eurostat 2021b). Dies entspricht im Durchschnitt der letzten zwölf Jahre einer jährlichen Abwanderung von etwa einem Prozent der Bevölkerung. Dies zeigt einen Ansatzpunkt für die europapolitische Kooperation mit Rumänien und zugleich eine zentrale Herausforderung für die Europapolitik auf: Eine Beschleunigung der wirtschaftlichen Annäherung des Landes an den EU-Durchschnitt bietet das Potential, die Unterstützung der EU im Land zu stabilisieren. Gleichzeitig muss dazu die Herausforderung einer Modernisierung der rumänischen Wirtschaft im Lichte der postindustriellen Revolution gemeistert werden, bevor die vollständige Transformation zu einer funktionierenden Marktwirtschaft mit liberaler Demokratie abgeschlossen ist.

### *Anhaltende Unterstützung der EU-Mitgliedschaft*

Entsprechend den bereits angeklungenen Befunden früherer Untersuchungen zeigt auch die Bürger:innenbefragung der vorliegenden Studie für Rumänien weiterhin eine sehr positive Bewertung des Einflusses der europäischen Integration auf das Land. 68 Prozent der befragten



Rumän:innen stimmen der Aussage zu, dass die EU-Mitgliedschaft ihres Landes einen positiven Einfluss auf die rumänische Volkswirtschaft hat. Mit einer Zustimmung von 59 Prozent der Befragten ist auch die Bewertung des Einflusses der Mitgliedschaft auf die rumänische Gesellschaft der höchste Wert unter den sechs untersuchten Ländern. Dabei ist besonders auffällig, dass die positive Bewertung des Einflusses der EU auf Rumänien nicht im Zusammenhang mit einer subjektiv wahrgenommenen Verbesserung der eigenen ökonomischen Situation steht. Der Anteil jener Befragten, die sagen, dass die EU-Mitgliedschaft einen sehr positiven Einfluss auf die ökonomische Lage der Familie hat, liegt bei nur 23 Prozent, während 41 Prozent dies für die Volkswirtschaft konstatieren. Die Umfrage zeigt zudem, dass die Rumän:innen bereit sind, den Weg der Europäisierung weiterzugehen: 85 Prozent der Befragten sagen, dass das Land weiterhin von der EU lernen solle. Das Narrativ, wonach es inzwischen ein alternatives Gesellschaftsmodell in MOE gebe, welches die EU insgesamt übernehmen solle, scheint in Rumänien keine Resonanz zu finden. Nur 15 Prozent der Befragten geben an, dass die EU von Rumänien lernen müsse.

Diese Ergebnisse erklären, warum der europaskeptische Populismus der sozialdemokratisch geführten Regierung nach 2016 so wenig Resonanz in der Bevölkerung fand. Dennoch sollte diese weiterhin bestehende starke Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft und die Bereitschaft zur weiteren Europäisierung nicht als dauerhaft gegeben angesehen werden. Sowohl die Versuche der PSD und die Orbán-Sympathien der gegenwärtig mitregierenden UDMR als auch die Existenz rechter Parteien könnten die politische Debatte in Rumänien mittelfristig ändern, sodass auch in diesem Land die Zunahme europaskeptischer Positionen in der Bevölkerung nicht ausgeschlossen ist. Der beste Weg einer solchen Entwicklung vorzubeugen, sind konkrete Fortschritte auf dem Weg der Europäisierung, besonders im Bereich der Korruptionsbekämpfung, dem Schengen-Beitritt und der wirtschaftlichen Entwicklung. Während die Korruption eine Sorge vieler Rumän:innen ist, die großes politisches Mobilisierungspotenzial hat, würden Fortschritte in den beiden anderen Bereichen den Bürger:innen konkrete Vorteile im Alltag bringen und so einer Erosion der Europabegeisterung vorbeugen.

### *Unterstützung für eine weitere Liberalisierung ohne neoliberale Wirtschaftspolitik*

Auf den ersten Blick scheint der zuvor genannte Befund sogleich die Anti-Liberalismus-These zu widerlegen. Jedoch darf die Bereitschaft, weiterhin von der EU zu lernen, nicht mit einer Unterstützung einer liberalen Politik gleichgesetzt werden. Im Bereich der Wirtschaftspolitik deuten bereits die Tatsachen, dass sozialdemokratische Parteien zehn der 26 Premierminister in den letzten drei Dekaden stellten und es mit der PSD anders als in vielen MOE-Ländern eine politische relevante sozialdemokratische Partei gibt, an, dass wirtschaftlich liberale Politiken nicht prinzipiell mehrheitsfähig sind. Dies spiegelt sich auch in der Bürgerumfrage wieder: 56 Prozent der befragten Rumän:innen äußerten starke Zustimmung zu der Aussage, dass die Regierung eine aktive Rolle in der Wirtschaft spielen sollte, um Wohlstand zu sichern. Entsprechend kritisieren 71 Prozent der Befragten die Einkommensverteilung in Rumänien als ungerecht, während nur 30 Prozent der Aussage zustimmen, dass Einkommensunterschiede als Leistungsanreiz notwendig sind. Allerdings ist bei diesen Umfrageergebnissen die hohe Salienz des Themas Korruption mitzudenken, was sicherlich Einfluss auf die Beurteilung der Einkommensunterschiede in Rumänien hat. Zusammenfassend lässt sich erstens festhalten, dass die Anti-Liberalismus-These für Rumänien insoweit widerlegt ist, dass eine weitere Europäisierung von der Bevölkerung als Lösung nationaler politischer Probleme auch zukünftig begrüßt wird. Zweitens deuten die Umfrageergebnisse zu den Wertepräferenzen im Bereich der Wirtschaftspolitik jedoch darauf hin, dass die Analyse von Krastev und Holmes (2019) auf Rumänien zutrifft, dass eine übertriebene Liberalisierung, insbesondere in der Wirtschaftspo-

litik, eine Ursache der Wertdivergenz ist und zu einer Abkehr vom liberalen Modell führt. Allerdings hat das Land, trotz der zuvor erwähnten hohen Auswanderungszahlen, diesen Punkt bisher noch nicht erreicht. Entsprechend sollte in Rumänien ein ausgewogener Europäisierungsprozess unterstützt werden, der die Lehren aus den in anderen MOE-Ländern begangenen Fehlern zieht. Mit der aktuell regierenden proeuropäischen Koalition gibt es – trotz der möglicherweise bevorstehenden Unwägbarkeiten – derzeit einen Partner für einen solchen Kurs.

*Ausblick: Eine potenzielle Gefahr, dass Populismus und Europaskeptizismus zunehmen*

Wie zuvor dargelegt wurde, stellen populistische und antieuropäische Positionen der Regierung sowie demokratische Regression in Rumänien bisher einen Ausnahmefall der Jahre 2016 bis 2018 dar. Gleichwohl besteht die Gefahr, dass die Polarisierung der politischen Auseinandersetzung auch in Rumänien in Zukunft zunehmen und eine wachsende Wertedivergenz sowie autokratische Tendenzen befördern könnte. Die Bürger:innenumfrage gibt dafür Anhaltspunkte, dass illiberale Positionen durchaus mehr Resonanz in der Bevölkerung finden könnten. In Rumänien findet sich ein der These vom Wertewandel widersprechender Trend, der auch in der Gesamtheit der sechs Länder hervortritt. Es scheint auch in Rumänien eine gesellschaftliche Gruppe jüngerer, wenig Gebildeter zu entstehen, die postmaterialistische Werte ablehnen. Dies ist ein starker Anhaltspunkt für die auch in Rumänien bestehende Gefahr, einer künftigen demokratischen Regression, wenn liberale europäische Werte zukünftig weniger Unterstützung erfahren.

Wie bereits die Diskussion der weithin positiven Bewertung der EU-Mitgliedschaft in Rumänien zeigt, lässt sich bisher auch noch keine klare Polarisierung zwischen Gewinner:innen und Verlier:innen der Europäisierung finden. Wie gezeigt, bewerten mehr Befragte die Integration positiv als nur jene, die konkret ökonomisch von dieser profitieren. Allerdings gibt es in Rumänien – ähnlich wie in den anderen untersuchten Ländern – 18 Prozent der Befragten, die die ökonomische Situation ihrer Familie als durch die europäische Integration verschlechtert wahrnehmen und einen fast ebenso großen Anteil an Befragten (jeweils 16 Prozent), die die Wirkung der EU-Mitgliedschaft auf die rumänische Volkswirtschaft und Gesellschaft negativ bewerten. Es scheint in Rumänien einen Kern von selbst wahrgenommenen Europäisierungsverlier:innen zu geben, die die Integration negativ bewerten. Dieser Befund unterstreicht nochmals welche entscheidende Rolle die Wirtschaftspolitik als Instrument zur Begrenzung einer Wertedivergenz spielt. Insgesamt zeigen die Befunde, wie groß auch in Rumänien die Gefahr ist, dass europaskeptischer und illiberaler Populismus zukünftig mehr gesellschaftliche Resonanz erfahren – insbesondere dann, wenn Phasen politischer Instabilität wie etwa die jüngste Hängepartie im Zuge der Regierungsbildung im Land zunehmen sollten. Deshalb ist die Unterstützung der proeuropäischen Kräfte in Rumänien durch die EU-Organe, die Bundesregierung und weitere proeuropäische Regierungen von entscheidender Bedeutung, um Tendenzen, wie sie für Ungarn, Polen und Slowenien zuvor aufgezeigt wurden, in Rumänien zu verhindern.

## 4. Wertpräferenzen in komparativer Perspektive: Erklärungsgehalt für die Region

Nach der länderbezogenen Diskussion der Analyse in Kapitel 3 sollen darauf aufbauend die Ergebnisse in vergleichender Perspektive für die gesamte Region diskutiert werden. Dazu werden die in Kapitel 2 formulierten Thesen getestet. Erstens analysieren wir, ob es einen Generationeneffekt auf die Wertpräferenzen gibt. Zweitens testen wir, ob unterschiedliche Wertpräferenzen ein Zeichen gesellschaftlicher Polarisierung sind. Drittens diskutieren wir, ob eine Konterrevolution gegen europäische Werte eine Wertedivergenz entstehen lässt. Viertens testen wir unsere Gegenthese, ob die von autoritär-populistischen Regierungen propagierten illiberalen Werte nicht die Wertpräferenzen der Bürger repräsentieren, sondern von anderen Strategien angetrieben werden.

Um die Thesen zu testen, haben wir auf unsere Bürger:innenumfrage zurückgegriffen. In 27 Fragen haben wir insgesamt 5.253 Menschen aus den sechs untersuchten Ländern zu ihrer Einstellung zu liberalen europäischen Werten und der EU befragt (s. Annex).

### *Wertewandel: Ist die junge Generation liberaler als ihre Eltern?*

**These 1:** *Europäische Werte werden von einer Mehrheit, insbesondere jüngeren Befragten und Menschen mit hohem Bildungsabschluss, unterstützt und von einer Minderheit, insbesondere älteren Befragten und Menschen mit geringem Bildungsabschluss, abgelehnt. Wahlsiege von autoritär-populistischen Parteien sind durch eine geringere Wahlbeteiligung jüngerer und ungebildeter Bürger:innen zu erklären.*

Die stille Revolution in Westeuropa seit den 1970er Jahren hat zu einem Wertewandel von materialistischen zu postmaterialistischen liberalen Werten geführt. Dieser Wandel wurde vor allem von jüngeren Generationen vorangetragen, die zum Beispiel den Klimaschutz, die Friedensbewegung, die Gleichheit der Geschlechter und den Kampf gegen Diskriminierung in der öffentlichen Debatte verankerten. In Mittel- und Osteuropa hat die sowjetische Herrschaft eine ähnliche Entwicklung lange gehemmt. Gut 30 Jahre nach Ende des Kalten Krieges ist daher zu fragen, ob es mittlerweile auch in MOE zu einer vergleichbaren Entwicklung gekommen ist und die jüngere Generation liberaler eingestellt ist, als ihre Eltern.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse der Bürger:innenumfrage jedoch keinen klaren Zusammenhang zwischen dem Alter und der Unterstützung für liberale Werte. In den von uns abgefragten Werten Geschlechtergleichheit, Nichtdiskriminierung, Meinungs- und Pressefreiheit oder Gleichbehandlung der Religionen gab es nahezu keine Unterschiede zwischen den Generationen. Lediglich in der Migrationspolitik zeigt sich ein leichter Effekt: Während 41 Prozent der unter 37-jährigen die Aufnahme von Geflüchteten befürworten, ist diese Zustimmung unter den Älteren mit 35 Prozent etwas geringer. Im Umkehrschluss bedeuten diese Ergebnisse, dass es keine junge liberale und proeuropäische Generation gibt, die auf absehbare Zeit illiberalen Trends entgegenwirken und liberale Werte stärker vertreten wird, als ältere Generationen.

Wenn jedoch der Bildungsgrad mit in den Blick genommen wird, ändert sich das Bild. Es zeigt sich eine deutliche Korrelation zwischen Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen und der Unterstützung liberaler Werte. So befürworten 46 Prozent der Befragten mit hohem Bildungsabschluss die Aufnahme von Geflüchteten, während nur 29 Prozent der weniger oder gar nicht Gebildeten dies unterstützen. Dieser Unterschied gilt ebenfalls für die Einstellung zur Meinungs- und Pressefreiheit, die Notwendigkeit von Anti-Diskriminierungsgesetzen oder die Gleichheit der Geschlechter. Bei anderen abgefragten Werten ist die Korrelation weniger stark. Höher Gebildete haben außerdem eine deutlich positivere Meinung zu den Auswirkungen des

EU-Beitritts auf ihr Land. So sagen 58 Prozent von ihnen, dass die Gesellschaft sich durch die EU verbessert habe. Von den weniger Gebildeten sind nur 37 Prozent dieser Meinung.

Diese Ergebnisse zeigen, dass zukünftig nicht mit einer zunehmenden Konvergenz der Werte zu rechnen ist und dass die These vom Wertewandel nur bedingten Erklärungsgehalt für eine Wertedivergenz hat. Im besten Fall kann eine Bildungsrevolution das aktuelle Niveau der Unterstützung für europäische Werte steigern. Das Aussitzen einer Wertedivergenz mit Hoffnung auf einen automatischen liberalen Wandel durch junge Generationen jedenfalls wird nicht von Erfolg gekrönt sein.

*Cleavages: Begrenzte Polarisierung, aber ein Kern von europaskeptischen Verlierer:innen der Europäisierung*

**These 2:** *Europäische und wirtschaftsliberale Werte sowie der EU-Beitritt werden von Gewinner:innen der Europäisierung unterstützt und von Verlierer:innen abgelehnt. Wahlsiege von autoritär-populistischen Parteien sind durch eine Mehrheit von Bürger:innen, die sich als Verlierer:innen der Europäisierung sehen, zu erklären.*

Zur Überprüfung von These 2 wurden in unserer Umfrage die Bewertung des Einflusses der europäischen Integration auf die Gesellschaften und Volkswirtschaften im jeweiligen Land abgefragt. Eine Mehrheit von insgesamt 59 Prozent in allen MOE-Ländern stimmt eher oder voll und ganz zu, dass ihr Land wirtschaftlich von der EU profitiert hat, während nur 19 Prozent eher oder voll und ganz anderer Meinung sind. Die Zustimmung ist dabei in Rumänien (69 Prozent), Polen (64 Prozent) und Ungarn (63 Prozent) am deutlichsten (Abbildung 5).

Die Wahrnehmung des Einflusses der EU auf die nationalen Gesellschaften ist im Durchschnitt aller Länder etwas negativer. 49 Prozent der Befragten nehmen den Einfluss der EU als sehr oder eher positiv auf die jeweilige Gesellschaft wahr, während nur 21 Prozent ihn als eher oder sehr negativ wahrnehmen. Dieser Trend zeigt sich für alle untersuchten Länder. In Tschechien ist die negative Bewertung des EU-Beitritts auf die Gesellschaft dabei am höchsten (30 Prozent) (Abbildung 6).

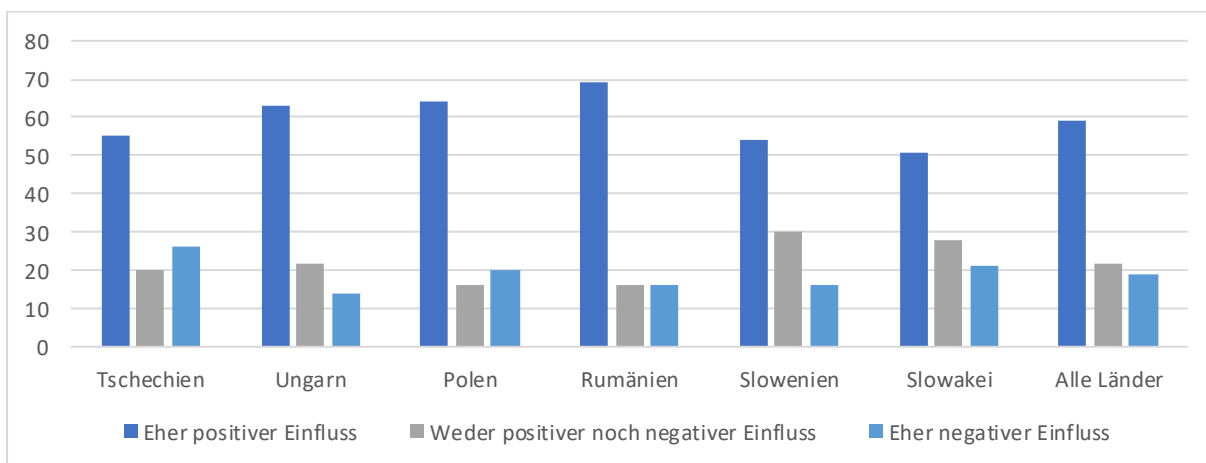
Wenn diese grundsätzlich positive Bewertung der europäischen Integration in allen sechs Ländern darauf zurückzuführen wäre, dass sich eine Mehrheit der Befragten als Gewinner:innen der Europäisierung sieht, würde dies die Cleavage-These stützen. Es zeigt sich jedoch, dass weniger Befragte die Auswirkungen der europäischen Integration auf die persönliche wirtschaftliche Situation positiv bewerten, als es mit Blick auf die nationale Wirtschaft und Gesellschaft der Fall ist. In allen sechs Ländern zusammengenommen bewerten 41 Prozent den Effekt sehr oder eher positiv, 41 Prozent weder positiv noch negativ und 19 Prozent sehr oder eher negativ. Nur in Polen schätzt eine relative Mehrheit von 48 Prozent und in Rumänien eine absolute Mehrheit der Befragten (51 Prozent) die Auswirkungen der europäischen Integration auf die persönliche wirtschaftliche Situation als sehr oder eher positiv ein (Abbildung 7). In beiden Ländern liegt dies jedoch unter dem Anteil der Befragten, die die Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf die wirtschaftliche Situation der Länder positiv bewerten.

Wenn man die Befragten in ebendiese Gruppen aufteilt (41 Prozent Gewinner:innen und 19 Prozent Verlierer:innen), wird eine Spaltung der Gesellschaften sichtbar: Von den Gewinner:innen bewerten 77 Prozent den Einfluss des EU-Beitritts auf die Gesellschaft positiv und 86 Prozent von ihnen attestieren einen positiven Effekt auf die nationale Wirtschaft. Die Verlierer:innen sagen das Gegenteil: Nur 25 Prozent denken, dass der EU-Beitritt von Vorteil für die nationale Wirtschaft war und lediglich 15 Prozent sehen durch ihn einen positiven Effekt auf die nationale Gesellschaft. Darüber hinaus haben die Gewinner:innen deutlich höhere Zustimmungswerte als die Verlierer:innen zu Werten wie Pluralismus (35 Prozent der Verlierer:in-

nen lehnen den Pluralismus ab, aber nur 25 Prozent der Gewinner:innen), individuelle Freiheitsrechte (35/26 Prozent) und der Aufnahme von Geflüchteten (57/29 Prozent). Bei anderen Werten ließen sich hingegen keine signifikanten Unterschiede feststellen (Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenrechte, Meinungs- und Pressefreiheit, Nichtdiskriminierung und Geschlechtergleichheit).

Hierbei sei noch einmal darauf hingewiesen, dass 41 Prozent der Befragten sich weder als Gewinner:innen noch als Verlierer:innen der Europäisierung sehen. Die oben beschriebene Spaltung ist also weniger stark, als sie auf den ersten Blick erscheint. Mit der Tendenz der Regierungen, in einigen der befragten Staaten den Verlauf der europäischen Integration grundsätzlich zu kritisieren oder gar eine Kampagne gegen die EU zu führen, finden diese starken Anklang unter den wirtschaftlichen Verlierer:innen der europäischen Integration. Gesamtgesellschaftlich betrachtet wird die EU-Integration jedoch nach wie vor von einer Mehrheit als eine Kraft des „Guten“ in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht wahrgenommen. Nur eine Minderheit bewertet die Auswirkungen der europäischen Integration negativ.

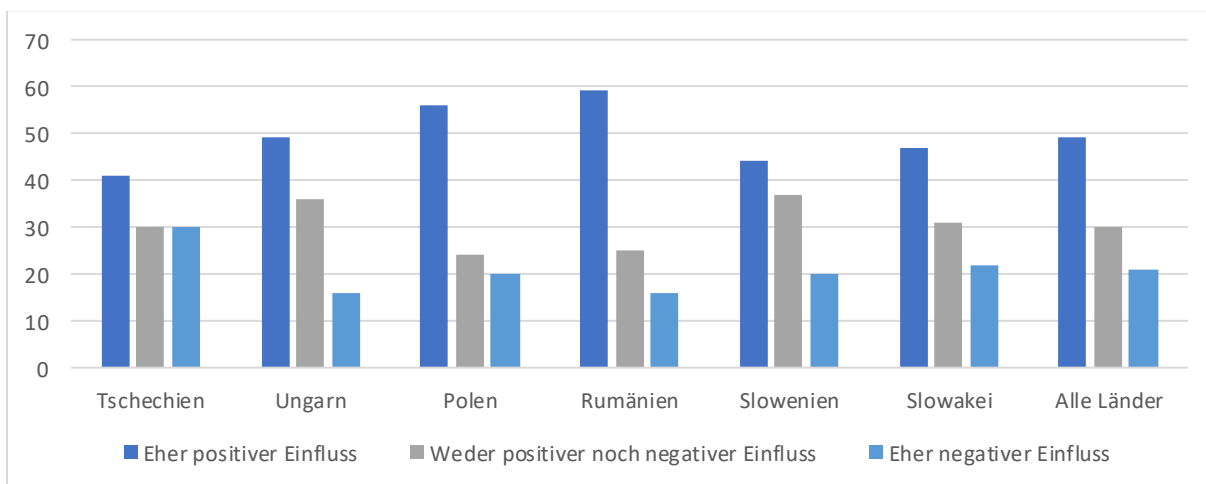
**Abbildung 5: Bewertung der Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf nationale Wirtschaft (in Prozent)**



Frage: Inwiefern stimmen Sie der folgenden Aussage zu: „Mein Land hat wirtschaftlich von der EU-Mitgliedschaft profitiert.“

Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung. Daten sind gewichtet und fehlende Antworten ausgenommen.

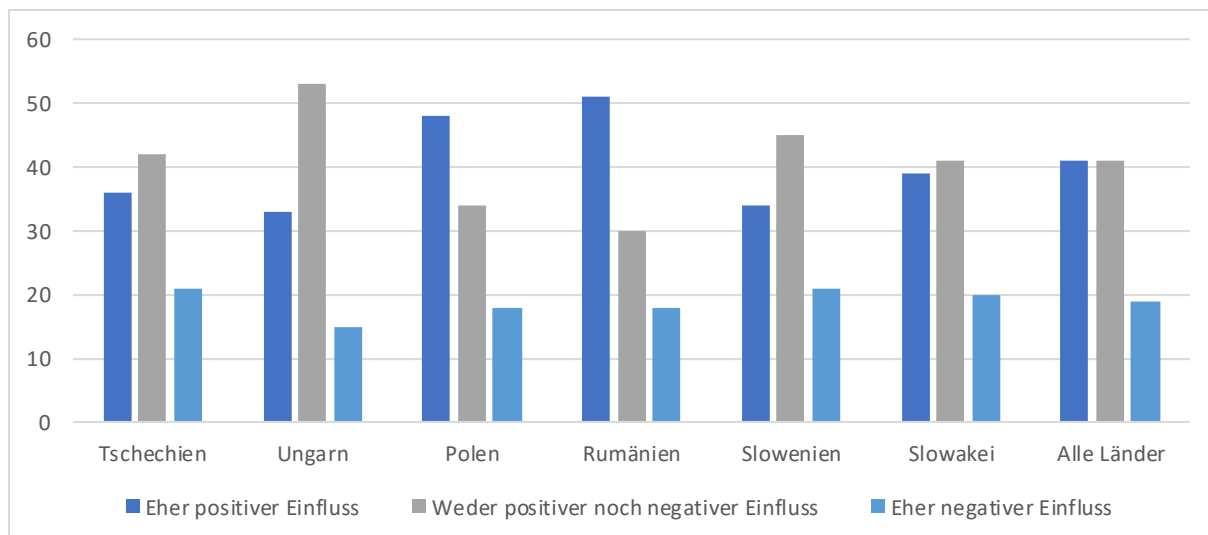
**Abbildung 6: Bewertung der Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf nationale Gesellschaft (in Prozent)**



Frage: „Hatte die EU-Mitgliedschaft positive oder negative Auswirkungen auf die Gesellschaft in Ihrem Land (z.B. mehr oder weniger gesellschaftlicher Zusammenhalt, mehr oder weniger Freiheit)?“

Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung. Daten sind gewichtet und fehlende Antworten ausgenommen.

**Abbildung 7: Bewertung der Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf die persönliche wirtschaftliche Lage (in Prozent)**



Frage: „Hatte die EU-Mitgliedschaft Ihres Landes einen positiven oder negativen Einfluss auf Ihre persönliche wirtschaftliche Situation oder die Ihrer Familie (z.B. neue Karrieremöglichkeiten, Jobsicherheit, geringeres Einkommen, Arbeitsplatzverlust)?“

Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung. Daten sind gewichtet und fehlende Antworten ausgenommen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Spaltung zwischen Gewinner:innen und Verlierer:innen der Europäisierung zu unterschiedlichen Werteprioritäten führen kann. Es gibt eine kleine Gruppe von selbst wahrgenommenen Verlierer:innen der Europäisierung, die die Integration eindeutig negativ bewertet und gleichzeitig die europäischen Werte ablehnt. Die gezielte Ansprache dieser Gruppe mit Maßnahmen, welche die negativen Effekte der Europäisierung abmildern, birgt das Potenzial, die Unterstützung für europäische Werte in MOE zu erhöhen. Es liegt jedoch außerhalb des Rahmens dieser Studie spezifische Maßnahmen zu definieren, die notwendig sind, um dies zu erreichen. Rund 80 Prozent der Befragten, die angeben in wirtschaftlicher Hinsicht von der europäischen Integration profitiert zu haben, neigen dazu, deren Auswirkungen auf die nationale Wirtschaft und Gesellschaft positiv zu bewerten. Daraus ergibt sich eine überwältigende Zustimmung zur Europäisierung bei den Europäisierungsgewinner:innen.

Dass auch die Gesamtbevölkerung mit 59 Prozent die wirtschaftlichen Auswirkungen der europäischen Integration positiv bewertet, unterstreicht, dass ein Austritt aus der EU für keines der sechs Länder eine Option ist. Die wirtschaftliche Integration ist ein Hebel, um mit den sechs befragten Ländern Kompromisse auf EU-Ebene auszuhandeln. Die Tatsache, dass die Bewertung der Auswirkungen der EU auf die Gesellschaften weniger positiv ausfällt, zeigt, dass die Grenzen der europäischen Integration eher in anderen Politikbereichen zu finden sind, insbesondere beim Gemeinsamen Europäischen Asylsystem. Der Unterschied zwischen der positiven Bewertung der Auswirkungen der Mitgliedschaft auf die Wirtschaft einerseits und auf die Gesellschaften andererseits deutet ebenfalls auf ein eher instrumentelles Verständnis der europäischen Integration hin. Die Unterstützung bleibt so lange stabil, wie die EU-Mitgliedschaft zwar Vorteile bringt, aber keine Kosten verursacht. Dies ist keine stabile Basis der Solidarität innerhalb der EU.

*Begrenzter Anti-Liberalismus: Klare Mehrheit bereit, von der EU zu lernen*

**These 3:** *Europäische Werte werden von den Gesamtbevölkerungen in MOE abgelehnt, weil sie mit der Implementierung des kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Liberalismus in ihren Ländern nach 1989 negative Folgen assoziieren. Wahlsiege autoritär-populistischer Parteien sind durch deren erfolgreiche Gegennarrative zum Liberalismus und deren Unterstützung der Bevölkerung zu erklären.*

Um die Anti-Liberalismus-These zu bestätigen, müsste eine Mehrheit der Bevölkerungen der MOE-Länder den kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Liberalismus ablehnen.

Wenn die Befragten nach ihren Antworten in kulturell, politisch und wirtschaftlich Liberale und Anti-Liberale aufgeteilt werden, ergibt sich folgendes Bild: Lediglich knapp 13 Prozent der Befragten haben eine geschlossen *politisch* illiberale Haltung, das heißt sie lehnen Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und die Pressefreiheit größtenteils ab. 47 Prozent können als durchweg politisch liberal bezeichnet werden. Die restlichen Befragten gaben in dieser Hinsicht teils widersprüchliche Antworten. Sie befürworteten beispielsweise den Rechtsstaat, aber sprachen sich für Einschränkungen der Pressefreiheit aus. Sie fielen somit in keine der beiden Kategorien.

Als *kulturell* illiberal können diejenigen bezeichnet werden, die Nichtdiskriminierung, Geschlechtergleichheit, Gleichbehandlung der Religionen, individuelle Freiheitsrechte und Minderheitenrechte ablehnen. Sie machen gut 7 Prozent der Befragten unserer Umfrage aus, wohingegen gut 36 Prozent kulturell durchweg liberal eingestellt sind. Die restlichen Befragten gaben auch hier teils widersprüchliche Antworten. Sie befürworteten zum Beispiel die Geschlechtergleichheit, lehnten aber die Gleichbehandlung der Religionen ab und fallen deswegen in keine der beiden Kategorien.

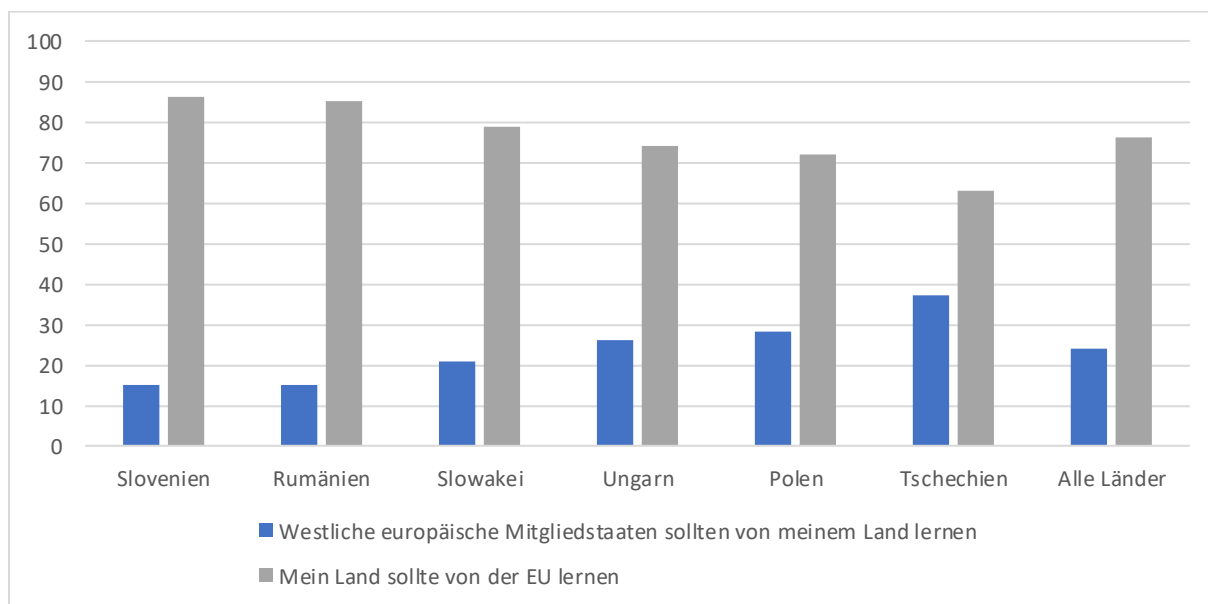
Beim *wirtschaftlichen* Liberalismus dreht sich der Trend um: Gut 62 Prozent der Befragten lehnen die von uns abgefragten Komponenten des Wirtschaftsliberalismus ab und sind damit wirtschaftlich antiliberal eingestellt. Nur knapp 19 Prozent befürworten diese Komponenten (Notwendigkeit von Einkommensunterschieden, um Leistungsanreize zu setzen und Ablehnung starken staatlichen Eingreifens in die Wirtschaft) und lassen sich damit als wirtschaftsliberal klassifizieren.

Es zeigt sich also, dass nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung der MOE-Länder kulturell und politisch ausdrücklich illiberale Einstellungen hegt, was der Anti-Liberalismus-These stark widerspricht. Lediglich zum wirtschaftlichen Liberalismus hat eine Mehrheit eine negative Meinung. Unter der Annahme der Anti-Liberalismus-These müsste diese Gruppe der EU gegenüber sehr negativ eingestellt sein, da sie mit ihr eine offene und schutzlose nationale Wirtschaft in Verbindung bringt und sie für den Verfall des Sozialstaates verantwortlich macht. Das Gegenteil ist allerdings der Fall: In unserer Umfrage zeigt sich, dass die Menschen, die wirtschaftlich antiliberal eingestellt sind, den EU-Beitritt ihres Landes und seine Effekte auf Wirtschaft und Gesellschaft sehr positiv beurteilen. Sie stehen vielen EU-Werten zudem deutlich positiver gegenüber, als diejenigen mit wirtschaftsliberalen Einstellungen. So lehnen nur 7 Prozent von ihnen die Gleichheit der Geschlechter ab, während 27 Prozent der Wirtschaftsliberalen dies tun und lediglich 10 Prozent von ihnen wollen die Pressefreiheit einschränken, was von 26 Prozent der Wirtschaftsliberalen befürwortet wird. Auch dies steht in fundamentalem Gegensatz zur Anti-Liberalismus-These und bietet Spielraum für die EU: Wenn sie sich für eine aktive Sozialpolitik einsetzt, wird dies bei großen Teilen der Bevölkerung der MOE-Länder auf Zustimmung treffen und könnte das Ansehen der EU und ihrer Werte potenziell erhöhen.

Es sind die politisch und kulturell Liberalen zusammen mit den wirtschaftlich Antiliberalen die die EU-Werte und den Einfluss der EU als äußerst positiv bewerten. Damit spiegeln sie auch

den allgemeinen Trend in den Gesellschaften der MOE-Länder wider. Große Teile der Gesamtbevölkerung der Region unterstützen die EU-Integration und verweisen auf deren positive Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft (Abbildung 5 und 6) sowie auf ihre persönliche wirtschaftliche Situation (Abbildung 7). Eine überwältigende Mehrheit lehnt Eingriffe in die EU-Werte, wie in die Meinungs- und Pressefreiheit oder die Antidiskriminierungsgesetzgebung, ab. 76 Prozent sagen sogar, dass ihr Land von der EU lernen sollte (Abbildung 8), selbst in Ungarn sind es 74 Prozent. Dies steht in starkem Gegensatz zur Aussage Viktor Orbáns, dass es heute ein alternatives Gesellschaftsmodell in MOE gäbe, von dem das restliche Europa lernen müsste. Eine Mehrheit der Befragten will, dass die EU die individuelle Freiheit (58 Prozent) und die Demokratie (61 Prozent) in ihrem Land stärker schützt. Nur etwa 20 Prozent der Befragten in den sechs Ländern denken, dass der EU-Beitritt ihre persönliche Situation und die ihres Landes verschlechtert hat.

**Abbildung 8: Von der EU lernen? (in Prozent)**



Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung. Daten sind gewichtet und fehlende Antworten ausgenommen.

Die Anti-Liberalismus-These trifft also nicht auf die Gesamtgesellschaften der MOE-Länder zu. Lediglich mit Blick auf die Menschen, die die Auswirkungen der EU auf ihre Gesellschaft, Wirtschaft und persönliche Situation negativ bewerten, kann ein Zusammenhang festgestellt werden, da sie auch die Werte der EU eher ablehnen. Sie nennen Toleranz, Nichtdiskriminierung und Demokratie seltener als wichtigste Werte als diejenigen, die den EU-Beitritt für einen Erfolg halten. Sie lehnen Pluralismus, individuelle Freiheitsrechte und Migration viel stärker ab und sind eher der Meinung, dass das Christentum in ihrem Land eine privilegierte Stellung gegenüber anderen Religionen haben sollte. Sie sind auch eher der Meinung, dass die Gleichstellung der Geschlechter die Traditionen untergräbt und dass die EU Freiheit und Demokratie in ihrem Land nicht unterstützen sollte. Für diese Gruppe, der jedoch lediglich knapp 10 Prozent der Befragten angehören, scheint die Ablehnung der EU-Werte daher eine Gegenreaktion auf die liberale Transformation nach 1989 und ihre Folgen zu sein und die Anti-Liberalismus-These in diesem Fall zu bestätigen.



*Strategischer Populismus: Anti-EU-Elitismus basiert nicht auf den Präferenzen der Bürger:innen*

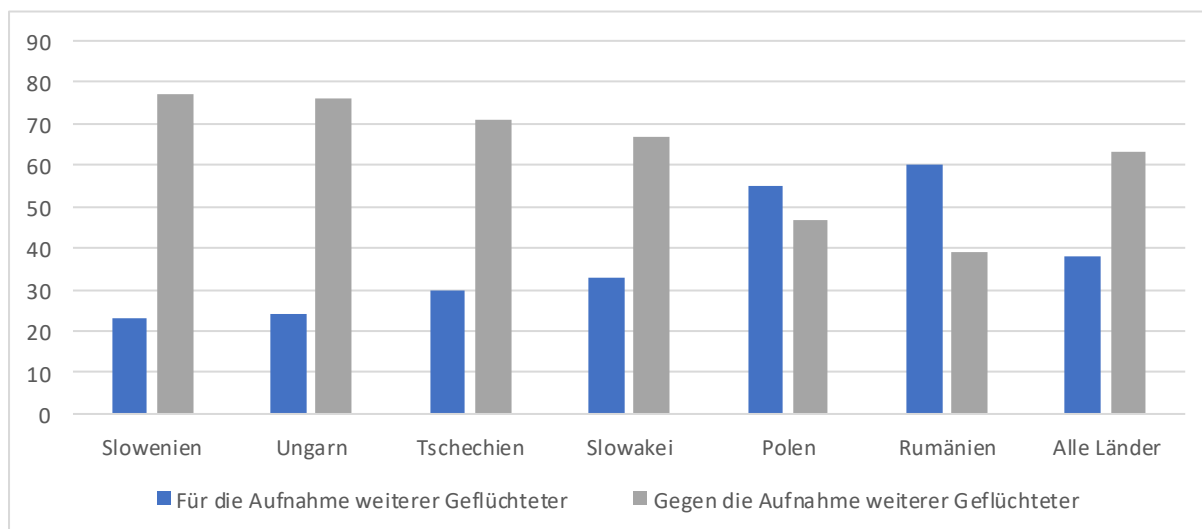
**These 4:** Die populistische Politik einiger Regierungen und Parteien in den untersuchten Ländern, die illiberale und autoritäre Tendenzen aufweist, ist eine Strategie der Machtsicherung einer führenden Persönlichkeit oder Partei, die nicht mit den Werten der Bürger:innen korrespondiert.

Die überwältigende Unterstützung für die europäische Integration und die große Unterstützung für die meisten EU-Werte in allen sechs Ländern stützt die These des strategischen Populismus, welche davon ausgeht, dass illiberale Positionen einiger MOE-Regierungen nicht die Interessen der Bürger:innen repräsentieren. Regierungen agieren in erster Linie als rationale Akteure, die ihr eigenes Interesse an Machterhalt und „rent-seeking“ maximieren. Populistische Regierungen behaupten, dass sie die Interessen des Volkes vertreten würden.

Indem sie „Brüssel“ als Reinkarnation einer „Elite“ konstruieren, vertreten illiberale Regierungen der MOE-Länder nicht einen nur begrenzt zu findenden Europaskeptizismus der Bürger:innen, sondern sie nutzen ihre populistische Rhetorik aus strategischen Gründen, um politische Gegner:innen, die die europäische Integration unterstützen, zu diskreditieren. Die rhetorische Ausgrenzung bestimmter Mitglieder der Gesellschaft korrespondiert nur mit einem eher geringen Anteil der Werte der Befragten, die Werte wie Pluralismus, Minderheitenrechte und Antidiskriminierungsmaßnahmen ablehnen. Die Strategie, Ausländer:innen und insbesondere Geflüchtete anzufeuern, stimmt jedoch mit der Ansicht einer Mehrheit der Befragten in Tschechien, Ungarn, Slowenien und der Slowakei überein (Abbildung 9). In Polen und Rumänien sind dagegen Mehrheiten von 55 Prozent und 60 Prozent der Befragten der Meinung, dass mehr Geflüchtete kommen sollen dürfen.

Die Tatsache, dass Unterschiede zwischen den Wertepreferenzen der Regierungen und der Bürger:innen in den MOE-Ländern bestehen, ist entscheidend, um gezielte Maßnahmen zur Begegnung autokratischer Entwicklungen besser zu ergreifen. In einigen Politikbereichen, wie z.B. der Migrationspolitik, ist die Ablehnung von europäischen Maßnahmen durch die MOE-Bürger:innen zu berücksichtigen, während in anderen Politikbereichen, wie z.B. dem gemeinsamen Binnenmarkt, die Regierungen der Länder in MOE die Unterstützung ihrer Bürger:innen verlieren würden, wenn sie die Vorteile der europäischen Integration aufs Spiel setzten. Daher ist die wirtschaftliche Integration ein starker Hebel, um Kompromisse in der EU-Entscheidungsfindung zu erleichtern, der bisher nicht ausreichend genutzt wurde.

**Abbildung 9: Einstellung zu Asylpolitik (in Prozent)**



Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung. Daten sind gewichtet und fehlende Antworten ausgenommen.

### Zusammenfassung und mögliche Erklärungsansätze

Die Analyse der Entwicklungen in den sechs untersuchten Ländern, sowie das Testen der hier aufgestellten Thesen hinterlassen zunächst offene Fragen. Die größte Ablehnung eines liberalen europäischen Wertes erfährt die Aufnahme von Geflüchteten, die im Durchschnitt 63 Prozent der Befragten ablehnen. Die Gleichbehandlung der Religionen wird von 29 Prozent der Befragten in Frage gestellt, was weit von einer Mehrheit entfernt ist. Alle anderen von uns abgefragten liberalen europäischen Werte werden nur von ca. 15-25 Prozent der Befragten abgelehnt, was die Frage aufwirft, inwiefern überhaupt eine Wertedivergenz bei den MOE-Ländern zu den Werten nach Art. 2 EUV besteht. Eine Mehrheit lehnt diese zumindest nicht explizit ab, sondern befürwortet sie oder hat keine explizite Meinung zu ihnen. Vor allem bleibt die Frage im Raum, wie unter diesen Umständen in Ländern wie Ungarn, Polen und Slowenien illiberale Regierungen an die Macht kommen konnten, die teils offen die Werte der EU missachten.

Um dieses Phänomen zu erklären, bietet die These vom strategischen Populismus enormes Erklärungspotenzial. Sie zeigt, dass die illiberalen Positionen einiger Regierungen nicht mit den Wertepräferenzen der Bevölkerung übereinstimmen. Vielmehr dient die autoritär-populistische Rhetorik der Mobilisierung der Anhängerschaft (die jedoch keine Mehrheit der Bevölkerung darstellt). Diese setzt sich vor allem aus selbst wahrgenommenen Verlierer:innen der Europäisierung (Cleavage-These), Menschen mit geringen Bildungsabschlüssen (These vom Wertewandel) und kulturell sowie politisch illiberal und wirtschaftlich liberal eingestellten Minderheiten der Bevölkerung (Anti-Liberalismus-These) zusammen.

Durch das Aufbauen gezielter Freund-Feind-Schemata, das Ausnutzen vorhandener Unzufriedenheit und der damit verbundenen Inszenierung großer kohärenter politischer Narrative haben es in einigen Staaten Regierungen an die Macht geschafft, deren Wertevorstellungen von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt werden. In Ungarn und Polen haben diese Regierungen im Anschluss angefangen, die Mechanismen des Rechtsstaates, die Unabhängigkeit der Justiz und die Pressefreiheit Stück für Stück einzuschränken, um so ihren Machterhalt auf Dauer zu sichern. Um dieser illiberalen Politik entgegenzuwirken, gibt das folgende Kapitel auf unseren Ergebnissen basierende Handlungsempfehlungen für die deutsche Europapolitik.

#### Exkurs: Wertepräferenzen und die Rolle des Gender-Aspekts:

Wie andere Studien belegen, gibt es einen leichten Geschlechterunterschied bei autoritären Einstellungen (Norris/Inglehardt 2019: 113), geschlossen manifest-rechtsextremen Einstellungen (Decker/Brähler 2020) und bei der Neigung autoritär-populistische Parteien zu wählen (Spierings/Zaslo 2017). Männer neigen eher als Frauen dazu, illiberale oder rechtsextreme Einstellungen zu vertreten und ihre Wahlentscheidung dementsprechend zu treffen. Diese Befunde lassen vermuten, dass Frauen den in dieser Studie untersuchten liberalen Werten positiver gegenüber eingestellt sind, als Männer.

Doch unsere Umfrageergebnisse zeichnen hier kein einheitliches Bild. Bezogen auf manche liberale Werte wie Rechtsstaatlichkeit oder Religionsfreiheit sind Frauen leicht liberaler eingestellt, als Männer. Bei anderen Werten, wie Pluralismus, Individualismus, Meinungsfreiheit oder Asylrecht, haben Männer wiederum eine leicht liberalere Einstellung, als Frauen. Die Unterschiede liegen hier jedoch jeweils im unteren einstelligen Prozentbereich und sind daher nicht wirklich aussagekräftig. Lediglich bei der Befürwortung der Anti-Diskriminierungsgesetzgebung gibt es einen signifikanten Unterschied: Während 49 Prozent der Frauen diese für notwendig halten, sind es bei den Männern nur 39 Prozent. Dies lässt sich leicht mit der Beobachtung erklären, dass fast die Hälfte der befragten Frauen eine Ungleichbehandlung der Geschlechter in ihrem Land ausmacht und immerhin 40 Prozent keinen ausreichenden Schutz

vor Diskriminierung sehen. Bei den Männern liegen diese Zahlen mit 26 und 32 Prozent deutlich niedriger.

Männer sind generell etwas zufriedener mit dem Status Quo in Sachen soziale Gerechtigkeit, Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, sowie der erwähnten Geschlechtergerechtigkeit und dem Schutz vor Diskriminierung. 27 Prozent der Männer geben an, dass die EU von ihrem Land lernen muss, während nur 21 Prozent der Frauen auch dieser Meinung sind. Hingegen sehen Männer den generell positiv empfundenen Effekt des EU-Beitritts ihres Landes auf Wirtschaft, Gesellschaft und persönliche Situation noch etwas positiver als Frauen. Dies kann jedoch auch damit erklärt werden, dass Frauen deutlich häufiger die neutrale Antwortoption wählten. Zusammenfassend lassen sich im Gegensatz zum Bildungsstand aus einer gesonderten Betrachtung der Rolle der Geschlechter keine signifikanten Rückschlüsse für die vorliegende Studie ziehen.

## 5. Politikempfehlungen

Die Bekämpfung von Demokratieabbau und Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit müssen eine Priorität der neuen Bundesregierung und der EU sein. Während das Ausmaß illiberaler und EU-feindlicher Tendenzen in der Region nicht einheitlich ist, hat die Situation in Ungarn und Polen angesichts des fortschreitenden Abbaus des Rechtsstaates bereits einen Scheidepunkt erreicht. Die Ergebnisse der Studie zeigen zudem, dass sich die Wertepräferenzen in der Region in den nächsten Jahren nicht automatisch angleichen werden. Die Unterstützung illiberaler Kräfte in der Region stützt sich zum einen auf einen Kern von ca. 20 Prozent der Bevölkerung, die sich als Europäisierungsverlierer:innen verstehen. Zum anderen hat die jüngere Generation keine liberaleren Wertepräferenzen als ältere Generationen. Unterschiedliche Wertepräferenzen sind deshalb kein temporäres Problem, das europäische Entscheidungstragende aussitzen können.

Besondere Relevanz für europäische Entscheidungstragende hat zudem die hohe Erklärungskraft der These des strategischen Populismus: Insbesondere die Regierungen in Ungarn, Polen und Slowenien nutzen „Brüssel“ als Feindbild für den innenpolitischen Diskurs und setzen sich als Veto-Spieler zum Schutz nationaler Souveränität in Szene. Dies beeinträchtigt europäische Entscheidungsprozesse und stellt den Zusammenhalt der EU sowie ihre innere und äußere Handlungsfähigkeit in Frage. Der politische Kalender zeigt, wie dringlich sofortiges Handeln ist: Kurz nach den Europawahlen im Frühjahr 2024 werden Ungarn und Polen die EU-Ratspräsidentschaften in der zweiten Hälfte des Jahres 2024 und in der ersten Hälfte des Jahres 2025 innehaben. Dies birgt das Risiko, dass Gesetzgebungsprozesse für ein ganzes Jahr beeinträchtigt, wenn nicht gar komplett unterbrochen werden – und das zu einem Zeitpunkt, an dem nach den Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 eine neue EU-Führung das Ruder übernehmen wird.

Im Lichte unserer Forschungsergebnisse empfehlen wir eine Reihe von präventiven und korrektiven Maßnahmen mit dem Ziel, schnelles und effizientes Handeln in Konfliktbereichen, aber auch ein stärkeres Engagement in kooperativen Bereichen zu demonstrieren. Die hier vorgeschlagene Toolbox knüpft an bestehende Mechanismen zur Demokratisierung und Ahndung von Rechtsstaatsverletzungen an. Da die vorliegende Studie aber ihren Schwerpunkt auf den Aspekt einer möglichen Wertedivergenz legt, soll der Blick geweitet und neben der juristischen und politischen, auch die ökonomische und zivilgesellschaftliche Dimension abgebildet werden.

### *Den Instrumentenkasten zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit voll ausschöpfen*

Eine Politik gegenüber strategischen Populist:innen muss mit Klarheit, Stringenz und Durchsetzungsvermögen vorgetragen werden. Wie unsere Umfrageergebnisse zeigen, hat eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerungen der untersuchten Staaten ein positives Bild von der EU. 76 Prozent sagen gar, dass ihr Land von der EU zu lernen habe und knapp zwei Drittel der Befragten wünschen sich ein stärkeres Engagement der EU in ihrem Land, um Freiheit und Demokratie zu unterstützen. Die Konstruktion von „Brüssel“ als Feindbild findet daher nur geringen Anklang bei der Bevölkerung. Die EU kann und sollte deshalb stärker in den Konflikt mit besagten Regierungen gehen und sie so innenpolitisch unter Druck setzen. Die Bundesregierung sollte darauf drängen, dass alle bereits existierenden Mechanismen wie etwa Art. 7 EUV oder der Rahmen zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips in vollem Umfang ausgenutzt werden, um systemischen Bedrohungen für die Rechtsstaatlichkeit in einzelnen Mitgliedstaaten effektiv zu begegnen.

Insbesondere Art. 7 EUV sollte Anwendung finden, selbst wenn in der Praxis der Entzug der Stimmrechte unwahrscheinlich ist, da es der gegenseitige Schutz von Ungarn und Polen unmöglich macht, im Rat Einstimmigkeit für solche Maßnahmen zu erzielen. Die Feststellung des Risikos eines schwerwiegenden Verstoßes hätte dennoch einen hohen symbolischen Wert und würde ein starkes politisches Signal aussenden, dass die restlichen 25 Mitgliedstaaten den Demokratieabbau in beiden Ländern missbilligen. Dies ist insbesondere deshalb wichtig, weil die Inaktivität des Rates in den Verfahren gegen Polen und Ungarn immer mehr die Glaubwürdigkeit der EU nach innen und nach außen belastet.

Neben diesen politischen Instrumenten sollte die Kommission wo möglich das juristische Instrument des Vertragsverletzungsverfahrens voll ausnutzen. Die Kommission hat dies im Falle Ungarns und Polens bereits erfolgreich getan. Bei Weigerung, die Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) umzusetzen, sollte die Kommission zudem weiter ermutigt werden, dem EuGH vorzuschlagen, Strafzahlungen zu verhängen, da dies in der Praxis aktuell nur selten passiert. Im Falle des EuGH-Urteils zu den polnischen Justizreformen wurde dies bereits umgesetzt. Allerdings sollten Entscheidungstragende vor der politischen Verantwortung nicht zurückschrecken und die Rolle des EuGHs nicht überstrapazieren, da dies langfristig zu einer legitimatorischen Belastung für den EuGH führen würde. Im Kern bleibt die Frage der Rechtsstaatlichkeit in der EU auch ein politisches Problem, das sich kaum rein juristisch lösen lassen wird.

#### *Rechtsstaatlichkeitskonditionalität implementieren und für die Zukunft schärfen*

Neben Art. 7 EUV und dem juristischen Instrument des Vertragsverletzungsverfahrens bieten insbesondere die wirtschaftlichen Interessen strategischer Populisten der Bundesregierung einen Hebel, um Einfluss zu nehmen. In allen hier untersuchten MOE-Ländern gibt es eine breite gesellschaftliche Anerkennung für den positiven Einfluss der EU auf die jeweilige Volkswirtschaft. Fördermittel aus den Struktur-, Kohäsions- und Agrarfonds der EU sind ein wichtiger Faktor für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und wirtschaftliche Konvergenz in der Region. Folglich ist der mit dem neuen MFR 2021-2027 und dem NextGenerationEU Wiederaufbaufonds verabschiedete Rechtsstaatsmechanismus ein zentrales Instrument der EU, um Demokratieabbau und Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit zu ahnden. Der Mechanismus greift bei bestimmten Verstößen, die direkt mit dem EU-Haushalt in Verbindung zu bringen sind, um vor Missbrauch zu schützen und die finanziellen Interessen der EU zu bewahren. Die Bundesregierung sollte mit anderen gleichgesinnten Mitgliedstaaten deutlich machen, dass sie gewillt ist, den Mechanismus entschieden anzuwenden. Gleichzeitig sollte sie schon jetzt einen Dialog zur Schärfung des Mechanismus für die zukünftige Haushaltsperiode initiieren.

#### *Rechtsstaatlichkeit als Priorität auf der EU-Agenda verankern*

Das Problem des Demokratieabbaus insbesondere in Polen und Ungarn gewinnt in der Öffentlichkeit zunehmend an Aufmerksamkeit. Immer mehr wird deutlich, dass die Einschränkung von Rechtsstaatlichkeit die gesamte EU betrifft und keine rein nationale Angelegenheit ist. Die Bundesregierung sollte sich deshalb proaktiv dafür einsetzen, dass der Schutz der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit auch zum ständigen Thema auf der politischen Agenda der EU wird. Der Rechtsstaatlichkeitsbericht der Kommission ist ein erster wichtiger Schritt für einen ständigen Dialog, um die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit im Rat zu diskutieren und dadurch Demokratieabbau zu verhindern. Eine Evaluierung des Instruments, das 2020 eingeführt wurde, sollte rasch erfolgen. Insbesondere länderspezifische Empfehlungen sollten Teil der Berichte werden. Zudem sollte die Evaluierung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten langfristig von einer unabhängigen Agentur durchgeführt werden, um den Vorwurf der

Politisierung und doppelten Standards zu entkräften. Es sollte zusätzlich geprüft werden, ob die Berichte an Strafmaßnahmen gekoppelt werden können.

Generell sollte die Bundesregierung noch enger mit gleichgesinnten Mitgliedstaaten zusammenarbeiten und die Gruppe der „Friends of the Rule of Law“ stärker institutionalisieren. Zudem sollte sie gemeinsam mit ihren Partnern die offene Auseinandersetzung mit betroffenen Regierungen sowohl auf europäischer Ebene, als auch in den bilateralen Beziehungen suchen, wenn Risiken des Demokratieabbaus erkennbar werden. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass eine Regierung verfassungsändernde Maßnahmen in den Bereichen der Meinungs- und Pressefreiheit, des Parteien- und Wahlrechts und der Unabhängigkeit der Justiz unternimmt. Wo möglich sollten auch die Kanäle über die europäischen Parteienfamilien genutzt werden, um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit immer wieder zu thematisieren und gegen Verletzungen in diesem Bereich vorgehen zu können. Dies sendet auch ein wichtiges Signal der Solidarität an die proeuropäische Zivilgesellschaft in der Region aus, dass sie in ihrem Kampf gegen Demokratieabbau nicht auf sich alleine gestellt ist.

### *Blockaden verhindern, die Potenziale des Lissabon-Vertrages ausnutzen*

Ein weiteres politisches Instrument gegen strategische Populist:innen ist die Nutzung der Potenziale der differenzierten Integration: Angesichts der zunehmenden Polarisierung zwischen den Mitgliedstaaten in Fragen, die mit Wertpräferenzen zusammenhängen, wie bei der Migration, besteht ein wachsendes Risiko einer institutionellen Blockade. Die Bundesregierung sollte daher aktiv Initiativen vorantreiben, um den institutionellen Rahmen der EU widerstandsfähiger zu machen und dabei die Bestimmungen des Lissabon-Vertrags voll ausschöpfen. Dazu gehören die Ausweitung der qualifizierten Mehrheitsentscheidung in der Außenpolitik oder die vermehrte Anwendung des Instruments der verstärkten Zusammenarbeit als flexible Form der vertragsgestützten Kooperation. Solche Initiativen sollten jedoch mit großer Vorsicht eingesetzt werden, da sie neben einer verstärkten Integration auch zentrifugale Kräfte entwickeln können, mit denen bestehende Gräben vertieft werden können.

Unsere Umfrage zeigt eine überwältigende Unterstützung für die wirtschaftliche Integration seitens der Bevölkerung. Da die MOE-Länder in hohem Maße von den wirtschaftlichen Vorteilen des gemeinsamen Marktes abhängig sind, bietet die differenzierte Integration in bestimmten Politikfeldern, insbesondere bei Fragen des Binnenmarktes, einen Hebel, um Kompromisse mit den MOE-Ländern zu erreichen und notwendige Reformen in diesen Ländern zu forcieren. Im Bereich der Migration taugt differenzierte Integration nicht als Druckmittel, da die Gesellschaften in MOE die Positionen ihrer Regierungen unterstützen und ebenfalls skeptisch gegenüber der Aufnahme von Geflüchteten sind.

### *Wirtschaftliche Potenziale nutzen*

Von allen in dieser Studie untersuchten Ländern ist Deutschland, teils mit großem Abstand, der wichtigste Handelspartner. Deutsche Unternehmen haben durch zahlreiche Investitionen tausende Arbeitsplätze in der Region geschaffen und damit einen wesentlichen Teil zum Wirtschaftswachstum der Region und guten bilateralen Beziehungen beigetragen. Diese Entwicklungen sind zu begrüßen und wo möglich zu fördern.

In Staaten wie Ungarn, in denen der Abbau des Rechtsstaates, die Unterhöhlung der Demokratie und die Einschränkungen der Pressefreiheit immer weiter voranschreiten, sollte die Abhängigkeit von deutschen Großinvestitionen als Hebel genutzt werden, um illiberalen Trends entgegenzuwirken. Vor allem große deutsche Automobilkonzerne pflegen gute Beziehungen in höchste ungarische Regierungskreise und sind mit ihren Investitionen ein wesentlicher Pfeiler der Stabilität der ungarischen Wirtschaft.

Deutsche Unternehmen tragen damit einerseits ein gewisses Maß an politischer Verantwortung und können andererseits ihre guten Beziehungen und hohen Investitionen nutzen, um sich für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in der Region einzusetzen. Die Bundesregierung sollte daher über mögliche Schritte nachdenken, deutschen Unternehmen ihren Handlungsspielraum aufzuzeigen und sie ihrer Verantwortlichkeit bewusst zu machen. Auf europäischer Ebene könnten Mechanismen etabliert werden, die Investitionen in Länder, gegen die ein Rechtsstaatlichkeitsverfahren läuft, solange erschweren, bis das Verfahren erfolgreich beendet ist.

### *Korruptionsbekämpfung in der EU zur Priorität machen*

Korruptionsbekämpfung und Rechtsstaatlichkeit sind eng miteinander verwoben. In allen hier untersuchten Ländern wird Korruption als zentrales gesellschaftliches Problem angesehen, welches das Vertrauen in politische Institutionen untergräbt. Die ungarische Regierung Orbán wird etwa beschuldigt, EU-Gelder zu missbrauchen, um ihre eigene politische Macht zu festigen.

Die Bundesregierung sollte sich deshalb auf europäischer Ebene aktiv für eine umfassende europäische Korruptionsbekämpfungsstrategie einsetzen, die als Querschnittsthema beispielsweise im Rahmen des Europäischen Semesters verankert wird. Das Mandat und die Unabhängigkeit von OLAF, das Korruptionsfälle bei der Verwendung von EU-Mitteln untersucht, sollten weiter gestärkt werden.

Der neu eingerichtete Europäische Staatsanwaltschaft, die die korrupte Verwendung von EU-Mitteln prüfen und strafrechtlich verfolgen soll, gehören aktuell nur 22 Mitgliedstaaten an. Die Bundesregierung sollte alle nicht-teilnehmenden Mitgliedstaaten, unter anderem Polen und Ungarn, dazu drängen, sich zu verpflichten.

### *Angebote schaffen: Digitale, ökologische und soziale Transformation fördern*

In den nächsten Jahren werden die MOE-Länder aufgrund der Digitalisierung, der Klimapolitik und der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie vor einer schwierigen Transformation ihrer Industrien stehen. Für Deutschland, das wirtschaftlich stark mit der Region verflochten ist, wird es entscheidend sein, die jeweiligen Länder frühzeitig in ihrer wirtschaftlichen Transformation zu unterstützen. Die Bundesregierung sollte bilaterale Partnerschaftsdialoge zu Innovation und Investitionen fördern, um die Wirtschaftsbeziehungen zu stabilisieren. Andernfalls besteht die Gefahr, dass neben der politischen Konfliktlinie über Werte und Rechtsstaatlichkeit auch die ökonomische Dimension zu einem spaltenden Thema wird.

Auch den sozialen Aspekten der neuen postindustriellen Revolution muss mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die hiermit verbundenen Kosten sollten nicht verhindern, dass notwendige Schritte in Richtung einer digitalen und kohlenstoffneutralen Wirtschaft unternommen werden. Die Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Bürger:innen müssen jedoch abgemildert werden. Die neue Transformation birgt die Chance auf weiteres Wirtschaftswachstum. Die EU muss diese Chance nutzen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Bürger:innen an dem potenziellen Wirtschaftswachstum teilhaben zu lassen. Wenn die kommende wirtschaftliche Transformation scheitert und mehr Menschen im Transformationsprozess verloren gehen, droht die Gefahr, dass die bisher noch eher kleine Gruppe der sich selbst wahrgenommenen „Europäisierungsverlierer:innen“ in der Region deutlich an Zulauf gewinnt und die postindustrielle Transformation damit zu einem Treiber einer Wertedivergenz wird. Daher sollte die Zusammenarbeit im Bereich der Klima- und Energiepolitik und der Digitalisierung sowie in der Debatte um die strategische wirtschaftliche Infrastruktur verstärkt werden.

Die Bundesregierung sollte den MOE-Ländern deshalb aktiv bilaterale und multilaterale Partnerschaftsdialoge zur Förderung von Innovation und Investitionen im Bereich der Klima- und Energiepolitik und der Digitalisierung anbieten und diese aktiv in die Debatte über die strategische Autonomie der EU mit Blick auf essentielle wirtschaftliche Infrastrukturen einbeziehen. Darüber hinaus sollte die Bundesregierung die Forderungen der MOE-Länder nach sozialer Abfederung der neuen postindustriellen Revolution anerkennen und geeignete Maßnahmen auf europäischer Ebene unterstützen. Auch sollte sie sich auf europäischer Ebene aktiv für die Weiterentwicklung einer europäischen Sozialpolitik einsetzen.

### *Zivilgesellschaft und kommunale und regionale Zusammenarbeit stärken*

Unsere Studie zeigt, dass eine überwältigende Mehrheit der Befragten, die sich als Gewinner:innen oder nicht von der Europäisierung betroffen ansehen, die Auswirkungen der europäischen Integration auf Wirtschaft und Gesellschaft positiv bewerten. Zum einen gilt es, diesen Mehrwert noch besser zu kommunizieren und damit die pro-europäische Ausrichtung der gesellschaftlichen Mehrheit in den MOE-Ländern zu stärken. Zum anderen sollten die positiven Einstellungen für die zivilgesellschaftliche sowie die kommunale und regionale Zusammenarbeit nutzbar gemacht werden. Die europäische Vernetzung und der Austausch zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie Kommunen und Regionen sollte deshalb gefördert werden, solange diese Zugänge noch möglich sind. Die Bundesregierung sollte daher explizit den Fokus auf die Förderung bilateraler und trilateraler Dialogformate, insbesondere für Jugendliche und Nachwuchsführungskräfte, legen und Kommunen und Regionen in Deutschland mit zusätzlichen Mitteln für bilaterale, grenzüberschreitende Projekte ausstatten.

Auf europäischer Ebene sollte zudem die Unterstützung für zivilgesellschaftliche Projekte in den MOE-Ländern, die die europäischen Werte in den jeweiligen Ländern verteidigen, wie von der Europäischen Kommission in einer Reihe von Aktionsplänen und dem neuen Programm „Bürger, Gleichheit, Rechte und Werte“ vorgeschlagen, weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus sollten EU-Fördermittel für zivilgesellschaftliche Organisationen unabhängig von der Bewilligung nationaler Regierungen oder anderen staatlichen Behörden verteilt werden.

### *Koalitionsbildung neu denken: Die Bildung eines euroskeptischen Blocks verhindern*

Unsere Expert:innenumfrage zeigt deutlich, dass die Regierungen Deutschland nach wie vor als zentralen europapolitischen Kooperationspartner wahrnehmen und sich ein stärkeres Engagement Deutschlands in der Region wünschen. Die Bundesregierung sollte deshalb die Initiative ergreifen und gezielt proeuropäische und die EU-Werte unterstützende Länder der Region ansprechen, um die bilateralen Beziehungen zu intensivieren. Der Erhalt und Wiederaufbau von Vertrauen sind die Basis, um die digitale und ökologische Transformation zu gestalten und der Bildung eines geeinten euroskeptischen Blocks entgegenzuwirken. Die Intensivierung der strategischen Zusammenarbeit mit diesen MOE-Ländern ist auch ein Instrument, um die Koalition der Populisten zu untergraben.

Daher sollte die Bundesregierung ihren Ansatz der Koalitionsbildung überdenken und sich aktiver in bilateralen und multilateralen Formaten engagieren, um eine stärkere Zusammenarbeit besonders im wirtschaftlichen Bereich zu forcieren. Sie sollte Initiativen starten und unterstützen, die bestehende Konfliktlinien überschreiten, z. B. unter Einbeziehung von Vertreter:innen aus dem europäischen Süden, wie Spanien oder Italien, oder aus den „Sparsamen Vier“, wie den Niederlanden oder Österreich. Hierfür sollten mehrere bi- und multilaterale Foren etabliert werden in denen unter Initiative der Bundesregierung besagte Dialoge stattfinden. Deutschland sollte sich hierbei aufgrund seiner geografischen und historischen Nähe zu den MOE-Ländern vor allem als Brückenbauer verstehen.



Solche Koalitionen können dabei helfen, glaubhaft gegenüber den von Demokratieabbau betroffenen Gesellschaften zu kommunizieren, weshalb die grundlegenden EU-Standards schützenswert sind, und dass die EU objektiv gegen jede Regierung, die das EU-Recht untergräbt, Schritte unternehmen wird. Eindringliche Erklärungen von anderen mittel- und osteuropäischen Regierungen sind ebenfalls sehr hilfreich.

### *Ein differenzierter Blick auf die Region*

Um Demokratieabbau in den MOE-Ländern effektiv entgegenwirken zu können, bedarf es maßgeschneiderter Handlungsempfehlungen. Unsere Studie zeigt, dass es sich bei den hier untersuchten Ländern nicht um einen homogenen Block handelt, sondern dass diese sehr differenziert zu betrachten sind. Eine tiefe Kenntnis der länderspezifischen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Konfigurationen sowie der handelnden Akteure ist entsprechend notwendig. Angriffe auf Rechtsstaatlichkeit und Demokratie erscheinen oft technisch im Rahmen juristischer Detailfragen und erfolgen nicht ad hoc, sondern inkrementell. Eine Intervention der Bundesregierung sollte nur bei klar vorgegebenen Kriterien erfolgen, um dem Vorwurf der politischen Parteilichkeit entgegenzuwirken. Dies ist zwar durch den Prozess von Art. 7 EUV vorgegeben, allerdings sollte die Bundesregierung bereits bei folgenden Warnsignalen tätig werden:

- Eine Regierung erreicht eine verfassungsändernde Mehrheit  
UND
- führt weitreichende Einschnitte, unter anderem durch verfassungsändernde Maßnahmen in den Bereichen der Meinungs- und Pressefreiheit, des Parteien- und Wahlrechts und der Unabhängigkeit der Justiz durch, die den Machterhalt sichern und die Rückkehr zum *Stauts quo ante* erschweren.

Mit Blick auf den unterschiedlichen Grad des Demokratieabbaus in den hier untersuchten Ländern und der Heterogenität ihrer Gesellschaften sollen in der Folge einige länderspezifische Handlungsempfehlungen präsentiert werden:

### *Ungarn*

In Ungarn ist die Aushöhlung der Demokratie am weitesten fortgeschritten: Die Regierung Orbán hat den Staat seit 2010 so massiv umgebaut, sodass er nicht mehr den Kriterien einer funktionierenden Demokratie entspricht.

- Die Bundesregierung sollte darauf drängen, dass das gegenüber Ungarn anhängige Verfahren gemäß Art. 7 EUV im Rat prioritär diskutiert und abgeschlossen wird, selbst wenn in der Praxis Strafmaßnahmen sehr unwahrscheinlich sind. Dennoch hat die Anwendung des Verfahrens einen hohen symbolischen Wert und würde ein starkes politisches Signal aussenden, dass die EU den Demokratieabbau in Ungarn nicht billigt. Der nationale Wiederaufbauplan sollte von der Kommission nur dann bewilligt werden, wenn die ungarische Regierung konkrete Maßnahmen eingeleitet hat, um Korruption zu bekämpfen und die richterliche Unabhängigkeit zu garantieren.
- Da die Regierung Orbán sehr abhängig von EU-Fördermitteln ist, sollte die Bundesregierung auf eine rasche Implementierung des im Rahmen des neuen Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 und des NextGenerationEU Wiederaufbaufonds verabschiedeten Rechtsstaatsmechanismus drängen. Darüber hinaus sollte die Bundesregierung mit anderen gleichgesinnten Mitgliedsstaaten deutlich machen, dass sie gewillt ist, den Mechanismus anzuwenden und in der Zukunft weiter zu verschärfen.

- Die Bundesregierung sollte die Themen „Demokratie“ und „Rechtsstaatlichkeit“ permanent auf der bilateralen Agenda der beiden Länder thematisieren. Zudem sollte sie deutsche Unternehmen (z.B. die Automobilindustrie), die in Ungarn investieren und wichtige Pfeiler der ungarischen Volkswirtschaft geworden sind, für die aktuelle Situation in Ungarn und die Bedeutung rechtsstaatlicher Standards und der Unabhängigkeit staatlicher Institutionen sensibilisieren sowie auf damit einhergehenden unternehmerischen Risiken und Verantwortlichkeiten hinweisen.

### Polen

Die polnische Regierung orientiert sich beim Umbau des politischen Systems stark am Vorbild Ungarn. Die bereits akuten Probleme in Sachen Rechtsstaatlichkeit, Machtkonzentration oder Pressefreiheit werden auf nicht absehbare Zeit bestehen bleiben und sich eventuell sogar verschärfen.

- EuGH-Urteile oder das Rechtsstaatlichkeitsverfahren konnten die polnische Regierung bisher zwar nicht grundsätzlich von ihrem Kurs abbringen, haben aber dennoch eine hohe Symbolkraft, durch die die Opposition im Land gestärkt werden kann. Das Einlenken der polnischen Regierung im Streit um die Disziplinarkammer (zumindest in Worten) hat wiederum die Wirkungsmächtigkeit von Vertragsverletzungsverfahren und möglichen Strafmaßnahmen aufgezeigt. Die Bundesregierung sollte sich daher auf EU-Ebene für eine konsequente Implementierung und Schärfung des neuen Rechtsstaatsmechanismus einsetzen, aber dabei stets betonen, dass dieser nicht auf bestimmte Länder zugeschnitten ist, sondern allgemeine Gültigkeit hat.
- Der nationale Wiederaufbauplan Polens im Zusammenhang mit der Aufbau- und Resilienzfazilität sollte von der Kommission nur dann bewilligt werden, wenn die polnische Regierung konkrete Maßnahmen eingeleitet hat, um Korruption zu bekämpfen und die richterliche Unabhängigkeit zu garantieren.
- 2018 empfanden 56 Prozent der Pol:innen, aber nur 29 Prozent der Deutschen Sympathie für ihren Nachbarn. 2020 haben sich diese Zahlen gewendet: 55 Prozent der Deutschen, aber nur noch 42 Prozent der Pol:innen empfinden Sympathie für das jeweils andere Land (Deutsch-Polnisches Barometer 2021). Angesichts dieser Entwicklung sollte die Bundesregierung darauf hinarbeiten, das Ansehen Deutschlands in Polen wieder zu steigern. Dies würde es der polnischen Regierung erschweren, in möglichen Konflikten rund um das Thema Rechtsstaatlichkeit die antideutsche Karte zu spielen. Die Bundesregierung sollte hierbei vor allem Anstrengungen unternehmen, die guten bestehenden Beziehungen auf der regionalen Selbstverwaltungsebene weiter auszubauen.
- Die gemeinsame außenpolitische Ausrichtung Polens und Deutschland, die auf gute transatlantische Beziehungen und eine eher kritische Haltung zu Russland setzt, bietet Möglichkeiten des Verständnisses und der Kooperation. Die Bundesregierung sollte bei weiteren Fortschritten der EU-Verteidigungskooperation gegenüber Polen stets betonen, dass diese nicht zulasten der NATO gehen werden.

### Slowenien

In Slowenien darf die EU nicht die Fehler, die sie in Ungarn begangenen hat, wiederholen. Die gegenwärtige rechtspopulistische Regierung wird nicht von einer Mehrheit der slowenischen Bevölkerung unterstützt, es besteht jedoch die Gefahr, dass die Regierung durch einen Umbau des Landes in Richtung Autokratie und die Veränderung des politischen Diskurses langfristig

eine Mehrheit hinter sich vereinen kann. Aus diesem Grund, sollte die EU heute den Autokratisierungstendenzen entschieden entgegentreten, um so die prodemokratischen Kräfte im Land zu stärken:

- Die EU sollte unverzüglich und vorbehaltlos alle Instrumente, insbesondere den Rechtsstaatsmechanismus, nutzen, um Autokratisierungstendenzen in Slowenien zu unterbinden. Eine Mehrheit der von uns befragten Slowen:innen wünscht sich ein stärkeres Engagement der EU in ihrem Land, um Demokratie und Freiheit zu unterstützen. Konflikte mit der slowenischen Regierung über die Stärkung europäischer Werte und der liberalen Demokratie bieten also eher das Potenzial, die Unterstützung der Slowen:innen für die europäische Integration zu stärken als dass die EU Gefahr liefe, weiter an Unterstützung zu verlieren.

### *Tschechien*

Nach der Abgeordnetenhauswahl im Oktober 2021 übernahm Petr Fiala die Regierungsgeschäfte des ehemaligen Ministerpräsidenten Andrej Babiš. Im Gegensatz zu Babiš gilt Fiala als ruhiger Pragmatiker, der aus der akademischen Welt in die Politik gekommen ist. Mit seiner Wahl bestätigen sich unsere Umfrageergebnisse, laut denen sich die tschechische Bevölkerung durch eine liberale Grundeinstellung, die Ablehnung von allzu starken Führungspersönlichkeiten, sowie die Befürwortung von Pluralismus und Pressefreiheit auszeichnet. Die von uns befragten Expert:innen wiesen außerdem auf die große Ähnlichkeit der tschechischen und deutschen Bevölkerung und Politik hin.

- Die Bundesregierung sollte die bereits bestehende enge bilaterale Zusammenarbeit mit Tschechien intensivieren und auf eine Ebene mit den deutsch-französischen Beziehungen oder dem Weimarer Dreieck stellen.
- Die tschechische Europapolitik betreibt ähnlich der deutschen einen pragmatisch-evolutionären Ansatz. Für die Bundesregierung bieten sich daher vielfältige Kooperationsmöglichkeiten, die bereits im Strategischen Dialog der beiden Regierungen genutzt werden, um die Beziehungen zur tschechischen Regierung zu intensivieren und damit auch das Verhältnis Deutschlands zur Visegrad-Gruppe zu verbessern.
- Die ökologische Transformation bietet Konfliktpotenzial für die deutsch-tschechischen Beziehungen, da Tschechien bei den erneuerbaren Energien und der Kernenergie anderer Auffassung ist, als Deutschland. Welche genauen Schwerpunkte die neue Regierung unter Fiala hierbei setzen wird, ist noch abzuwarten. Ein enger Dialog und eine stark pragmatische Zusammenarbeit beim Umbau der Energiegewinnung und zentraler Industrien sollte jedoch vorangetrieben werden.

### *Slowakei*

Für die Slowakei können Demokratieabbau und illiberale Maßnahmen nicht festgestellt werden. Jedoch besteht die Gefahr, dass illiberale Diskurse und antieuropäische Positionen noch stärker Teil des politischen Mainstreams werden und damit eine Wertedivergenz befördern könnten, sollte es eine gesellschaftliche Nachfrage hierfür geben.

- Die Bundesregierung sollte die bilateralen Beziehungen zur Slowakei intensivieren und damit anerkennen, dass das Land als Eurozonen-Mitglied deutlich enger als der Rest MOEs mit der EU verwoben ist und zudem im Vergleich zu Polen und Ungarn eine pragmatischere und konstruktivere Rolle in EU-Fragen spielt. Zwar arbeiten beide Seiten bereits im Rahmen eines „vertieften Dialogs“ zusammen, doch die Bundesregierung sollte noch mehr politisches Kapital investieren und die Unterstützung der Slowa-

kei nicht für gegeben hinnehmen. Es gilt zu vermeiden, dass die bisher lose organisierte Viségrad-Gruppe zu einem kohärenten Oppositionsblock in der EU wird. Vielmehr würden intensivere Beziehungen mit der Bundesregierung der Slowakei mehr Einfluss innerhalb der Viségrad-Gruppe geben und es dem Land ermöglichen, als Brückenbauer zwischen Ost und West zu fungieren.

- Die Slowakei ist eine kleine, offene und extrem exportorientierte Volkswirtschaft, die sehr stark von der Weltkonjunktur abhängig ist. Wichtige Industriezweige, insbesondere die Automobilbranche, werden in den nächsten Jahren schwierige Transformationsprozesse durchlaufen. Die digitale und ökologische Transformation, die globale Rezession im Zuge der Covid-19 Pandemie, steigende Löhne sowie Fachkräftemangel stellen das slowakische Wirtschaftsmodell vor eine Herausforderung und bieten auch politischen Zündstoff. Die Bundesregierung sollte der Slowakei deshalb frühzeitig bilaterale und multilaterale Partnerschaftsdialoge zur Förderung von Innovation und Investitionen im Bereich der Klima- und Energiepolitik und der Digitalisierung anbieten.

### *Rumänien*

Um eine Wertedivergenz in Rumänien zu verhindern, ist es notwendig das Land auf seinem Transformationsprozess zu unterstützen. Die weiterhin große Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft und die in der Bevölkerung weit verbreitete Frustration über die Korruption im Land bieten hier Ansatzpunkte. Zugleich besteht die Gefahr, dass das Land zu einem Verlierer der postindustriellen Revolution wird und die Emigration deshalb weiter zunimmt. Konkret sollten die folgenden prioritären Maßnahmen ergriffen werden:

- Die Europäische Union sollte ihre Aktivitäten zur Bekämpfung der Korruption in Rumänien intensivieren. Dies sollte auf drei Ebene passieren:
  - Ersten sollte mit der gegenwärtig regierenden Koalition der Dialog über zu ergreifende Reformmaßnahmen intensiviert werden.
  - Zweitens sollte die EU das ihr zur Verfügung stehende Instrumentarium vollständig und umfassend nutzen, um die Verschwendung europäischer Gelder in Rumänien zu unterbinden und zu ahnden.
  - Drittens sollten zivilgesellschaftliche Akteure, die sich für Reformen im Land einsetzen, unterstützt werden.
- Deutschland sollte seine bilateralen Beziehungen mit Rumänien intensivieren. Dies kann zum einen die gegenwärtige Regierung in einem Reformkurs bestärken. Zum anderen wäre die intensive Kooperation mit einem MOE-Staat, der sich nicht auf dem Weg in eine Autokratie befindet, ein starkes Symbol für all jene, die sich in MOE gegen die Autokratisierung stellen.
- Die Gelder aus dem Green New Deal sollten so investiert werden, dass sie für im Ausland lebende Rumänen eine Rückkehr in ihr Heimatland attraktiv machen. Dies wird die Unterstützer:innen einer weiteren Transformation stärken.

## 6. Literaturverzeichnis

- Alizada, N., Cole, R., Gastaldi, L., Grahn, S., Hellmeier, S., Kolvani, P., Lachapelle, J., Lührmann, A., Maerz, S. F., Pillai, S. & Lindberg, S. I. (2021). *Autocratization Turns Viral. Democracy Report 2021*. Göteborg: V-Dem Institute.
- Bachmann, K. (2018). Zur Entwicklung der Polnischen Demokratie. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 10-11*, 9–14.
- Baczynska, G. (2021, 8. Februar). Worried by 'systemic' fraud, EU ties recovery funds to Hungary procurement reform. Reuters. <https://www.reuters.com/world/europe/exclusive-worried-by-systemic-fraud-eu-ties-recovery-funds-hungary-procurement-2021-02-08/>. Zugegriffen: 13. August 2021.
- Bakker, R., Hooghe, L., Jolly, S., Marks, G., Polk, J., Steenbergen, M. & Vachudova, M. A. (2020). *2019 Chapel Hill Expert Survey* (Version 2019.1). <https://www.chesdata.eu/2019-chapel-hill-expert-survey>.
- Barr, R. R. (2009). Populists, Outsiders and Anti-Establishment Politics. *Party Politics* 15 (1), 29–48.
- Bartolini, S. (2005). La formations des clivages. *Revue internationale de politique comparée* 12 (1), 9-34.
- Bayer, L. (2021, 16. Februar). Inside Slovenia's war on the media. *Politico*. <https://www.politico.eu/article/slovenia-war-on-media-janez-jansa/>. Zugegriffen: 13. August 2021.
- Berend, T. I. (2003). *History derailed. Central and Eastern Europe in the long nineteenth century*. Berkeley: University of California Press.
- Bertelsmann Stiftung (2020a). *BTI 2020 Country Report - Hungary*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung
- Bertelsmann Stiftung (2020b). *BTI 2020 Country Report – Slovakia*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bluhm, K. & Varga, M. (2020). Conservative Developmental Statism in East Central Europe and Russia. *New Political Economy* 25 (4), 642–659.
- Bornschieer, S. (2009). Cleavage Politics in Old and New Democracies. *Living Reviews in Democracy* (1).
- Bornschieer, S. (2010). *Cleavage Politics and the Populist Right: The New Cultural Conflict in Western Europe*. Philadelphia: Temple University Press.
- Bos, E. & Lorenz, A. (2021): *Das politische System Ungarns*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bučar M. & Udovič, B. (2020). Slovenia: Extremes Are Attractive Only to the Media. In: M. Kaeding, J. Pollak & P. Schmidt (Hrsg.), *Euro-scepticism and the Future of Europe. Views from the Capitals*. Cham: Palgrave Macmillan, 135-138.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2020a). *10 Jahre Fidesz-Regierung: Lage der Demokratie in Ungarn*. <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/308619/demokratie-in-ungarn>. Zugegriffen: 10. August 2021.

- Bundeszentrale für politische Bildung (2020b). *Umfragen: Einstellungen zu Abtreibung und zu den Frauenprotesten*. <https://www.bpb.de/internationales/europa/polen/analysen/324712/umfragen-einstellungen-zu-abtreibung-und-zu-den-frauenprotesten>. Zugegriffen: 13. August 2021.
- Buras, P. (2018). Polen und Europa: Neue EU-Skepsis. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 10-11*, 34–39.
- Bušťíková, L. & Baboš, P. (2020). Best in Covid: Populists in the Time of Pandemic. *Politics and Governance 8* (4), 496–508.
- Bušťíková, L. & Guasti, P. (2018). The State as a Firm: Understanding the Autocratic Roots of Technocratic Populism. *East European Politics and Societies: and Cultures 33* (2), 302–330.
- Buzogány, A. & Varga, M. (2018). The ideational foundations of the illiberal backlash in Central and Eastern Europe: the case of Hungary. *Review of International Political Economy 25* (6), 811–828.
- Buzogány, A. (2020). Beyond Balkan exceptionalism. Assessing compliance with EU law in Bulgaria and Romania. *European Politics and Society 22* (2), 185–202.
- Dawson, J. & Hanley, S. (2016). What’s Wrong with East-Central Europe? The Fading Mirage of the “Liberal Consensus”. *Journal of Democracy 27* (1), 20–34.
- Decker, O. & Brähler E. (Hrsg) (2020). *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020*. Gießen: Psychosozialverlag.
- Deutsche Welle (2020, 21. Dezember). Proeuropäische Koalition in Rumänien steht. *Deutsche Welle*. <https://www.dw.com/de/proeurop%C3%A4ische-koalition-in-rum%C3%A4nien-steht/a-56013905>. Zugegriffen: 09. August 2021.
- Diercke, J. (2016). Moralismus ist zu wenig. Kommentar zu Jan-Werner Müllers Essay “Was ist Populismus?”. *Zeitschrift für Politische Theorie 7* (2), 203–208.
- Dieringer, J. (2009). Ungarn in der Nachbeitrittskrise. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 29-30*, 6-11.
- Eatwell, R. & Goodwin, M. J. (2018). *National Populism. The Revolt Against Liberal Democracy*. London: Penguin Books.
- Euractiv (2021a, 14. Januar). Slovenia resumes funding news agency after EU warning. *Euractiv*. <https://www.euractiv.com/section/digital/news/slovenia-resumes-funding-news-agency-after-eu-warning/>. Zugegriffen: 13. August 2021.
- Euractiv (2021b, 05. Juli). Orbán, Le Pen, Salvini, Kaczyński join forces to impact on the future of EU. *Euractiv*. <https://www.euractiv.com/section/elections/news/orban-le-pen-salvini-kaczyński-join-forces-to-impact-on-the-future-of-eu/>. Zugegriffen: 02.11.2021
- Europäische Kommission (2021a): The Key Indicators. Hungary. *Standard Eurobarometer 94*. Brüssel: Generaldirektion für Kommunikation.
- Europäische Kommission (2021b). *Report from the Commission to the European Parliament and the Council. On Progress in Romania under the Cooperation and Verification Mechanism*. KOM (2021) 370 endg. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäisches Parlament (2021, 21. Dezember). *Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Dezember 2021 zu den Grundrechten und der Rechtsstaatlichkeit in Slowenien, insbesondere die verzögerte Ernennung von Staatsanwälten der EUStA (2021/2978(RSP))*.

- [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0512\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0512_DE.html). Zugegriffen: 01.02.2022.
- Eurostat (2021a). *Main GDP aggregates per capita*. [https://ec.europa.eu/eurostat/data-browser/view/NAMA\\_10\\_PC\\_custom\\_1209900/bookmark/line?lang=en&book-markId=3889abd5-6fde-4d44-812a-d87a345551de](https://ec.europa.eu/eurostat/data-browser/view/NAMA_10_PC_custom_1209900/bookmark/line?lang=en&book-markId=3889abd5-6fde-4d44-812a-d87a345551de). Zugegriffen: 12. August 2021.
- Eurostat (2021b). *Emigration by age group, sex and country of next usual residence*. [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/MIGR\\_EMI3NXT\\_custom\\_1209929/bookmark/table?lang=en&book-markId=793b4842-e1a6-4f1f-b2ae-3ea92697d154](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/MIGR_EMI3NXT_custom_1209929/bookmark/table?lang=en&book-markId=793b4842-e1a6-4f1f-b2ae-3ea92697d154). Zugegriffen: 12. August 2021.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2019, 13. Mai). *EU-droht Rumänien mit Rechtsstaatsverfahren*. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/eu-droht-rumaenien-mit-rechtsstaatsverfahren-16184367.html>. Zugegriffen: 13. August 2021.
- Freiheitliche Partei Österreichs (2021, 2. Juli). *Deklaration für die Zukunft Europas*. <https://www.fpoe.at/en/artikel/deklaration-fuer-die-zukunft-europas/>. Zugegriffen: 13. August 2021.
- Gabanyi, A. U. (2010). Das politische System Rumäniens. In W. Ismayr, S. Richter & M. Söldner (Hrsg.), *Die politischen Systeme Osteuropas* (3. aktualisierte und erw. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 627-676.
- Gabel, M. & Hix, S. (2002). Defining the EU Political Space. *Comparative Political Studies* 35 (8), 934–964.
- Gantenberg, V. (2021, 26. Juni). Die Stunde des Rechtspopulisten?. *Tagesschau*. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/slowenien-ratspraesidentschaft-jansa-101.html>. Zugegriffen: 13. August 2021.
- Garsztecki, S. (2020). Polen unter der Regierung von PiS – autoritärer Staat oder republikanisches Demokratiemodell? *Zeitschrift für Politik* 67 (1), 86–101.
- Göncz, B. & Lengyel, G. (2021). Europhile Public vs Eurosceptic Governing Elite in Hungary?. *Intereconomics* 56, 86-90.
- Guasti, P. (2018). Swerving towards deconsolidation? In A. Lorenz & H. Formánková (Hrsg.), *Das politische System Tschechiens*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 39-62.
- Hajdu, D. & Klingová, K. (2020). *Voices of Central and Eastern Europe: Perceptions of democracy & governance in 10 EU countries*. Bratislava: GLOBSEC.
- Hanley, S. & Vachudova, M. A. (2018). Understanding the illiberal turn: democratic backsliding in the Czech Republic. *East European Politics* 34 (3), 276–296.
- Havlík, V. & Hloušek, V. (2021). Differential Illiberalism: Classifying Illiberal Trends in Central European Party Politics. In A. Lorenz & L. H. Anders (Hrsg.), *Illiberal Trends and Anti-EU Politics in East Central Europe*. Cham: Palgrave Macmillan, 111-136.
- Havlík, V. (2019). Technocratic Populism and Political Illiberalism in Central Europe. *Problems of Post-Communism* 66 (6), 369–384.
- Hooghe, L. & Marks, G. (2018). Cleavage theory meets Europe's crises: Lipset, Rokkan, and the transnational cleavage. *Journal of European Public Policy* 25 (1), 109–135.
- Hooghe, L., Marks, G. & Wilson, C. J. (2002). Does Left/Right Structure Party Positions on European Integration? *Comparative Political Studies* 35 (8), 965–989.

- Hunyadi, B., Molnár, C. & Wessenauer, V. (2019). Committed to Rights, but longing for stability: Hungarians' attitudes to an open society. *Voices on Values Report*. Berlin: dpart.
- Hutter, S. & Kriesi, H. (2019). *European party politics in times of crisis*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Inglehart, R. (1971). The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies. *The American Political Science Review* 65 (4), 991–1017.
- Inglehart, R. (2010). *Modernization, cultural change, and democracy. The human development sequence* (9. Aufl.). Cambridge: Cambridge University Press.
- Ismayr, W., Richter, S. & Söldner, M. (2010). *Die politischen Systeme Osteuropas* (3. aktualisierte und erw. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Janša, J. [@JJansaSDS] (2020). *It's pretty clear that American people have elected @realDonaldTrump @Mike\_Pence for #4moreyears* [Tweet]. Twitter. <https://twitter.com/JJan-saSDS/status/1323913419200864256?s=20>. Zugegriffen: 13. August 2021.
- Johannis, Klaus (2014) zitiert in: Deutsche Welle (2014, 17. November). Sieger Johannis will „neues Rumänien“. *Deutsche Welle*. [https://www.deutschlandfunk.de/praesidentschafts-wahl-sieger-johannis-will-neues-rumaenien.1818.de.html?dram:article\\_id=303406](https://www.deutschlandfunk.de/praesidentschafts-wahl-sieger-johannis-will-neues-rumaenien.1818.de.html?dram:article_id=303406). Zugegriffen: 09. August 2021.
- Judt, T. (2011). *A grand illusion? An essay on Europe*. New York: New York University Press.
- Judt, T. (2012). *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart* (Bd. 18031, 4. Aufl.). Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Juncker, J.-C. (2019) zitiert in: Europäische Kommission (2019, 11. Januar). *Juncker in Bukarest: Rumänien muss interne Probleme für EU-Vorsitz beilegen*. [https://ec.europa.eu/germany/news/20190111-juncker-bukarest\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20190111-juncker-bukarest_de). Zugegriffen: 13. August 2021.
- Kaeding, M., Pollak, J. & Schmidt, P. (2021). *Euroscepticism and the Future of Europe. Views from the Capitals*. Cham: Palgrave Macmillan.
- Kailitz, S. (2007). *Schlüsselwerke der Politikwissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kitschelt, H., Mansfeldova, Z., Markowski, R. & Toka, G. (1999). *Post-communist party systems. Competition, representation, and inter-party cooperation*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kohls, J. & Tekin, F. (2020). Transformationsprozesse in den europäischen Parteiensystemen und ihre Folgen für die Zukunft der Europäischen Union. *integration* 43 (1), 19–32.
- Kovács, E. (2020, 27. November). The culture war over the Istanbul Convention in East Central Europe. *IPS Journal*. <https://www.ips-journal.eu/topics/democracy/the-culture-war-over-the-istanbul-convention-in-east-central-europe-4826/>. Zugegriffen: 13. August 2021.
- Králiková, M. (2017). Euroscepticism in Slovakia: The broken promise of prosperity and stability [Blogeintrag]. *TruLies Blog*. <http://trulies-europe.de/?p=1198>.
- Krastev, I. & Holmes, S. (2019). *Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung*. Berlin: Ullstein Verlag GmbH.
- Kraus, M. (2003). The Czech Republic's First Decade. *Journal of Democracy* 14 (2), 50–64.
- Kriesi, H., Grande, E., Lachat, R., Dolezal, M., Bornschier, S. & Frey, T. (2008). *West European Politics in the Age of Globalization*. Cambridge: Cambridge University Press.



- Kundera, M. (1984). A Kidnapped West or Culture Bows out. *Granta* (11), 93–121.
- Łada, A. (2021). Der polnische Fernseh- und Radiomarkt. *Polen-Analysen* (270), 2–7.
- Ladner, A. (2004). *Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (o. D.). *Wirtschaft in der Slowakei*. <https://osteuropa.lpb-bw.de/wirtschaft-slowakei>. Zugegriffen: 16. August 2021.
- Lange, P. (2018, 26. Januar). Präsidentschaftswahl in Tschechien. Das Machtkartell von Zeman und Babis. *Deutschlandfunk*. [https://www.deutschlandfunk.de/praesidentschaftswahl-in-tschechien-das-machtkartell-von.1773.de.html?dram:article\\_id=409268](https://www.deutschlandfunk.de/praesidentschaftswahl-in-tschechien-das-machtkartell-von.1773.de.html?dram:article_id=409268). Zugegriffen: 13. August 2021.
- Legutko, R. (2015). Liberal Democracy vs. Liberal Democrats. *Quadrant Online*. <https://quadrant.org.au/magazine/2015/04/saving-liberal-democracy-liberal-democrats/>. Zugegriffen: 2. Juni 2021.
- Lindstrom, N. & Piroška, D. (2002). Slowenischer Weg? Die Politik der „Europäisierung“ in Europas südöstlicher Peripherie. *PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft* 32(128), 421-439.
- Lipset, S. M. & Rokkan, S. (1967). *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York: The Free Press.
- Lorenz, A. & Anders, L. H. (2021). Examining Illiberal Trends and Anti-EU Politics in East Central Europe from a Domestic Perspective: State of Research and Outline of the Book. In A. Lorenz & L. Anders (Hrsg.), *Illiberal Trends and Anti-EU Politics in East Central Europe*. Cham: Palgrave MacMillan, 1-25.
- Lorenz, A. (2018). Die rätselhafte Krise der Demokratisierung. In A. Lorenz & H. Formánková (Hrsg.), *Das politische System Tschechiens*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 1-16.
- Lovec, M. (2021) zitiert in: Mappes-Niediek, N. (2021, 21. Juni). Janez Janšas Sonderweg nach rechts. *Deutschlandfunk*. [https://www.deutschlandfunk.de/vor-sloweniens-euratspraesidentschaft-janez-jansas.724.de.html?dram:article\\_id=499136](https://www.deutschlandfunk.de/vor-sloweniens-euratspraesidentschaft-janez-jansas.724.de.html?dram:article_id=499136). Zugegriffen: 10. August 2021.
- Lührmann, A. & Lindberg, S. I. (2019). A third wave of autocratization is here: what is new about it? *Democratization* 26 (7), 1095-1113.
- Lukšič, I. (2010). Das politische System Sloweniens. In W. Ismayr, S. Richter & M. Söldner (2010). *Die politischen Systeme Osteuropas* (3. aktualisierte und erw. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 729-772.
- Mair, P. (2004). *Party system change. Approaches and interpretations*. Oxford: Clarendon Press (ND 1997).
- Majcherek, J. A. (2020). Die innenpolitische Lage nach Beendigung des Wahlmarathons. *Polen-Analysen* (260), 2-7.
- Maksimov, V. (2021, 1. Juli). Slovenia takes EU driver's seat as values questions dominate. *Euractiv*. [https://www.euractiv.com/section/eu-council-presidency/news/slovenia-takes-eu-drivers-seat/?\\_ga=2.238118914.324377068.1629190422-2019158075.1603108957](https://www.euractiv.com/section/eu-council-presidency/news/slovenia-takes-eu-drivers-seat/?_ga=2.238118914.324377068.1629190422-2019158075.1603108957). Zugegriffen: 13. August 2021.

- Malčič, M. & Krašovec, A. (2019). New Parties and Democracy in Slovenia. *Politics in Central Europe* 15 (1), 115-137.
- Malová, D. (2017). *Transformation Experiences in Slovakia: Governing Uncertainty*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Marks, G. & Steenbergen, M. (2002). Understanding Political Contestation in the European Union. *Comparative Political Studies* 35 (8), 879-892.
- Marks, G., Hooghe, L., Nelson, M. & Edwards, E. (2006). Party Competition and European Integration in the East and West. *Comparative Political Studies* 39 (2), 155-175.
- Matthes, C.-Y. & Ziemer, K. (2010). Das politische System Polens. In W. Ismayr, S. Richter & M. Söldner (Hrsg.), *Die politischen Systeme Osteuropas* (3. aktualisierte und erw. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 209-274.
- Mazur, K. (2018). Souveräner Spieler: Polen in Europa. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 10-11, 27–32.
- Mendelski, M. (2020). 15 years of anti-corruption in Romania: augmentation, aberration and acceleration. *European Politics and Society* 22 (2), 237–258.
- Moebius, S. & Quadflieg, D. (2006). *Kultur - Theorien der Gegenwart*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mouffe, C. (2005). *On the Political*. London: Routledge.
- Mudde, C. (2004). The Populist Zeitgeist. *Government and Opposition* 39 (4), 541–563.
- Mudde, C. (2017). Populism: An Ideational Approach. In C. Rovira Kaltwasser, P. A. Taggart, P. Ochoa Espejo & P. Ostiguy (Hrsg.), *The Oxford handbook of populism*. Oxford: Oxford University Press, 27-47.
- Müller, J.-W. (2016). *Was ist Populismus? Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp (Sonderdruck).
- Müller-Rommel, F. (2018). *New Politics In Western Europe. The Rise And Success Of Green Parties And Alternative Lists*. New York: Routledge.
- Niedermayer, O., Haas, M. & Stöss, R. (2006). *Die Parteiensysteme Westeuropas*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH.
- Norris, P. & Inglehart, R. (2019). *Cultural backlash. Trump, Brexit, and authoritarian populism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Orbán, V. (2017). *Full speech of Viktor Orbán: Will Europe belong to Europeans?* <https://vise-gradpost.com/en/2017/07/24/full-speech-of-v-orban-will-europe-belong-to-europeans/>. Zugegriffen: 05. August 2021.
- Orenstein, M. A. & Bugarič, B. (2020). Work, family, Fatherland: the political economy of populism in central and Eastern Europe. *Journal of European Public Policy*, 1–20.
- Ost, D. (2005). *The Defeat of Solidarity. Anger and Politics in Postcommunist Europe*. Ithaca, London: Cornell University Press.
- Ozsvath, S. (2021, 4. März). Prime Minister Janez Jansa, Slovenia's Marshal Tweeto and the media. *Deutsche Welle*. <https://www.dw.com/en/about-dw/s-30688>. Zugegriffen: 13. August 2021.
- Pakulski, J. (2016). *The Visegrad Countries in Crisis*. Warsaw: Collegium Civitas.

- Pappi, F. U. (1977). Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht: Ergebnisse eines Zeitvergleichs des deutschen Elektors 1953 und 1976. *Politische Vierteljahresschrift* 18 (2/3), 195–229.
- Pickel, S. (2007). Stefano Bartolini/Peter Mair, Identity, Competition, and Electoral Availability: the Stabilisation of European Electorates — 1885-1985, Cambridge 1990. In S. Kailitz (Hrsg.), *Schlüsselwerke der Politikwissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 42-45.
- Pickel, S. (2018). *Neue Konflikte – neue gesellschaftliche Koalitionen? Die europäischen Wähler und ihre Parteien – Cleavages in West- und Osteuropa*. Duisburg: Universität Duisburg-Essen.
- Pikalo, J. (2006). Slowenien in der Europäischen Union. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 46, 14-22.
- PolitPro (2021a). *Wahlrends und aktuelle Sonntagsfragen für Polen*. <https://politpro.eu/de/polen>. Zugegriffen: 13. August 2021.
- PolitPro (2021b). *Wahlrends und aktuelle Sonntagsfragen für Tschechien*. <https://politpro.eu/de/tschechien>. Zugegriffen: 13. August 2021.
- Priester, K. (2011). Definitionen und Typologien des Populismus. *Soziale Welt* 62 (2), 185–198.
- Priester, K. (2016). Populismus und kein Ende. Müller belebt die Debatte, aber bereichert er sie auch? Kommentar zu Jan-Werner Müllers Essay „Was ist Populismus?“. *Zeitschrift für Politische Theorie* 7 (2), 209–219.
- Rat der EU (2021, 19. April). *Justiz, Rechte und Werte: Rat verabschiedet Programme mit einem Volumen von bis zu 1,8 Milliarden € für die Jahre 2021-2027*. <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/04/19/justice-rights-and-values-council-adopts-programmes-of-up-to-1-8-billion-for-2021-2027/>. Zugegriffen: 10. August 2021.
- Reptova Novakova, Z. (2019). Regime Preferences Thirty Years after the Velvet Revolution. *The International Journal of Social Quality* 10 (2), 1-19.
- Reuters (2020, 20. Oktober). Slovak parliament narrowly rejects tightening of abortion rules. *Reuters*. <https://www.reuters.com/article/us-slovakia-abortion-idUKKBN2752MV>. Zugegriffen: 16. August 2021.
- Reuters (2021, 18. Februar). Brussels condemns Slovenian premier's criticism of reporter. *Reuters*. <https://www.reuters.com/article/us-eu-slovenia-media-idUSKBN2A11QE>. Zugegriffen: 13. August 2021.
- Riegert, B. (2006, 21. Dezember). Rumänien und Bulgarien: EU-Beitritt "durch die Hintertür". *Deutsche Welle*. <https://www.dw.com/de/rum%C3%A4nien-und-bulgarien-eu-beitritt-durch-die-hintert%C3%BCr/a-2287662>. Zugegriffen: 13. August 2021.
- Rodrik, D. (2018). Populism and the economics of globalization. *Journal of International Business Policy* 1 (1-2), 12–33.
- Rokkan, S. (2009). *Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora*. Frankfurt am Main: Suhrkamp (ND 2000).
- Rosca, M. (2021, 5. Oktober). Romanian government falls after losing no-confidence vote. *Politico*. <https://www.politico.eu/article/romanian-government-falls-in-no-confidence-vote/>. Zugegriffen: 03. November 2021.

- Rössel, J. (2006). Ronald Inglehart: Daten auf der Suche nach einer Theorie — Analysen des weltweiten Wertewandels. In S. Moebius & D. Quadflieg (Hrsg.), *Kultur. Theorien der Gegenwart*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 545-556.
- Rossi, M. (2020, 4. März). Five takeaways from Slovakia's parliamentary elections [Blogbeitrag]. *The London School of Economics and Political Science*. <https://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2020/03/04/five-takeaways-from-slovakias-parliamentary-elections/>.
- Rupnik, J. (2018). Explaining Eastern Europe: The Crisis of Liberalism. *Journal of Democracy* 29(3), 24–38.
- Schäller, S. (2016). Begriffe und Befunde: Populismus in der politikwissenschaftlichen Forschung. Kommentar zu Jan-Werner Müllers Essay "Was ist Populismus?". *Zeitschrift für Politische Theorie* 7(2), 221–231.
- Scheiring, G. & Szombati, K. (2020). From neoliberal disembedding to authoritarian re-embedding: The making of illiberal hegemony in Hungary. *International Sociology* 35(6), 721–738.
- Schmitt-Beck, R. (2007). Seymour M. Lipset/Stein Rokkan (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York/London 1967. In S. Kailitz (Hrsg.), *Schlüsselwerke der Politikwissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 251-255.
- Segert, D., Stöss, R. & Niedermayer, O. (1997). *Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Shields, S. (2015). Neoliberalism Redux: Poland's Recombinant Populism and Its Alternatives. *Critical Sociology* 41(4-5), 659–678.
- Siebenhaar, H.-P. (2017, 21. Oktober). Babis drückt den Gegner an die Wand. *Handelsblatt*. <https://www.handelsblatt.com/politik/international/wahlen-in-tschechien-babis-drueckt-den-gegner-an-die-wand/20482230-all.html?ticket=ST-5628302-jvL2QARqeZExeRjyoelO-ap1>. Zugegriffen: 11. August 2021.
- Spier, T. (2010). *Modernisierungsverlierer?: Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa* (Dissertation). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Spierings, N. & Zaslove, A. (2017). Gender, populist attitudes, and voting: explaining the gender gap in voting for populist radical right and populist radical left parties, *West European Politics* 40(4), 821-847.
- Statista (2021). *Europäische Union: Arbeitslosenquoten in den Mitgliedstaaten im Mai 2021*. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/160142/umfrage/arbeitslosenquote-in-den-eu-laendern/#:~:text=Im%20Durchschnitt%20sind%207%2C3%20Prozent%20der%20EU-B%20als,3%20Prozent%20die%20niedrigste%20Arbeitslosenquote%20der%20EU-Staaten%20auf>. Zugegriffen: 08. August 2021.
- Stöss, R., Haas, M. & Niedermayer, O. (2006). Parteiensysteme in Westeuropa: Stabilität und Wandel. In O. Niedermayer, M. Haas & R. Stöss (Hrsg.), *Die Parteiensysteme Westeuropas*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, 7-37.
- Sutowski, M. (2018). „Guter Wandel“. Zum „Neuen Autoritarismus“ – und wie weiter? *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 10-11, 15–18.
- Szelényi, Z. (2019, 20. September). Viktor Orbán, Fidesz, and Me. *The American Interest*. <https://www.the-american-interest.com/2019/09/30/viktor-orban-fidesz-and-me/>. Zugegriffen: 10. August 2021.

- Szomolányi, S. & Gál, Z. (2016). Slovakia's Elite: Between Populism and Compliance with EU Elites. In J. Pakulski (Hrsg.), *The Visegrad Countries in Crisis*. Warsaw: Collegium Civitas, 66-87.
- Szomolányi, S. (2004). Slovakia: From a difficult case of transition to a consolidated Central European democracy. In T. Hayashi (Hrsg.), *Democracy and Market Economics in Central and Eastern Europe: Are New Institutions Being Consolidated?*. Sapporo: Slavic Research Center, Hokkaido University, 149-190.
- Taggart, P. (1998). A touchstone of dissent: Euroscepticism in contemporary Western European party systems. *European Journal of Political Research* 33 (3), 363-388.
- Taggart, P. (2004). Populism and representative politics in contemporary Europe. *Journal of Political Ideologies* 9 (3), 269-288.
- Toma, B. & Damian, A. (2021). Romania: Euroscepticism—Contamination of the Mainstream Parties, Limited Support Among the Citizens. In M. Kaeding, J. Pollak & P. Schmidt (Hrsg.), *Euroscepticism and the Future of Europe. Views from the Capitals*. Cham: Palgrave Macmillan, 123-126.
- Transparency International. (2021). *Corruption Perceptions Index 2020*. <https://www.transparency.org/en/cpi/2020/index>. Zugegriffen: 13. August 2021.
- Tsebelis, G. & Garrett, G. (2000). Legislative Politics in the European Union. *European Union Politics* 1 (1), 9–36.
- van de Rakt, E. (2017, 12. November). Viktor Orbáns illiberaler Staat: „Die Heimat kann nicht in der Opposition sein.“. *Zentrum Liberale Moderne*. [https://libmod.de/orbans\\_illiberaler\\_staat\\_ungarn/](https://libmod.de/orbans_illiberaler_staat_ungarn/). Zugegriffen: 12. August 2021.
- V-Dem Institute (2021). *Country Graph Romania* (Deliberative Democracy Index, Egalitarian Democracy Index, Electoral Democracy Index, Liberal Democracy Index, Participatory Democracy Index). <https://www.v-dem.net/en/analysis/CountryGraph/>.
- Verseck, K. (2021, 10. August). Rumänien auf Orbáns Spuren? *Deutsche Welle*. <https://www.dw.com/de/rum%C3%A4nien-auf-orbans-spuren/a-58817060>. Zugegriffen: 07. August 2021.
- Wakker, P. P. (2010). *Prospect theory. For risk and ambiguity*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Weyland, K. (2017). Populism: A Political-Strategic Approach. In C. Rovira Kaltwasser, P. A. Taggart, P. Ochoa Espejo & P. Ostiguy (Hrsg.), *The Oxford handbook of populism*. Oxford: Oxford University Press, 71-103.
- Wolff, L. (1996). *Inventing Eastern Europe. The map of civilization on the mind of the enlightenment*. Stanford: Stanford University Press.
- Zeit Online (2021, 11. August). Polnisches Regierungsbündnis ist zerbrochen. *Zeit Online*. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-08/polen-regierung-buendnis-jaroslav-gowin-mateusz-morawiecki>. Zugegriffen: 06. August 2021.
- Ziemer, K. (2013). *Das politische System Polens. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

## 7. Annex

Die in unserer Bürger:innenumfrage gestellten Fragen, für die das Ausmaß der Zustimmung bzw. die Ablehnung auf einer Skala von 1-5 ausgedrückt werden konnte, waren:

- Werte („Welche der folgenden Werte sind Ihnen am wichtigsten? Demokratie, Gleichheit, Freiheit, Würde des Menschen, Gerechtigkeit, Nicht-Diskriminierung, Pluralismus, Achtung der Menschenrechte, Minderheitenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität, Toleranz.“)
- Starke Regierung („Mein Land sollte von einem starken Regierungschef regiert werden, der genau weiß, was die Menschen wollen.“)
- Pluralismus („Demokratie sollte der regelbasierte Wettbewerb von verschiedenen politischen Interessen sein.“),
- Rechtsstaatlichkeit („Das Parlament sollte das letzte Wort bei allen politischen Entscheidungen haben, auch wenn diese durch Gerichtsentscheidungen angefochten werden.“)
- Minderheitenrechte („Um die Gemeinschaft zu stärken, sollten die Rechte von Einzelnen und Minderheiten dauerhaft eingeschränkt werden.“)
- Individuelle Freiheitsrechte („Die Menschen sollten alles tun dürfen, solange es die Freiheit anderer nicht einschränkt.“)
- Rolle des Christentums („Das Christentum als Hauptreligion sollte in meinem Land eine privilegierte Stellung gegenüber anderen Religionsgemeinschaften einnehmen.“)
- Meinungsfreiheit („Die Regierung in meinem Land sollte per Gesetz vor ungerechtfertigter Kritik geschützt werde.“)
- Aufnahme Geflüchteter („Wie viele Flüchtlinge sollten Ihrer Meinung nach in Ihrem Land Zuflucht suchen dürfen?“)
- Pressefreiheit („Die Medien in meinem Land sollten verpflichtet sein, positiv über die Regierung zu berichten.“)
- Wirtschaftsliberalismus 1 („Eine ungleiche Einkommensverteilung ist notwendig, um Leistungsanreize für alle Erwerbstätigen in der Gesellschaft zu schaffen.“)
- Wirtschaftsliberalismus 2 („Die Regierung sollte eine aktive Rolle in der Wirtschaft spielen, um den Wohlstand zu sichern.“)

Die Fragen, mit denen wir die Einstellung zur EU ermittelt haben, waren:

- Von der EU lernen („Nach 1989 erwarteten die westeuropäischen Länder von Ihrem Land, dass es von der EU lernt. Wer sollte heute von wem lernen?“)
- EU-Einfluss auf Gesellschaft („Hatte die EU-Mitgliedschaft Ihrer Meinung nach positive oder negative Auswirkungen auf die Gesellschaft in Ihrem Land [z. B. mehr oder weniger sozialer Zusammenhalt, mehr oder weniger Freiheit]?“)
- EU-Einfluss auf Wirtschaft („Mein Land hat wirtschaftlich von der EU-Mitgliedschaft profitiert.“)
- EU-Einfluss auf persönliche Situation („Hat sich die EU-Mitgliedschaft Ihres Landes positiv oder negativ auf Ihre wirtschaftliche Situation oder die Ihrer Familie ausgewirkt [z. B. neue berufliche Perspektiven, Arbeitsplatzsicherheit, geringeres Einkommen oder Verlust des Arbeitsplatzes]?“)
- EU-Unterstützung für Freiheit („Die EU sollte mehr tun, um meine individuelle Freiheit in meinem Land zu schützen.“)
- EU-Unterstützung für Demokratie („Die EU sollte mehr tun, um die Demokratie in meinem Land zu unterstützen.“)
- Respekt der EU („Die Europäische Union respektiert mein Land.“)